Montag, den 24. September 1928 | Einzelnummer 10 Pfennig | 39. Jahrgang — Nr. 225

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Aufregung in Paris

Die Echtheit des von der Hearst-Presse veröffentlichten Dokumentes wird nicht mehr bestritten

Paris, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Aufregung, die in Paris die Veröffentlichung der vertraulichen Instruktionen des Quai d'Orsay an die französischen Botschafter über die Entstehung und den Sinn des französisch-englischen Flottenabkommens hervorgerufen hat, steigt von Stunde zu Stunde. Man macht jetzt nicht mehr ernstlich den Versuch, die Richtigkeit der Veröffentlichung zu bestreiten. Man erklärt lediglich, daß die Veröffentlichung nicht vollständig zu sein scheine. Worüber man sich hier besonders entrüstet, ist, daß dieses Dokument aus den Archiven des Auswärtigen Amtes gestohlen sein muß. Im übrigen sucht man eine möglichst hoheitsvolle Seelenruhe an den Tag zu legen. Gerade der sachliche Inhalt dieses Dokuments beweise, schreibt z. B. der „Temps", daß Paris und London mit ihrem Abkommen nichts Verdächtiges oder Geheimes vorhatten, daß sie kein fait accompli schaffen wollten, das die übrigen Mächte widerstandslos hinzunehmen hätten. Die absolute Aufrichtigkeit der englisch-französischen Flottenpolitik gehe aus dem Schriftstück in deutlichster Art hervor. An dieser Tatsache werde auch der böse Wille der amerikanischen Hearstpresse nichts ändern, die das gestohlene Dokument augenscheinlich zu einer perfiden Kampagne zur Erschwerung der Abrüstungsverhandlungen benutzt habe.

Prüft man den veröffentlichten Text auf seine Einzelheiten, so erscheint das englisch-französische Abkommen allerdings keineswegs so harmlos, wie man es jetzt in Paris hinzustellen versucht. Zweifellos ist jedenfalls, daß die englisch-französische Verständigung nicht nur auf dem Rücken Amerikas, sondern vor allem auch auf dem Rücken der Verständigungsidee erfolgt ist. Der englisch-amerikanische Gegensatz, der bereits im Frühjahr die Genfer Seeabrüstungskonferenz zum Scheitern gebracht hat, bestand im wesentlichen darin, daß Amerika eine Beschränkung für die Gesamtheit der leichten Seestreitkräfte verlangt, während England sich jeder Festsetzung einer Maximal-Tonnage für die leichten Kreuzer widersetzte, um im Kriegsfall freie Hand für die Umwandlung seiner Handelsschiffe in Hilfskreuzer zu behalten. In dem zwischen Paris und London zustandegekommenen Abkommen hat sich Frankreich gegen Amerika den englischen Standpunkt restlos zu eigen gemacht, und darüber hinaus haben beide Regierungen vereinbart, daß von einem internationalen Abkommen zur Beschränkung der Flotten alle leichten Schiffseinheiten, d. h. außer den leichten Kreuzern auch die Torpedoboote, sowie die Unterseeboote unter 600 Tonnen ausgenommen bleiben sollen. Die englisch-französische Behauptung, daß das Abkommen lediglich getroffen worden sei, um eine materielle Basis für die Verwirklichung der Abrüstungsidee zu schaffen, muß unter diesen Umständen wirklich wie ein schlechter Witz erscheinen, zumal wenn man sich daran erinnert, daß, wie die englische Presse bereits vor Wochen zugegeben hat, England die französische Unterstützung seiner Forderungen durch sehr beträchtliche Konzessionen an die französischen Wünsche in der Frage der Abrüstung zu Lande bezahlt hat.

* * *

London, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Internationalen News Service" hat im britischen Außenamt eine offiziöse Darstellung des Sachverhalts hinsichtlich des englisch-französischen Flotten-Abkommens erhalten, in der es u. a. wörtlich heißt: „Die in dem am Freitag veröffentlichten Brief enthaltene Einigungsformel entspricht tatsächlich den Vorschlägen, die Großbritannien und Frankreich den Seemächten unterbreitet haben. Großbritannien und Frankreich sind dahin informiert worden, daß Japan diesen vier Punkten seine Zustimmung erteilt habe und Italien eine sympathische Haltung einnimmt. Auf unseren Vorschlag haben Frankreich und England keinen Versuch gemacht, die Bedürfnisse der anderen Mächte mit einzubeziehen. Jede Macht muß ihre eigenen Vorschläge machen, die ihren besonderen Bedürfnissen entsprechen. Frankreich und England haben lediglich als Grundlage zur Diskussion ihre besondere Methode in Vorschlag gebracht."

In London sind im Laufe des Sonnabend alle anfänglichen Zweifel über die Echtheit des veröffentlichten Dokumentes zum Schweigen gekommen. Dazu hat hauptsächlich die Veröffentlichung eines zweiten Dokumentes beigetragen, das einen Anhang zu dem Brief des Quai d'Orsay an die französischen Botschafter darstellt und eine kurze historische Zusammenfassung des Verlaufs der Besprechungen zwischen der englischen und französischen Admiralität darstellt, die zu jenem Flottenkompromiß geführt haben. Dieser Anhang stellt u. a. fest, daß die französische Admiralität ursprünglich nur Zeuge an den Verhandlungen gewesen sei, ohne an ihnen tatsächlich teilgenommen zu haben. Sie sei daher imstande gewesen, die beiderseitigen Interessen zu erkennen, die die Konferenz nicht habe vereinigen können. Die Besprechungen, an denen die französische Admiralität teilgenommen habe, wären in zwei Phasen zerfallen. In der ersten Phase habe man die Methode der Schiffsklassen beiseite gelassen. Diese Vorschläge seien später aufgrund der Opposition der britischen Admiralität fallen gelassen worden. In der zweiten Phase hätte Frankreich bewußt Konzessionen prinzipieller Natur gemacht und als Basis eine Beschränkung der Schiffsklassen genommen, damit eine Formel gefunden werden könne, die die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen vermöchte und insbesondere den amerikanischen Wünschen Rechnung trage. Dieser Begleitbrief zu dem Schreiben des französischen Außenamtes schließt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß diese allgemeine Grundlage in der neuen französisch-britischen Formel gefunden sei. Trotzdem wäre es selbstverständlich, daß die Zustimmung der Vereinigten Staaten und Japans wünschenswert sei. Die letzten Worte sind insbesondere deshalb bemerkenswert, weil sie, wie der Ausdruck wünschbar zeigt, den endgültigen Beweis dafür zu erbringen, daß England und Frankreich ursprünglich beabsichtigt haben, die englisch-französische Flottenentente auch ohne die Zustimmung Amerikas und Japans in Kraft zu setzen. Lediglich die unerwartet starke Opposition in Amerika hat anscheinend zu einer späteren Dementierung dieser Absichten geführt.

Die amerikanische Note zum englisch-französischen Flottenabkommen

Paris, 24. September. Einer Meldung der „Chicago Tribune" zufolge wird die amerikanische Antwort an London und Paris bezüglich des englisch-französischen Seeabkommens von Staatssekretär Kellogg und seiner Umgebung vorbereitet. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß von der englischen Regierung ausdrückliche Aufklärung verlangt werde. Die Note bringe zum Ausdruck, daß die endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten mangels besserer Informationen noch nicht möglich sei. Obgleich die Veröffentlichung des Briefes des Quai d'Orsay an seine diplomatischen Vertretungen große Erregung in Washington verursacht, ist keine amtliche Stellungnahme zu erhalten. Man ist der Ansicht, der französischen Regierung solle zunächst Gelegenheit zur Aufklärung gegeben werden.

Wie „Newyork Herald" meldet, händigte Staatssekretär Kellogg dem Präsidenten Coolidge bereits den Entwurf der Antwortnote aus, die vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidenten an London und Paris gesandt werden soll. Wie das Blatt weiter wissen will, unterbrachen die Behörden des Staatsdepartements die Vorbereitung einer gleichlautenden Note an England und Frankreich in der Frage des Seekompromisses, um den Wortlaut des vom Quai d'Orsay an die französischen Botschaften gesandten Briefes zu studieren. Man will aus diesem Schreiben die Gewißheit erhalten, daß das englisch-französische Programm demjenigen der Vereinigten Staaten scharf entgegengesetzt sei. Der genaue Inhalt der amerikanischen Note wird erst festgelegt werden, wenn Präsident Coolidge Gelegenheit hatte, selbst die Einzelheiten der jüngsten Entwickelung kennen zu lernen.

Der Quai d' Orsay leitet eine Untersuchung ein

Paris, 24. September. Der Quai d'Orsay hat eine Untersuchung über den Diebstahl des vertraulichen Begleitschreibens zum englisch-französischen Flottenabkommen eingeleitet. Man scheint in französischen Kreisen anzunehmen, daß das Schriftstück nicht im Außenamt, sondern in einer anderen Staatskanzlei entwendet worden sei. Diese Annahme stützt sich vor allem darauf, daß die Pariser Vertretung der Hearstpresse erst durch eine Newyorker Meldung Kenntnis von dem Diebstahl erhalten hat.

Zweiundreißig Milliarden?

Die wahrscheinliche Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen

Paris, 24. September. (Eigener Funkbericht.)

Der „Matin" stellt heute unter Berufung auf einen Mitarbeiter des Generals Dawes, namens Auld, fest, daß die Dawessachverständigen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands auf höchstens 32 Milliarden geschätzt hätten. Die Zahlung der normalen Annuität von 2,5 Milliarden sei von ihnen nur für 25 Jahre vorgesehen gewesen. Dazu käme aber noch das Erträgnis der Eisenbahn- und Industrieobligationen, die während 40 Jahren jährlich 1 Milliarde erbringen sollten. Es sei wahrscheinlich, meint der „Matin", daß dieser Plan jetzt auch bei den künftigen Reparationsverhandlungen angenommen und daß die Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen auf 32 Milliarden herabgesetzt würde.

Winkelzüge um die Räumung

Falsche Deutung des Artikel 431

Bei den Debatten über das Recht auf Räumung der besetzten Gebiete von den Truppen der Alliierten taucht immer wieder die Behauptung auf, es sei wohl ein politischer Anspruch Deutschlands, daß geräumt wird, juristisch seien die Alliierten im Recht, wenn sie vor der vollständigen Bezahlung der deutschen Reparationsschuld im Rheinland bleiben wollen. Dabei denkt man vielfach an den Frankfurter Vertrag von 1871, in dem tatsächlich bestimmt wurde, daß das französische Gebiet bis zur völligen Abzahlung der Kriegskosten besetzt blieb. Wenn aber diese Vorstellung so weit verbreitet ist, so liegt das nicht nur an der Erinnerung an den deutsch-französischen Krieg, sondern vor allem daran, daß in zehntausenden von Exemplaren ein deutscher Text des Friedensvertrages verbreitet ist, der gerade die wichtigste Räumungsbestimmung, den Artikel 431 über die frühzeitige Räumung, in einem falschen, den Sinn gerade umkehrenden Wortlaut enthielt. Es handelt sich um die im Verlage Reimar Hobbing erschienene, in hunderten von Redaktionen und in den Händen von Zehntausenden von politisch Interessierten befindliche billige Ausgabe, die nur den deutschen Text enthält. Dieser Text lautet hier: „Wenn Deutschland alle Bedingungen des Vertrages erfüllt hat, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen." Tatsächlich lautet aber die richtige Uebersetzung: „Wenn Deutschland alle Bedingungen erfüllt, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen." Es ist also nicht nötig, daß alle Reparationen bezahlt werden, bevor das ganze Gebiet geräumt werden soll. Es ist nur nötig, daß Deutschland Beweise seines guten Willens gibt; dann sollen die Truppen sofort zurückgezogen werden. Man hat in Versailles damit gerechnet, daß die Reparationsleistungen länger als 15 Jahre dauern. Die Besatzung sollte nur eine Bürgschaft für die Durchführung darstellen, die sofort aufzuheben ist, sobald Deutschland den guten Willen zur Vertragserfüllung zeigt. Da dies durch die Friedenspolitik der letzten Jahre geschehen ist, hat also die Reichsregierung mit vollem Recht auf Grund des Friedensvertrages die Forderung auf Räumung gestellt. Wie es aber möglich sein konnte, daß durch einen falschen Text des Friedensvertrages in der deutschen Oeffentlichkeit Verwirrung gestiftet werden konnte, das bedarf noch dringender Aufklärung.

Zaleskis erfolglose Pariser Reise

Paris, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Außenminister Zaleski ist am Sonnabend nach Warschau zurückgekehrt. Er wird von seinem kurzen Aufenthalt in Paris allerdings wohl kaum sehr befriedigt sein, denn seine Versuche, die polnische Forderung nach Beteiligung an den bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen geltend zu machen, sind diesmal auf eine erheblich kühlere Aufnahme gestoßen als bisher. Wie wenig Hoffnung dafür besteht, auf die polnischen Wünsche einzugehen, dafür spricht schon allein der Umstand, daß der Außenminister Briand es nicht für nötig fand, sie zum Anlaß von Besprechungen mit Zaleski zu nehmen. Auch in der Presse verhält man sich, wie bereits berichtet, der Initiative des polnischen Außenministers gegenüber sehr reserviert.

Der neue dänische Landsthing

Kopenhagen, 22. September. Die dänischen Landsthingswahlen, die am Freitag stattfanden, haben den erwarteten Ausgang genommen. Die liberale Regierungspartei mußte den Sozialdemokraten im 5. Wahlkreis (Süd-Jütland und Nord-Schleswig) ein weiteres Mandat überlassen. Der Landsthing wird demnach zukünftig aus 28 Liberalen, 27 Sozialdemokraten, 12 Konservativen, 8 Demokraten und 1 Farder bestehen. Im ganzen haben die Liberalen drei Mandate verloren, und zwar zwei an die Sozialdemokraten und eins an die Färöer. Die Konservativen und Demokraten haben ihren bisherigen Besitzstand erhalten. Zusammen verfügen Konservative und Liberale über 40 Sitze gegenüber 36 der Opposition (früher 43 gegen 33).

England erkennt Albanien an

Tirana, 24. September. Am Sonnabend hat der englische Geschäftsträger dem Ministerpräsidenten ein Schreiben überreicht, in dem die englische Regierung bekannt gibt, daß sie das Königreich Albanien anerkennt.

Am gleichen Tage wurde dem Ministerpräsidenten auch ein Schreiben der rumänischen Regierung überreicht, die ihre Glückwünsche zur Umwandlung Albaniens in ein Königreich und zur Thronbesteigung Achmed Zogus ausspricht.

Gescheiterter Aufstand in Bolivien

Paris, 24. September. Wie die Abendpresse aus La Paz meldet, ist in Bolivien eine Aufstandsbewegung gescheitert. General Blanco hat sich nach der chilenischen Gesandtschaft geflüchtet. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Abrüstungsstückwerk

Die neue Resolution der Abrüstungskommission – Deutschland enthält sich der Abstimmung

Genf, 22. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die neue Resolution der Abrüstungskommission wurde am Sonnabend von dieser bei Stimmenhaltung Deutschlands und Ungarns der Versammlung überwiesen. Wie gemeldet, bringt sie eine Abschwächung des Lobes des englisch-französischen Flottenvergleichs und verlangt, in ihrem Schlußsatz die Zusammenberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission „auf jeden Fall zu Beginn des Jahres 1929", und zwar soll der Rat dem Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission einen dementsprechenden Auftrag geben, ein Zugeständnis an den Holländer Loudon, der erklärt hatte, bei Festsetzung eines Termins für das Wiederzusammentreten der Kommission die Verantwortung für sich persönlich ablehnen zu müssen. Entsprechend dieser Resolution, deren Annahme in der Versammlung gesichert ist, dürfte der Rat noch während seiner diesmaligen Tagung den Auftrag für die Einberufung der Kommission Ende 1928 oder spätestens Anfang 1929 erteilen. Graf Bernstorff gab die folgende Erklärung ab:

„In anbetracht der unbestreitbaren Unterschiede sowohl zwischen dem Inhalt der Resolution und der deutschen Auffassung wie über den für die Verwirklichung der Abrüstung zu beschreitenden Weg sehen wir keine Möglichkeit, dieser Resolution unsere Zustimmung zu geben. Andererseits schließt die Resolution nicht jede Möglichkeit aus, einer Verwirklichung der deutschen Auffassungen zuzustreben. Unter diesen Umständen wird sich die deutsche Delegation der Stimme enthalten und behält sich nähere Erklärungen in der Vollversammlung vor."

Eine Diskussion fand weder über die neue Resolution noch über die deutsche Erklärung statt. Ungarn erklärte ganz kurz, sich ebenfalls der Stimme zu enthalten. Die Abrüstungskommission schritt darauf zur Behandlung der Vertragsmodelle für Verträge zu gegenseitiger Unterstützung. Hierzu lag ein ungarischer Aenderungsvorschlag vor, der hervorheben wollte, daß der Rat den Abschluß nur dann vermitteln dürfe, wenn solche Verträge von allen Partnern gewünscht würden. Nach einer langen Debatte, in deren Verlauf der Berichterstatter Politi ausdrücklich erklärte, die Vermittlungstätigkeit des Rates bedeute nicht, daß ein Druck auf die Abschließung der Verträge ausgeübt werden solle, wurde der Bericht über die gegenseitigen Unterstützungsverträge ohne Aenderung genehmigt.

Vor dem Abschluß in Genf

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht). Man beeilt sich in Genf, die Völkerbundstagung am Dienstag zu Ende zu bringen, damit die anschließende Ratstagung spätestens am Mittwoch geschlossen werden kann. Das politische Interesse verlegt seinen Schwerpunkt schon langsam von Genf zurück nach den einzelnen Hauptstädten. Am Sonnabend nachmittag fuhr Lord Cushendun ab. Die Minister der Kleinen Entente und Polens befinden sich mit Ausnahme von Benesch schon in Paris.

Die Budgetkommission nahm am Sonnabend abend mit 18 Stimmen der Kolonialstaaten gegen 5, von denen China, Finnlen und Japan zu nennen sind, und bei 6 Stimmenhaltungen, darunter Deutschland, den englischen Vorschlag einer Untersuchung der Opiumsituation im Fernen Osten an. Der Beschluß ist durch den chinesischen Widerstand bedeutsam, und die Tatsache, daß Japan in dieser Frage China jekundierte. Es dürfte infolgedessen bei der Inangriffnahme der Untersuchungen zu politischen Reibungen kommen.

* * *

Genf, 22. September. (Eig. Drahtber.) In der juristischen Kommission wurde am Sonnabend in langen juristischen Auseinandersetzungen die Zusammenfassung der Vergleichs-, Schiedsgerichts- und Gerichtsverträge durch die Unterkommission in allgemeiner und später in einer speziellen Debatte behandelt. Ohne daß direkter Widerspruch gegen die Eigenmächtigkeit der Unterkommission erfolgte, machten England, Italien und Japan gewisse Vorbehalte. England hüllte seinen ablehnenden Standpunkt in die Formel, daß die Regierungen darauf aufmerksam gemacht werden müßten, daß von ihnen keine wörtliche Annahme des vorliegenden allgemeinen Vertrages gefordert wird, sondern der Vertrag nur als Modell oder Richtlinie gelte.

In der Budgetkommission ging der Kampf zwischen England und China um die von England beantragte Opium-Untersuchung weiter. Um die Möglichkeit budgetärer Bedenken abzuschneiden, bot England an, die Hälfte der Kosten der Untersuchung in britischen Kolonien selbst zu zahlen und 50 000 Franken für die Leitung der Untersuchung zu stiften. Da China seinen prinzipiellen Standpunkt der Ausdehnung der Untersuchung auf alle Rauschmittel und auf alle Opiumländer aufrecht erhält, ziehen sich die Auseinandersetzungen in der Kommission in die Länge.

Sarwat Pascha gestorben

Paris, 24. September. Der frühere ägyptische Ministerpräsident Sarwat Pascha ist hier am Sonnabend gestorben. Unter Sarwat Paschas Ministerpräsidentschaft erfolgte 1922 die Ausrufung der Unabhängigkeit Aegyptens. Nach seinem, im gleichen Jahre erfolgten Rücktritt hielt er sich bis 1926 von der Politik fern, um dann im Kabinett Adly Pascha Außenminister zu werden. Im Vorjahr verhandelte Sarwat Pascha mit England über einen Bündnisvertrag und begleitete König Fuad auf dessen Reise durch Frankreich.

Die Breslauer Städtetagungen

Von Oberbürgermeister Beims-Magdeburg

Der Deutsche und Preußische Städtetag halten am 25. und 26. September ihre Jahresversammlung in Breslau ab. Es handelt sich dabei nicht nur um innerorganisatorische Dinge, wie sie in den früheren Ausschußsitzungen der beiden Vereinigungen in der Hauptsache bearbeitet wurden. Die diesjährigen Tagungen sollen sich auch mit den großen Fragen der Kommunalpolitik befassen. Sie verdienen daher die Beachtung aller, die an dem Gemeindeleben interessiert sind oder dafür Verständnis besitzen. Die Aufmerksamkeit, die die Magdeburger großen Hauptversammlungen des Deutschen und Preußischen Städtetages im vorigen Jahre fanden, und die im Anschluß daran stattgehabten Debatten sind bei allen Kommunalpolitikern noch in guter Erinnerung. Es ist ein ereignisreicher Weg von Magdeburg 1927 bis Breslau 1928 und er ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Befehdung der deutschen Städte seitens der nur privatwirtschaftlich denkenden Mächte, deren Einfluß um ein vielfaches stärker ist, als man annehmen möchte.

Die deutschen Städte und unter ihnen die deutschen Großstädte haben in der jungen Republik einen sehr schweren Stand. Was wir als Sozialdemokraten bedauern müssen, ist die bewußte Unterwühlung ihrer finanziellen Kraft und die ebenfalls bewußt aufrecht erhaltene Rechtsunsicherheit ihrer Zuständigkeiten. Denn dadurch werden gerade jene Kräfte gelähmt, deren Stärkung zu allererst den Minderbemittelten zugute kommen. Wir haben in der Vorkriegszeit viel vom Gemeindesozialismus geschrieben und gesprochen. Wir haben damals unter dem Dreiklassenwahlrecht in zäher, mühevoller Arbeit versucht, die Gemeinde für soziale Zeitfragen zu interessieren und in den Gemeindeverwaltungen Verständnis für die damaligen Probleme gemeindlicher Sozialpolitik zu wecken. Bis zu einem gewissen Grade ist das unserer Arbeit auch gelungen. Waren wir auch damals in allen Städten in den Gemeindeparlamenten in einer hoffnungslosen Minderheit, so hatten wir doch durch die Macht der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen eine gewisse Position, die uns stärker machte, als wir zahlenmäßig waren. Aber alles in allem war unser Wirken stärkstens eingeengt. Und verglichen mit der heutigen Gemeindepolitik war die damalige in sozialer Hinsicht ärmlich; unsere Erfolge kaum nennenswert. Die große Umwälzung, die der Zusammenbruch des alten Regimes brachte, hat die deutschen Städte gründlich umgestellt. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerwahlrechts trat ein gleiches allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen. Die unmittelbare Auswirkung des neuen Wahlrechts war eine ungeheure Zunahme des Einflusses, den die Arbeiterschaft in den Stadt- und Landgemeindeverwaltungen gewann. Kaum hatten die Arbeiter die Hände frei, konnten sie regen und wahrlich: sie haben es getan. Man vergleiche einmal die Leistungen der Städte und Landgemeinden auf allen jenen Gebieten, die das Leben der Arbeiterfamilie unmittelbar berühren von damals mit dem heutigen! Erst dann wird man zu einer Würdigung des großen Fortschrittes von damals zu heute kommen können.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die minderbemittelten Bewohner der Städte und Landgemeinden weit stärker an die Gemeinden gebunden sind, als die Wohlhabenden. Man kann sagen, daß fast alle ihre Einrichtungen zumeist den ärmeren Schichten zugute kommen, und für sie dienstbar gemacht werden. Beginnen wir bei den Wohlfahrtsämtern, den Schulen, dem Gesundheitswesen, dem Wohnungsbau und setzen wir unsere Untersuchung fort bis zu der Grundbesitzpolitik, den Parkanlagen, den Erholungsstätten, der Fürsorge für Mütter und hilflose Kinder. Denken wir an die Einrichtungen zur Pflege des Sports, des Verkehrs! Immer und überall werden wir jenes Prinzip finden, daß die Gemeinde zuerst für das Allgemeinwohl zu sorgen hat und daß sie dafür die gewaltigen Summen ausgibt, die gerade heute so vielfachen und scharfen Widerspruch erregen und deren Beschaffung so ungeheuer erschwert wird. Wenn also von Kommunalpolitik gesprochen wird, haben zuerst und am meisten die Arbeiter alle Ursache aufzumerken und diesen Dingen das größte Interesse entgegenzubringen.

Die Breslauer Tagungen sollen sich beschäftigen mit dem Thema: „Reichsaufbau und Selbstverwaltung". Präsident Mulert wird das Referat halten. Eine lebhafte Debatte steht in sicherer Aussicht. Die Tatsache, daß besonders in Preußen, aber auch in anderen deutschen Ländern es nicht gelungen ist ein neues Städte- und Gemeinderecht zu schaffen, hatten eine nicht nur unmögliche sondern unsinnige Lage für die Gemeindeverwaltungen zur Folge. Von den alten Städteordnungen — dem Grundrecht also für die Zuständigkeit der Gemeindeverwaltungen — sind nur noch elende Reste geblieben. Es ist damit bei allem guten Willen gemeindeseitig nichts mehr anzufangen. Die Aufsichtsinstanzen behelfen sich nun damit, nach Belieben sich innerhalb der Gemeindeverwaltung zu betätigen. Das hat zur Aufblähung der Gemeindeaufsicht nicht nur bei der preußischen Staatsregierung geführt, sondern auch das Reich und die Parlamente versuchen sich mit Vorliebe auf diesem verlockenden Gebiet. Der Mensch tut bekanntlich am liebsten gerade das, wozu er am wenigsten befähigt ist! Und so haben sich denn auch schnellstens die „Wirtschaftsorganisationen", zu deutsch die rein kapitalistisch gerichteten Arbeitgeberorganisationen bemüht, möglichst in alle Verwaltungsfragen hinein zu reden. Sie beschränken sich nicht darauf, ihre Vertreter in Magistraten und Stadtverordnetenkollegien zu beeinflussen, was ihnen niemand verdacht hätte; sondern sie desavouierten sie vielfach und wollten direkten Einfluß auf die Verwaltung haben. Und so kam es, daß die Handelskammern und Handwerkskammern ihre völlig einseitigen Gutachten erstatteten, die nunmehr bei den Aufsichtsstellern stärkste Beachtung fanden. Die Arbeiter dagegen haben heute noch immer keine legale Vertretung. Ihre Interessen bleiben daher auch bei den Aufsichtsorganen vielfach unberücksichtigt. So erklären sich die sonst unverständlichen Eingriffe jener vielen Aufsichtsinstanzen, die von allen Seiten und oft gegenläufig in die Gemeinden hinein regieren. Da viele Köche den Brei verderben, so kann man sich nicht wundern, wenn in den deutschen Gemeinden von heute keine klare gradlinige Verwaltungsarbeit möglich ist. Das Uebel liegt darin, daß den Gemeinden fast alle gesetzlichen Verwaltungsgrundlagen genommen sind. So wurde die Selbstverwaltung bis auf kümmerliche Reste beseitigt. Reichs- und Länderregierungen erließen Verordnungen, die Regierungspräsidenten gaben „Anregungen", das Reichsbankdirektorium verhinderte Anleihemöglichkeiten, die Privatwirtschaft erhob sich gegen die Kommunalwirtschaft und die Kämpfe gegen die Gemeindesteuern wurden eiserner Bestand der parteipolitischen Agitation.

Der Seewolf.

Von Jack London.

63) (Nachdruck verboten.)

Ich spannte beide Hähne der Büchse und richtete den Lauf auf ihn. Hätte er sich bewegt und versucht, sich von der Laufbrücke aus auf mich zu stürzen, ich würde ihn niedergeschossen haben. Aber er blieb unbeweglich stehen und starrte mich weiter an. Und wie ich ihm, die erhobene Büchse in den Händen, ins Gesicht blickte, hatte ich Zeit, zu sehen, wie verstört und abgezehrt es aussah. Es war, als hätte eine furchtbare Gemütsbewegung es verwüstet. Die Wangen waren eingesunken, die Stirn gerunzelt und sorgenvoll. Seltsam erschienen mir seine Augen, als ob Sehnerven und Bewegungsmuskeln irgendwie beschädigt wären und die Augäpfel sich verrückt hätten.

Alles dies sah ich, denn da mein Hirn jetzt mit ungeheurer Schnelligkeit arbeitete, fuhren mir tausend Gedanken durch den Kopf, und doch konnte ich nicht abdrücken. Ich trat an die Tür der Kajüte, um näher an ihn heranzukommen. Ich war jetzt kaum mehr als Armeslänge von ihm entfernt. Es gab keine Hoffnung mehr für ihn. Ich hatte meinen Entschluß gefaßt. Es war unmöglich, ihn zu fehlen, ein so schlechter Schütze ich auch sein mochte. Und doch kämpfte ich mit mir und konnte nicht abdrücken.

„Nun?" fragte er ungeduldig.

Ich versuchte vergebens, meinen Finger zu krümmen, und ebenso vergebens versuchte ich, ein Wort herauszubringen. „Warum schießen Sie nicht?" fragte er.

Ich räusperte mich, konnte aber nicht sprechen.

„Hmph," sagte er langsam. „Sie können es nicht. Sie sind ohnmächtig. Ihre Moral ist stärker als Sie. Sie sind ein Sklave Ihrer alten Vorstellungen, der Gebote, die Ihrem Schädel eingehämmert worden sind, seit Sie die ersten Worte stammelten, und meinem Lehren zum Trotz können Sie einen unbewaffneten, widerstandslosen Menschen nicht töten."

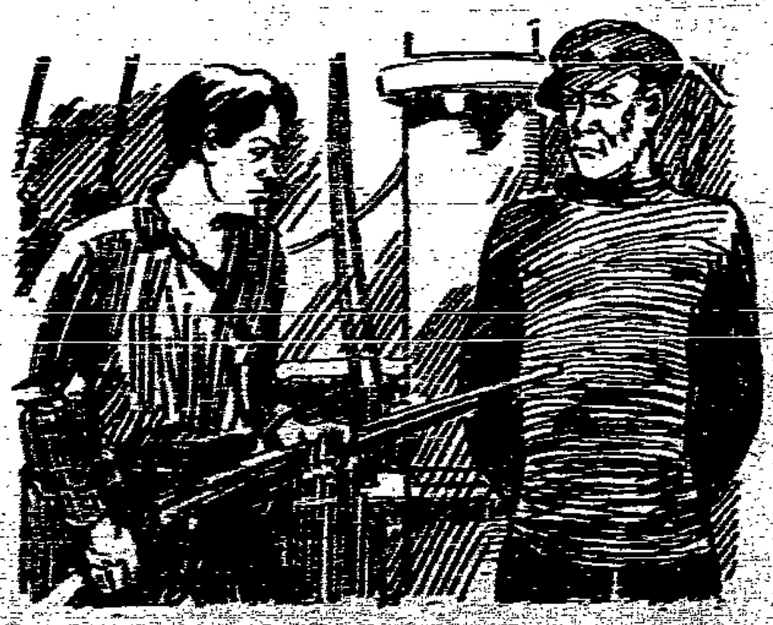
„Das weiß ich," sagte ich heiser.

„Und Sie wissen auch, daß ich einen Unbewaffneten ebenso leicht töten würde, wie ich eine Fliege mache," fuhr er fort. „Sie kennen mich und schätzen mich von Ihrem Standpunkt aus ein. [illegible] Gefahrer und Seelräuber haben Sie mich genannt. Und doch können Sie mich nicht töten. Sie Mädchenjäger, wie Sie eine Schlange oder einen Hai töten würden, nicht ich würde, Frau und einen Kämpfer habe, der dem Ihren ähnlich geformt ist. Ich hätte mehr von Ihnen erwartet, Humph!"

Er überschritt die Laufbrücke und trat zu mir.

„Nehmen Sie das Gewehr herunter. Ich möchte einige Fragen an Sie richten. Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich umzuschauen. Was für ein Ort ist dies? Wo liegt die „Ghost"? Wieso sind Sie so naß? Wo ist Maud — oder muß ich Frau von Wehden sagen?"

Ich war zurückgetreten und hätte weinen mögen, daß ich unfähig war, ihn niederzuschießen, aber ich war doch



„Warum schießen Sie nicht?" fragte er.

nicht so töricht, die Büchse abzusetzen. In meiner Verzweiflung fürchtete ich, daß er eine Feindseligkeit begehen, den Versuch machen würde, mich zu schlagen oder zu würgen, denn ich wußte: nur dann war ich imstande, zu schießen.

„Dies ist die Robbeninsel," sagte ich.

„Wie den Namen gehört," unterbrach er mich.

„So nennen wir sie wenigstens," berichtete ich.

„Wir?" fragte er, „wer ist „wir"?"

„Johnstein Brewster und ich. Und die „Ghost" liegt, wie Sie selbst sehen konnten, mit dem Bug gegen den Strand."

„Es sind Robben hier," sagte er. „Sie haben mich mit ihrem Gebell geweckt, sonst würde ich noch schlafen. Ich hörte sie schon, als ich gestern abend hier hereintrieb. Sie zeigten mir an, daß eine Küste in Lee war. Es ist eine Rookery, so etwas, wie ich es seit Jahren gesucht habe. Dank meinem Bruder Tod bin ich hier auf ein Vermögen gestoßen. Es ist eine Goldgrube. Wie ist die Lage der Insel?"

„Keine Ahnung," sagte ich. „Aber Sie müssen es doch wissen. Was haben Ihre letzten Beobachtungen ergeben?"

Er lächelte unergründlich, antwortete aber nicht.

„Und wo sind all Ihre Leute?" fragte ich. „Wie kommt es, daß Sie allein sind?"

Ich war darauf vorbereitet, daß er auch diese Frage unbeachtet lassen würde, und seine willige Antwort überraschte mich.

„Ehe achtundvierzig Stunden vergangen waren, hatte mein Bruder mich gekriegt, aber es war, weiß Gott, nicht meine Schuld. Er enterte mein Schiff nachts, als nur ein Wachtposten an Deck war. Die Jäger ließen mich im Stich. Er bot ihnen mehr. Ich hörte es mit an. Er tat es vor meinen Augen. Die Mannschaft ging natürlich auch. Das konnte ich nicht anders erwarten. Alle Mann verließen mich und da stand ich — ausgesetzt auf meinem eigenen Schiff. Diesmal hatte mein Bruder Tod gesiegt."

„Aber wie haben Sie denn die Masten verloren?" fragte ich.

„Gehen Sie hin und sehen Sie sich die Taljenreeps an," sagte er und wies nach der Stelle, wo die Besantakelung sich hätte befinden müssen.

„Durchschnitten!" rief ich aus.

„Das ist Löchleins Werk," lachte er. „Ich weiß es, obgleich ich ihn nicht dabei erwischt habe. So ein bißchen Abrechnung."

„Das hat Mugridge nicht schlecht gemacht!" rief ich.

„Ja, das dachte ich auch, als die ganze Geschichte über Bord ging."

„Aber was haben Sie denn getan, als dies alles geschah?" fragte ich.

„Was ich tun konnte. Aber es war unter diesen Umständen nicht viel, das können Sie mir glauben."

Ich wandte mich um, um Mugridges Werk noch einmal zu betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Heute herrschte auf dem Gebiete der Selbstverwaltungsrechte die Anarchie! Die Forderungen des Deutschen Städtetages nach einer Reichsstädteordnung sind bislang unerfüllt geblieben. Die Neuordnung in den Ländern unterblieb ebenfalls. Die Verwaltungen sind dadurch vielfach verteuert worden und es ist auch im Sinne der Gegner der heutigen Stadtverwaltungen keinerlei Vorteil dabei herausgekommen.

Gewiß hängen diese Dinge eng zusammen mit einer durchgreifenden Reform der Gliederung des Deutschen Reiches. Wir haben auf diesem Gebiet vor Jahren den Kampf aufgenommen. Der Erfolg war eine große Debatte in der breitesten Oeffentlichkeit. Das Ziel, den Deutschen Einheitsstaat zu schaffen, trat als zwingende Notwendigkeit vor aller Augen. Erst, wenn es praktisch erreicht ist, wird eine wirklich organisch eingerichtete, gute, zweckmäßige Verwaltungsarbeit in Deutschland geleistet werden können. Aber bis dahin ist noch ein weiter Weg und man darf die Gemeinden auf das neue Gemeindeverfassungsrecht nicht mit dem Hinweis auf die im Fluß befindliche Bewegung für die allgemeine Verwaltungsreform vertrösten. Diese Frage muß vorab im Sinne des Deutschen Städtetages und im Gegensatz zu den Städtegegnern durch eine Reichsgemeindeverfassung mit brauchbarer Abgrenzung der Zuständigkeitsrechte erledigt werden. Dabei wird der Sozialdemokratie die führende Arbeit zufallen, weil sie nach ihrer Wesensart dazu berufen ist wie keine andere Partei. Die Länder haben diese so dringenden gesetzgeberischen Arbeiten nicht zustande gebracht. Für die Bürokratie liegt auch heute kaum ein Interesse an einer raschen Lösung vor. Um so größer aber ist die Allgemeinheit an dieser Sache interessiert. Die Gemeinden müssen aus dem Durcheinander heraus zur klaren Rechtsgestaltung! Und wir dürfen nicht warten, bis einmal die ganz großen Probleme der neuen Reichsgestaltung soweit ausgereift sind, daß die Partikularisten, die in allen Parteien vorhanden sind, zum Schweigen gebracht sind.

Was heute besonders die deutschen Städte in ihrer Abwehr gegen unberechtigte Angriffe schwächt, das ist der Mangel einer einheitlichen Organisation der Kräfte. Wir haben zu viele Vereinigungen, sie überschneiden sich überall, und jede will ihre besondere Nützlichkeit beweisen! Dabei kommen Gegensätze zutage, die meistens künstlich aufgebauscht werden, und die geeignet sind, den Gegnern die Arbeiten zu erleichtern. Wir haben neben den Städtevereinigungen in den einzelnen Ländern im Reich den Deutschen Städtetag, der alle Städte von 10 000 Einwohnern aufwärts erfaßt. Daneben besteht der Reichsstädtebund, der alle Städte bis zu 80 000 Einwohnern zu Mitgliedern wirbt, dann besteht auch noch der Reichsstädteverband, der alle nicht kreisfreien Städte als Mitglieder aufnimmt. Die Berechtigung dieser offenkundigen Ueberorganisation der Stadtvertretungen wird mit den unterschiedlichen Interessen der kleinen, mittleren und großen Städte begründet. Aber diese Unterschiedlichkeit kann genau so gut oder weit wirksamer in einer alles umfassenden Städtevereinigung vertreten werden. Damit würden dann alle inneren Streitigkeiten, alle jenen häßlichen und törichten Angriffe gegen die größeren Städte aus der öffentlichen Debatte verschwinden. Die Macht der Gemeinden könnte einheitlich gerichtet, die Interessenvertretung erleichtert und die Kosten erheblich herabgesetzt werden, denn nunmehr würden alle Kräfte auf ein gemeinsames Ziel konzentriert. Konzentration der Kräfte ist heute mehr denn je für Voraussetzung des Erfolges! Zur Zeit gefallen leider sich manche Städtevertreter darin, sich mit dem übeln vergeblichen inneren Streit abzuquälen, statt an einer Einigung zu arbeiten.

Der Preußische Städtetag wird sich mit den schwebenden Fragen des Finanzausgleichs befassen und die Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung im Reich, den Ländern und Gemeinden besprochen. Weiter werden die Wahlen zu den Vorständen vorgenommen werden. So sind die Breslauer Tagungen von der Art, daß sie das größte Interesse besonders auch der Arbeiterschaft finden sollten. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß diese Jahresversammlungen für die Festigung der Basis allen Gemeindelebens brauchbare Arbeit leisten werden.

An Reichs- und Länderregierungen müssen wir die Forderung richten, endlich den Gemeinden zu geben, was sie verlangen müssen: eine klare Rechtsgrundlage und eine angemessene Existenzmöglichkeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Eine Rede des Reichsernährungsministers

Bad Dürkheim, 24. September. Auf einem Herbstfest der Deutschen Demokratischen Partei Nordbadens und der Pfalz nahm Reichsernährungsminister Dietrich Stellung zur politischen Lage. Wenn man sich mit der Frage beschäftige, warum die Wahlergebnisse für die Demokraten so ungünstig gewesen seien, dann müsse man bedenken, daß auch Volkspartei und Zentrum schwere Verluste erlitten hätten und innerlich zerrüttet seien. Die Gründe seien, daß neue Parteigruppierungen eingetreten seien. Wirtschafts- und Bauernpartei nähmen die aus den Mittelparteien Abwandernden auf. Die jetzige Regierung sei keine Regierung der großen Koalition, wohl aber sei sie gestützt von dem Vertrauen der Parteien der großen Koalition. Eine Regierungsumbildung könne er nicht befürworten, denn jede Aenderung dieser Art schade dem Parlamentarismus.

Eine große Sorge sei die der Reichsfinanzen. Die gute diesjährige Ernte habe die Zolleinnahmen verringert. Dieses Loch in den Reichsfinanzen dürfe nicht bedauert, aber es müsse mit ihm gerechnet werden. Ab 1. September bezahle Deutschland die volle Leistung der Reparationen in Höhe von 2,5 Milliarden jährlich. Dabei sei zu berücksichtigen, daß bisher ein sehr erheblicher Teil unserer Reparationszahlungen auf dem Umwege über Privatindustrie und Gemeinden im Auslande habe geborgt werden müssen. Das ergebe ein falsches Bild unserer Leistungsfähigkeit. Keinesfalls dürfe das Problem der Reparationen mit dem der interalliierten Schulden verknüpft werden. Wir hätten auch innere Kriegslasten, nämlich Pensionen und Renten in Höhe von 1,7 Milliarden Reichsmark jährlich, sodaß über 4 Milliarden Kriegslasten teils nach außen, teils nach innen aufzubringen seien. Selbst wenn wir 500 Millionen Reichsmark einsparen würden, was vielleicht möglich sei, könne uns das nicht heraushelfen. Von der Regelung dieser Fragen hänge es ab, wie auf steuerlichem Gebiete Deutschland in den nächsten Jahren vorgehen müsse.

Zur Lage der Landwirtschaft führte der Minister aus, daß es bedauerlich sei, wenn so viele Landwirte in die Städte abwanderten und dort die Zahl der Arbeitslosen mit erhöhten. Die Landwirtschaft müsse gehalten und ihre Ergänzung erhöht werden. Im nächsten Haushalt sei zu verlangen, daß das, was jetzt geschehe, auf dem Gebiete der Nationalisierung und Standardisierung fortgesetzt werde. Das sei kein Notprogramm, sondern ein Produktionsförderungsproblem. Die Ernährung des Volkes müsse in weitestgehendem Maße durch das Inland selbst erfolgen. Nicht umsonst klage die Bevölkerung über den großen Behördenapparat. Es sei nicht nur die Höhe, sondern auch die Vielgestaltigkeit der Steuern, die Widerspruch hervorriefen. Schließlich wies Dietrich auf die Vorteile der Reichseinheit hin und betonte, daß die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte erst später voll gewürdigt werden könnten.

Spitzbube am Staat — aber national

Völkischer Eisenbahnsekretär wegen Unterschlagung verurteilt

Stuttgart, 22. September. (Eigener Drahtbericht). Eine Stütze der Hitlerbewegung in Württemberg hat sich wieder einmal als morsch erwiesen. Der Eisenbahnsekretär Hermann Glück von Unterhausen bei Reutlingen, der sich noch bei der letzten Wahl an der Störung sozialdemokratischer Versammlungen durch nationalsozialistische Radaubrüder aktiv beteiligte, ist überführt worden, schon seit dem Jahre 1926 aus der Schalterkasse in Pfullingen regelmäßig Gelder unterschlagen und auch sonstige Betrügereien verübt zu haben. Er wurde vom Schöffengericht in Tübingen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Was Keudell nicht konnte

Severing will den Achtstundentag für die Reichsbeamten

Die große Aussprache des Reichsinnenministers mit den Beamtenorganisationen über die aktuellen Beamtenprobleme, die im September stattfinden sollte, mußte bis Mitte Oktober verschoben werden. Bei der Aussprache wird die 48-Stundenwoche für die Beamten im Vordergrund der Erörterungen stehen. Die zurzeit geltenden Bestimmungen sehen im Reich die 54- bezw. 51-Stundenwoche vor. Reichinnenminister Severing ist geneigt, den Achtstundentag für die Reichsbeamten wieder einzuführen. Bei den Besprechungen der Beamtenorganisationen mit Herrn von Keudell hatten die Beamtenvertreter mit ganz besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Neuregelung der Dienstzeit hingewiesen. Trotzdem hat der Reichsinnenminister der Deutschnationalen, die sich bei jeder Gelegenheit ganz besonders als Freunde der Beamtenschaft aufspielen, für die Wünsche und Forderungen der Beamtenschaft kein Verständnis aufbringen können.

Völkische Rohlinge gefaßt

Der Vertreter Brasiliens von völkischen Raufbolden niedergeschlagen

Die Hansastadt Bremen hat ihre Sensation: Obschon sie verhältnismäßig wenig Juden zu ihren Einwohnern zählt, hat sie um so mehr Antisemiten aufzuweisen.

Seit einigen Wochen wurden in der lebhaften Bahnhofstraße, merkwürdigerweise immer Mittwoch abends zwischen 11 und 12 Uhr,

Passanten mit schwarzen Haaren hinterrücks überfallen,

mit Fäusten oder Schlagringen auf den Kopf geschlagen, zu Boden geworfen, und getreten, alles ohne den geringsten sichtbaren Grund. Nach vollendeter Tat verschwanden die meist jugendlichen Angreifer, ohne daß es gelang, einen zu fassen. Es waren immer kleine Banden von 6 bis 8 Burschen, die lediglich Lust zum Niederboxen von solchen Passanten an den Tag legten, deren Haare oder Nasen ihnen nicht gefielen.

Da in einer Stadt wie Bremen, in der viele Vertreter der südländischen, besonders der spanisch-amerikanischen Volksstämme wohnen, die schwarze Haarfarbe, kein Vorrecht der Semiten ist, so blieb es nicht aus, daß die Hakenkreuzstrolche auch Nichtjuden, darunter einen Italiener und am vergangenen Mittwoch gar den brasilianischen Konsul verprügelten.

Der Ueberfall auf den brasilianischen Konsul, in dem die Hakenkreuzler einen Juden treffen wollten, war besonders hinterhältig. Der Konsul kam friedlich aus dem Theater über den Wall, eine vornehme Verkehrsstraße im Zentrum, in Begleitung eines Fremden aus Chile. Plötzlich erhielt er von hinten einen kräftigen Schlag, wahrscheinlich mit einem Schlagring, auf den Kopf, so daß er besinnungslos zu Boden fiel, und mit dem Kopf so unglücklich auf das Pflaster aufschlug, daß er eine klaffende Kopfwunde davontrug!

Während sein Begleiter den nächsten Angreifer abwehrte — der Ueberfall wurde von einem Rudel von sechs bis sieben Hakenkreuzstrolchen ausgeführt — trat man dem liegenden Konsul auf den Körper und auf die Hand. Beim Herannahen von Passanten verdufteten die Angreifer in alle Winde. Der Konsul war so schwer verletzt, daß er drei Tage das Bett hüten mußte.

Am gleichen Abend wurde in der Bahnhofstraße ein jüdischer Mitbürger in der gleichen Weise von hinten angegriffen. Beim Fallen verlor er einen neuen Filzhut, den einer der Angreifer raubte.

Bei der Tolstoi-Feier entlarvt

Der Polizei war es nicht gelungen, die Angreifer festzustellen, trotzdem etwa ein Dutzend solcher Ueberfälle zu verzeichnen waren. Erst durch die Unvorsichtigkeit einer randalierenden Hakenkreuzlergruppe während einer Tolstoi-Feier im Bremer Schauspielhaus gelang die Feststellung eines der Haupttäter. Bei dieser Tolstoi-Feier war Professor Lessing-Hannover als Festredner angekündigt. Der Name Lessing genügte, um die prügelsüchtigen Antisemiten anzulocken, die die Feier zu stören beschlossen hatten. Pfeifen beim Erscheinen des Redners, Zwischenrufe antisemitischer Art usw. Der Zuschauerraum wurde schleunigst erhellt und die Polizei entfernte die Störenfriede. Diese stellten sich nun nach Schluß der Feier vor dem Theater auf, um dort weiter zu randalisieren.

Teilnehmer an dieser Tolstoi-Feier war unter anderem auch der jüdische Herr. Dieser erkannte in der Schar der johlenden Antisemiten jenen Burschen wieder, der ihm den Hut gestohlen hatte. Er ließ ihn sistieren. Bei der Vernehmung gestand der Jüngling, daß er auch am Ueberfall auf den brasilianischen Konsul beteiligt war und denunzierte, um nicht die „Alleinschuld" auf sich zu nehmen, gleichzeitig einige seiner Kumpane.

So wurde nun festgestellt, daß die zahlreichen unaufgeklärten und unerklärlichen Ueberfälle organisierte Bandenüberfälle des Rollkommandos der Nationalsozialistischen Partei waren, die jeden Mittwoch ihre Parteiversammlung abhielt und hinterher — nachdem die Mitglieder durch Reden und Alkohol besoffen gemacht waren — diesen bandenmäßigen Krieg gegen die schwarzen Haare friedlicher Passanten ausführte.

Der Ueberfall auf den brasilianischen Konsul wird Bremen in diplomatische Verwicklungen mit der brasilianischen Regierung führen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß Bremen, das so stolz auf seinen Handel mit Brasilien ist, sich für die Lausbübereien der Hakenkreuzler feierlich entschuldigen muß. Selbstverständlich wird die Sache auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Einheitsfront vom Sowjetstern bis zum Hakenkreuz

Wahl eines kommunistischen Bürgermeisters mit Hilfe der Rechtsparteien.

Bautzen, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Bei der am Donnerstag abend vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters in Oberschau wurde der Kommunist Helas mit sechs gegen fünf Stimmen der Sozialdemokraten zum Bürgermeister gewählt. Der Kommunist erhielt außer den zwei kommunistischen Stimmen auch die vier bürgerlichen, einschließlich eines Stahlhelmmannes. Auf unseren Genossen Rausch entfielen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten.

Das Ergebnis der Abstimmung beweist, daß das Bürgertum mit den Kommunisten, die die Arbeiterbewegung zersplittern, bis hinüber zu den Hakenkreuzleuten in bester Freundschaft lebt. Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie vom Sowjetstern bis zum Hakenkreuz, wenn es gilt, die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister zu verhindern.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Stahlhelm

Am Sonnabend feierte in der Gemeinde Falkensee bei Spandau die Ortsgruppe des Reichsbanners ihr 4. Stiftungsfest. In einem in der Nähe befindlichen Lokal hielt der Stahlhelm ebenfalls eine Versammlung ab. Gegen 1 Uhr nachts kam es zwischen den Reichsbannerleuten und den Stahlhelmern zu einem schweren Zusammenstoß. Es wurden Stuhlbeine, Steine und andere Gegenstände benutzt, um aufeinander loszuschlagen. Dabei wurden etwa 30 Personen zum Teil erheblich verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch der Stahlhelmführer Dr. Hesse. Die Verwundeten flüchteten in die Bahnhofswirtschaft von Haase. Der Bahnhofswirt hatte den Wartesaal bereits geschlossen. Sie erbrachen jedoch gewaltsam die Tür, zerstörten die Lichtleitung und demolierten sämtliche Fensterscheiben. Auch wurde die Telephonverbindung abgeschnitten. Trotzdem gelang es aber, das Ueberfallkommando aus Spandau herbeizurufen, das alle Personen feststellte und gegen drei Uhr wieder abrücken konnte.

Der Vorstand der Kommunalen Bezirksarbeitsgemeinschaft

ladet, im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der Partei, für

Sonntag, den 14. Oktober 1928, vormittags 9 Uhr,

alle kommunalpolitisch tätigen Genossinnen und Genossen des Bezirks Breslau (Mittelschlesien) zu einer

Bezirks-Kommunal-Konferenz

nach Breslau, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, ein.

Tagesordnung:

1. **Vortrag der Reichstagsabgeordneten Frau Luise Schröder-Altona, über: „Die Wohlfahrtsaufgaben der Gemeinden".**
2. **Die bevorstehenden Kommunalwahlen. — Referent: Genosse Karl Mache.**

Zu dieser Konferenz sind eingeladen: Die parteigenössischen Reichstags-, Landtags- und Provinzial-Landtagsabgeordneten, sowie die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Landräte, Magistrats-Mitglieder, Stadtverordneten, Kreisausschußmitglieder, Kreistagsabgeordneten, Gemeinde- und Amtsvorsteher, Schöffen und Gemeindevertreter, sowie Gemeindebeamten aller Städte, Landgemeinden und Kreise des Bezirks Breslau (Mittelschlesien).

Bedingung ist, daß mindestens jeder größere Ort durch einen oder einige Delegierte vertreten ist. In den weiter abliegenden Kreisen müssen sich die Genossen im Kreis über den Besuch der Konferenz verständigen. Es darf kein Kreis unvertreten sein.

Eintritt zu dieser Konferenz nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Parteigenossen, die zurzeit nicht kommunalpolitisch tätig sind, aber Interesse an kommunalen Dingen haben, können als Gäste an den Verhandlungen teilnehmen, müssen sich aber beim Eintritt ebenfalls durch Parteimitgliedsbuch ausweisen.

Die vorherige Anmeldung der Teilnehmer an dieser Konferenz ist dringend erwünscht, und bitten wir, uns eine Mitteilung bis spätestens 1. Oktober nach dem Bezirkssekretariat der SPD. Breslau, Margaretenstr. 17, Zimmer 37, zugehen zu lassen. Diejenigen Genossen, die bereits Sonnabend eintreffen und Quartier benötigen, müssen das besonders mitteilen.

Der Bezirksvorstand der SPD.
gez. Mache.
Der Bezirksvorstand der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft
gez. Rößler.

Aus Schlesien

Liegnitz. Ein Gut im Mond. Die Wirtschafterin Friedel Melzer aus Alt-Beckern hatte von einem hiesigen Schuhmacher zweimal je 500 Mark geborgt und ihm dabei vorgeschwindelt, sie besäße ein 24 Morgen großes Gut. In Wirklichkeit besaß sie jedoch mit ihrer Schwester zusammen nur 2 Morgen, hatte allerdings ein 20 Morgen großes Gut mit der Schwester zusammen — gepachtet. Wegen Betruges erhielt sie an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe vom Schöffengericht 300 Mark Geldstrafe.

Grünberg. Reblausgefahr. Untersuchungen haben ergeben, daß der Grünberger Weinboden, der bisher als reblausimmun galt, stark durch Reblausinsekten verseucht ist.

Hirschberg. Krieg im Frieden. Ein von den Sechsstätten kommendes schweres Reichswehrauto fuhr in der Mühlgrabenstraße beim Nehmen der Kurve auf den Bürgersteig und in das am Gasthof „Zum schwarzen Roß" angebrachte Baugerüst hinein. Dieses stürzte zum Teil in sich zusammen. Dem 50 Jahre alten Fräulein Wehner wurde ein Bein zerschmettert, außerdem erlitt es verschiedene Knochenbrüche. Im städtischen Krankenhaus mußte ihr das Bein amputiert werden, doch verstarb es noch in der Nacht zum Freitag. Ein am Gerüst vorübergehender Mann kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Straßenpassanten nahmen gegen den Führer des Autos eine drohende Haltung ein. Infolge Versagens der Bremse fuhr ein von Kupferberg nach Jannowitz fahrendes Panzerauto in rascher Fahrt die steile Straße hinab, riß fünf Chausseesteine um und blieb schließlich an einem Straßenbaum hängen. Die abspringende Besatzung des Autos kam mit leichteren Verletzungen davon, während der Panzerwagen erheblich beschädigt wurde.

Hirschberg. Der erste Schnee. Nachdem die Temperaturen am Freitag im Hochgebirge bis auf ein Grad unter Null zurückgegangen waren, hat am Sonnabend vormittag auf dem Kamm im Hochgebirge leichter Schneefall eingesetzt.

Leobschütz. Eine Mühlenwirtschaft niedergebrannt. In Kreisewitz brannte die Mühle, das Wohngebäude, die Scheune und Stallung des Mühlenbesitzers Winter völlig nieder. Zwei Schweine, ein Kalb und Maschinengeräte sind mitverbrannt. Da das Feuer an drei Stellen ausbrach, wird Brandstiftung vermutet.

Cosel. Von der Schiffahrt. Das Wasser der Oder fällt weiter, doch sind in der verflossenen Woche wieder einige Schleppzüge eingetroffen. An Berggütern wurden 3670 Tonnen umgeschlagen. Der gesamte Berg- und Talumschlag betrug 112 300 Zentner. Die Fracht nach Berlin ist gestiegen und beträgt jetzt 8,30 Mark pro Tonne.

Cosel. Die feindlichen Brüder. Bei einem Streit zwischen den Brüdern Paul und Franz Kommander in Raschowa stach Paul so auf seinen Bruder Franz ein, daß das Messer an einer Rippe kurz über dem Herzen hängen blieb. Der Verletzte verfolgte den Angreifer, obwohl er das Messer in der Brust stecken hatte, bis er im Hofe zusammenbrach.

Beuthen. Vom Pferde tödlich geschlagen. Der Vekturant Julius Kowollik aus Mikultschütz wurde in Beuthen von seinem Pferde so unglücklich in die Herzgegend geschlagen, daß er sofort tot war.

Hindenburg. Pfeilereinsturz in der Konkordiagrube bei Hindenburg. In den Sonnabend-Mittagsstunden wurden im Stadtteil St. Kolonie heftige Erderschütterungen wahrgenommen. Allgemein wurde erst angenommen, daß es sich um ein Erdbeben handele. Wie jetzt bekannt wird, sind jedoch in der Konkordiagrube mehrere abgebaute Pfeiler zu Bruch gegangen, und zwar in solcher Menge, daß die Wucht des Einsturzes sich noch an der Erdoberfläche bemerkbar machte. Glücklicherweise wurde an der Einbruchsstelle nicht gearbeitet. Zwei am Einsturzort befindliche Arbeiter wurden durch die Erdmassen verschüttet, konnten jedoch bald geborgen werden. Die Bergleute trugen schwere Verletzungen davon. Einem von ihnen mußte ein Bein amputiert werden.

Abrüstungsstückwerk

Die neue Resolution der Abrüstungskommission — Deutschland enthält sich der Abstimmung

Genf, 22. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die neue Resolution der Abrüstungskommission wurde am Sonnabend von dieser bei Stimmenhaltung Deutschlands und Ungarns der Versammlung überwiesen. Wie gemeldet, bringt sie eine Abschwächung des Lobes des englisch-französischen Flottenvergleichs und verlangt, in ihrem Schlußsatz die Zusammenberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission „auf jeden Fall zu Beginn des Jahres 1929", und zwar soll der Rat dem Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission einen dementsprechenden Auftrag geben, ein Zugeständnis an den Holländer Loudon, der erklärt hatte, bei Festsetzung eines Termins für das Wiederzusammentreten der Kommission die Verantwortung für sich persönlich ablehnen zu müssen. Entsprechend dieser Resolution, deren Annahme in der Versammlung gesichert ist, dürfte der Rat noch während seiner diesmaligen Tagung den Auftrag für die Einberufung der Kommission Ende 1928 oder spätestens Anfang 1929 erteilen. Graf Bernstorff gab die folgende Erklärung ab:

„In anbetracht der unbestreitbaren Unterschiede sowohl zwischen dem Inhalt der Resolution und der deutschen Auffassung wie über den für die Verwirklichung der Abrüstung zu beschreitenden Weg sehen wir keine Möglichkeit, dieser Resolution unsere Zustimmung zu geben. Andererseits schließt die Resolution nicht jede Möglichkeit aus, einer Verwirklichung der deutschen Auffassungen zuzustreben. Unter diesen Umständen wird sich die deutsche Delegation der Stimme enthalten und behält sich nähere Erklärungen in der Vollversammlung vor."

Eine Diskussion fand weder über die neue Resolution noch über die deutsche Erklärung statt. Ungarn erklärte ganz kurz, sich ebenfalls der Stimme zu enthalten. Die Abrüstungskommission schritt danach zur Behandlung der Vertragsmodelle für Verträge zu gegenseitiger Unterstützung. Hierzu lag ein ungarischer Aenderungsvorschlag vor, der hervorheben wollte, daß der Rat den Abschluß nur dann vermitteln dürfe, wenn solche Verträge von allen Partnern gewünscht würden. Nach einer langen Debatte, in deren Verlauf der Berichterstatter Politi ausdrücklich erklärte, die Vermittlungstätigkeit des Rates bedeute nicht, daß ein Druck auf die Abschließung der Verträge ausgeübt werden solle, wurde der Bericht über die gegenseitigen Unterstützungsverträge ohne Aenderung genehmigt.

Schiedsgerichts- und Gerichtsverträge durch die Unterkommission in allgemeiner und später in einer speziellen Debatte behandelt. Ohne daß direkter Widerspruch gegen die Eigenmächtigkeit der Unterkommission erfolgte, machten England, Italien und Japan gewisse Vorbehalte. England hüllte seinen ablehnenden Standpunkt in die Formel, daß die Regierungen darauf aufmerksam gemacht werden müßten, daß von ihnen keine wörtliche Annahme des vorliegenden allgemeinen Vertrages gefordert wird, sondern der Vertrag nur als Modell oder Richtlinie gelte.

In der Budgetkommission ging der Kampf zwischen England und China um die von England beantragte Opium-Untersuchung weiter. Um die Möglichkeit budgetärer Bedenken abzuschneiden, bot England an, die Hälfte der Kosten der Untersuchung in britischen Kolonien selbst zu zahlen und 50 000 Franken für die Leitung der Untersuchung zu stiften. Da China seinen prinzipiellen Standpunkt der Ausdehnung der Untersuchung auf alle Rauschmittel und auf alle Opiumländer aufrecht erhält, ziehen sich die Auseinandersetzungen in der Kommission in die Länge.

Sarwat Pascha gestorben

Paris, 24. September. Der frühere ägyptische Ministerpräsident Sarwat Pascha ist hier am Sonnabend gestorben. Unter Sarwat Paschas Ministerpräsidentschaft erfolgte 1922 die Ausrufung der Unabhängigkeit Aegyptens. Nach seinem, im gleichen Jahre erfolgten Rücktritt hielt er sich bis 1926 von der Politik fern, um dann im Kabinett Adly Pascha Außenminister zu werden. Im Vorjahr verhandelte Sarwat Pascha mit England über einen Bündnisvertrag und begleitete König Fuad auf dessen Reise durch Frankreich.

Vor dem Abschluß in Genf

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht). Man beeilt sich in Genf, die Völkerbundstagung am Dienstag zu Ende zu bringen, damit die anschließende Ratstagung spätestens am Mittwoch geschlossen werden kann. Das politische Interesse verlegt seinen Schwerpunkt schon langsam von Genf zurück nach den einzelnen Hauptstädten. Am Sonnabend nachmittag fuhr Lord Cushendun ab. Die Minister der Kleinen Entente und Polens befinden sich mit Ausnahme von Benesch schon in Paris.

Die Budgetkommission nahm am Sonnabend abend mit 18 Stimmen der Kolonialstaaten gegen 5, von denen China, Italien und Japan zu nennen sind, und bei 6 Stimmenthaltungen, darunter Deutschland, den englischen Vorschlag einer Untersuchung der Opiumsituation im Fernen Osten an. Der Beschluß ist durch den chinesischen Widerstand bedeutsam, und die Tatsache, daß Japan in dieser Frage China sekundierte. Es dürfte infolgedessen bei der Inangriffnahme der Untersuchungen zu politischen Reibungen kommen.

* * *

Genf, 22. September. (Eig. Drahtber.) In der juristischen Kommission wurde am Sonnabend in langen juristischen Auseinandersetzungen die Zusammenfassung der Vergleichs-,

Die Breslauer Städtetagungen

Von Oberbürgermeister Beims-Magdeburg

Der Deutsche und Preußische Städtetag halten am 25. und 26. September ihre Jahresversammlung in Breslau ab. Es handelt sich dabei nicht nur um innerorganisatorische Dinge, wie sie in den früheren Ausschußsitzungen der beiden Vereinigungen in der Hauptsache bearbeitet wurden. Die diesjährigen Tagungen sollen sich auch mit den großen Fragen der Kommunalpolitik befassen. Sie verdienen daher die Beachtung aller, die an dem Gemeindeleben interessiert sind oder dafür Verständnis besitzen. Die Aufmerksamkeit, die die Magdeburger großen Hauptversammlungen des Deutschen und Preußischen Städtetages im vorigen Jahre fanden, und die im Anschluß daran stattgehabten Debatten sind bei allen Kommunalpolitikern noch in guter Erinnerung. Es ist ein ereignisreicher Weg von Magdeburg 1927 bis Breslau 1928 und er ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Befehdung der deutschen Städte seitens der nur privatwirtschaftlich denkenden Mächte, deren Einfluß um ein vielfaches stärker ist, als man annehmen möchte.

Die deutschen Städte und unter ihnen die deutschen Großstädte haben in der jungen Republik einen sehr schweren Stand. Was wir als Sozialdemokraten bedauern müssen, ist die bewußte Unterwühlung ihrer finanziellen Kraft und die ebenfalls bewußt aufrecht erhaltene Rechtsunsicherheit ihrer Zuständigkeiten. Denn dadurch werden gerade jene Kräfte gelähmt, deren Stärkung zu allererst den Minderbemittelten zugute kommen. Wir haben in der Vorkriegszeit viel vom Gemeindesozialismus geschrieben und gesprochen. Wir haben damals unter dem Dreiklassenwahlrecht in zäher, mühevoller Arbeit versucht, die Gemeinde für soziale Zeitfragen zu interessieren und in den Gemeindeverwaltungen Verständnis für die damaligen Probleme gemeindlicher Sozialpolitik zu wecken. Bis zu einem gewissen Grade ist das unserer Arbeit auch gelungen. Waren wir auch damals in allen Städten in den Gemeindeparlamenten in einer hoffnungslosen Minderheit, so hatten wir doch durch die Macht der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen eine gewisse Position, die uns stärker machte, als wir zahlenmäßig waren. Aber alles in allem war unser Wirken stärkstens eingeengt. Und verglichen mit der heutigen Gemeindepolitik war die damalige in sozialer Hinsicht ärmlich; unsere Erfolge kaum nennenswert. Die große Umwälzung, die der Zusammenbruch des alten Regimes brachte, hat die deutschen Städte gründlich umgestellt. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerwahlrechts trat ein gleiches allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen. Die unmittelbare Auswirkung des neuen Wahlrechts war eine ungeheure Zunahme des Einflusses, den die Arbeiterschaft in den Stadt- und Landgemeindeverwaltungen gewann. Nunmehr hatten die Arbeiter die Hände frei, konnten sie regen und wahrlich: sie haben es getan. Man vergleiche einmal die Leistungen der Städte und Landgemeinden auf allen jenen Gebieten, die das Leben der Arbeiterfamilie unmittelbar berühren von damals mit dem heutigen! Erst dann wird man zu einer Würdigung des großen Fortschrittes von damals zu heute kommen können.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die minderbemittelten Bewohner der Städte und Landgemeinden weit stärker an die Gemeinden gebunden sind, als die Wohlhabenden. Man kann sagen, daß fast alle ihre Einrichtungen zumeist den ärmeren Schichten zugute kommen, und für sie dienstbar gemacht werden. Beginnen wir bei den Wohlfahrtsämtern, den Schulen, dem Gesundheitswesen, dem Wohnungsbau und setzen wir unsere Untersuchung fort bis zu der Grundbesitzpolitik, den Parkanlagen, den Erholungsstätten, der Fürsorge für Mütter und hilflose Kinder. Denken wir an die Einrichtungen zur Pflege des Sports, des Verkehrs! Immer und überall werden wir jenes Prinzip finden, daß die Gemeinde zuerst für das Allgemeinwohl zu sorgen hat und daß sie dafür die gewaltigen Summen ausgibt, die gerade heute so vielfachen und scharfen Widerspruch erregen und deren Beschaffung so ungeheuer erschwert wird. Wenn also von Kommunalpolitik gesprochen wird, haben zuerst und am meisten die Arbeiter alle Ursache aufzumerken und diesen Dingen das größte Interesse entgegenzubringen.

Die Breslauer Tagungen sollen sich beschäftigen mit dem Thema: „Reichsaufbau und Selbstverwaltung". Präsident Mulert wird das Referat halten. Eine lebhafte Debatte steht in sicherer Aussicht. Die Tatsache, daß besonders in Preußen, aber auch in anderen deutschen Ländern es nicht gelungen ist ein neues Städte- und Gemeinderecht zu schaffen, hatten eine nicht nur unmögliche sondern unsinnige Lage für die Gemeindeverwaltungen zur Folge. Von den alten Städteordnungen — dem Grundrecht also für die Zuständigkeit der Gemeindeverwaltungen — sind nur noch elende Reste geblieben. Es ist damit bei allem guten Willen gemeindeseitig nichts mehr anzufangen. Die Aufsichtsinstanzen behelfen sich nun damit, nach Belieben sich innerhalb der Gemeindeverwaltung zu betätigen. Das hat zur Aufblähung der Gemeindeaufsicht nicht nur bei der preußischen Staatsregierung geführt, sondern auch das Reich und die Parlamente versuchen sich mit Vorliebe auf diesem verlockenden Gebiet. Der Mensch tut bekanntlich am liebsten gerade das, wozu er am wenigsten befähigt ist! Und so haben sich denn auch schnellstens die „Wirtschaftsorganisationen", zu deutsch die rein kapitalistisch gerichteten Arbeitgeberorganisationen bemüht, möglichst in alle Verwaltungsfragen hinein zu reden. Sie beschränken sich nicht darauf, ihre Vertreter in Magistraten und Stadtverordnetenkollegien zu beeinflussen, was ihnen niemand verdacht hätte; sondern sie desavouierten sie vielfach und wollten direkten Einfluß auf die Verwaltung haben. Und so kam es, daß die Handelskammern und Handwerkskammern ihre völlig einseitigen Gutachten erstatteten, die nunmehr bei den Aufsichtsstellern stärkste Beachtung fanden. Die Arbeiter dagegen haben heute noch immer keine legale Vertretung. Ihre Interessen bleiben daher auch bei den Aufsichtsorganen vielfach unberücksichtigt. So erklären sich die sonst unverständlichen Eingriffe jener vielen Aufsichtsinstanzen, die von allen Seiten und oft gegensätzlich in die Gemeinden hinein regieren. Da viele Köche den Brei verderben, so kann man sich nicht wundern, wenn in den deutschen Gemeinden von heute keine klare gradlinige Verwaltungsarbeit möglich ist. Das Uebel liegt darin, daß den Gemeinden fast alle gesetzlichen Verwaltungsgrundlagen genommen sind. So wurde die Selbstverwaltung bis auf kümmerliche Reste beseitigt. Reichs- und Länderregierungen erließen Verordnungen, die Regierungspräsidenten gaben „Anregungen", das Reichsbankdirektorium verhinderte Anleihemöglichkeiten, die Privatwirtschaft erhob sich gegen die Kommunalwirtschaft und die Kämpfe gegen die Gemeindesteuern wurden eiserner Bestand der parteipolitischen Agitation.

Der Seewolf.

Von Jack London.

6) (Nachdruck verboten.)

Ich spannte beide Hähne der Büchse und richtete den Lauf auf ihn. Hätte er sich bewegt und versucht, sich von der Laufbrücke aus auf mich zu stürzen, ich würde ihn niedergeschossen haben. Aber er blieb unbeweglich stehen und starrte mich weiter an. Und wie ich ihm, die erhobene Büchse in den Händen, ins Gesicht blickte, hatte ich Zeit, zu sehen, wie verstört und abgezehrt es aussah. Es war, als hätte eine furchtbare Krankheitsbewegung es verwüstet. Die Wangen waren eingesunken, die Stirn gerunzelt und sorgenvoll. Seltsam erschienen mir seine Augen, als ob Sehnerven und Bewegungsmuskeln irgendwie beschädigt wären und die Augäpfel sich verrückt hätten.

Alles dies sah ich, denn da mein Hirn jetzt mit ungeheurer Schnelligkeit arbeitete, fuhren mir tausend Gedanken durch den Kopf, und doch konnte ich nicht abdrücken. Ich trat an die Seite der Kajüte, um näher an ihn herzukommen. Ich war jetzt kaum mehr als Armeslänge von ihm entfernt. Es gab keine Hoffnung mehr für ihn. Ich hatte meinen Entschluß gefaßt. Es war unmöglich, ihn zu fehlen, ein so schlechter Schütze ich auch sein mochte. Und doch kämpfte ich mit mir und konnte nicht abdrücken.

„Nun?" fragte er ungeduldig.

Ich versuchte vergebens, meinen Finger zu krümmen, und ebenso vergebens versuchte ich, ein Wort herauszubringen. „Warum schießen Sie nicht?" fragte er.

Ich räusperte mich, konnte aber nicht sprechen.

„Humph," sagte er langsam. „Sie können es nicht. Sie sind ohnmächtig. Ihr Moral ist stärker als Sie. Sie sind ein Sklave Ihrer alten Vorstellungen, der Gebote, die Ihrem Schädel eingehämmert worden sind, seit Sie die ersten Worte stammelten, und meinem Leben zum Trotz können Sie einen unbewaffneten, widerstandslosen Menschen nicht töten."

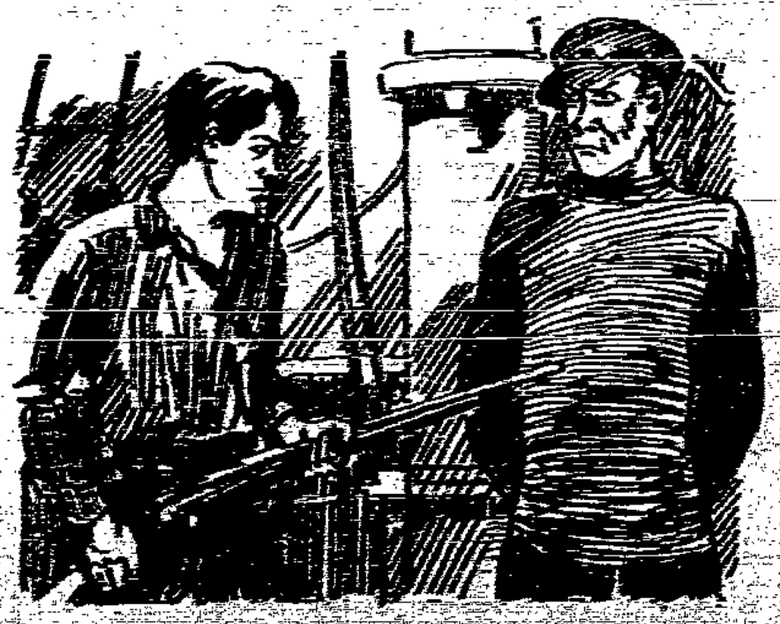
„Das weiß ich," sagte ich heiser.

„Und Sie wissen auch, daß ich einen Unbewaffneten ebenso leicht töten würde, wie ich eine Fliege würde," fuhr er fort. „Sie können mich und schützen mich vor meinen Gleichgesinnten und vor [illegible] Gefahren und Leiden haben Sie mich gerettet. Aber doch können Sie mich nicht töten. Sie Weichlinge, wie Sie eine Schlange oder einen Hai töten können, mit ihr Hände, Füße und einen Körper haben, der dem Ihren ähnlich geformt ist. Ich hätte mehr von Ihnen erwartet, Humph!"

Er überschritt die Laufbrücke und trat zu mir.

„Nehmen Sie das Gewehr herunter. Ich möchte einige Fragen an Sie richten. Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich umzuschauen. Was für ein Ort ist dies? Wo liegt die „Ghost"? Wieso sind Sie so naß? Wo ist Maud — oder muß ich Frau van Weyden sagen?"

Ich war zurückgetreten und hätte weinen mögen, daß ich unfähig war, ihn niederzuschießen, aber ich war doch



„Warum schießen Sie nicht?" fragte er.

nicht so töricht, die Büchse abzusetzen. In meiner Verzweiflung hoffte ich, daß er eine Feindseligkeit begehen, den Versuch machen würde, mich zu schlagen oder zu würgen, denn ich wußte: nur dann war ich imstande, zu schießen.

„Dies ist die Mühlsteininsel," sagte ich.

„Wie den Teufel gehört," unterbrach er mich.

„So nennen wir sie wenigstens," berichtete ich.

„Wer?" fragte er, „wer ist „wir"?"

„Hermann Kretschmer und ich. Und die „Ghost" liegt, wie Sie selbst sehen können, mit dem Bug gegen den Strand."

„Es sind Robben hier," sagte er. „Sie haben mich mit ihrem Gebell geweckt, sonst würde ich noch schlafen. Ich hörte sie schon, als ich gestern abend hier hereintrieb. Sie zeigten mir an, daß eine Küste in Lee war. Es ist eine Rookery, so etwas, wie ich es seit Jahren gesucht habe. Dank meinem Bruder Tod bin ich hier auf ein Vermögen gestoßen. Es ist eine Goldgrube. Wie ist die Lage der Insel?"

„Keine Ahnung," sagte ich. „Aber Sie müssen es doch wissen. Was haben Ihre letzten Beobachtungen ergeben?"

Er lächelte unergründlich, antwortete aber nicht.

„Und wo sind all Ihre Leute?" fragte ich. „Wie kommt es, daß Sie allein sind?"

Ich war darauf vorbereitet, daß er auch diese Frage unbeachtet lassen würde, und seine willige Antwort überraschte mich.

„Ehe achtundvierzig Stunden vergangen waren, hatte mein Bruder mich gekriegt, aber es war, weiß Gott, nicht meine Schuld. Er enterte mein Schiff nachts, als nur ein Wachtposten an Deck war. Die Jäger ließen mich im Stich. Er hat ihnen mehr. Ich hörte es mit an. Er tat es vor meinen Augen. Die Mannschaft ging natürlich auch. Das konnte ich nicht anders erwarten. Alle Mann verließen mich und da stand ich — ausgesetzt auf meinem eigenen Schiff. Diesmal hatte mein Bruder Tod gesiegt."

„Aber wie haben Sie denn die Masten verloren?" fragte ich.

„Gehen Sie hin und sehen Sie sich die Taljenreeps an," sagte er und wies nach der Stelle, wo die Besantakelung sich hätte befinden müssen.

„Durchschnitten!" rief ich aus.

„Das ist Köchleins Werk," lachte er. „Ich weiß es, obgleich ich ihn nicht dabei erwischt habe. So ein bißchen Abrechnung."

„Das hat Mugridge nicht schlecht gemacht!" rief ich.

„Ja, das dachte ich auch, als die ganze Geschichte über Bord ging."

„Aber was haben Sie denn getan, als dies alles geschah?" fragte ich.

„Was ich tun konnte. Aber es war unter diesen Umständen nicht viel, das können Sie mir glauben."

Ich wandte mich um, um Mugridges Werk noch einmal zu betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Heute herrschte auf dem Gebiete der Selbstverwaltungsrechte die Anarchie! Die Forderungen des Deutschen Städtetages nach einer Reichsstädteordnung sind bislang unerfüllt geblieben. Die Neuordnung in den Ländern unterblieb ebenfalls. Die Verwaltungen sind dadurch vielfach verteuert worden und es ist auch im Sinne der Gegner der heutigen Stadtverwaltungen keinerlei Vorteil dabei herausgekommen.

Gewiß hängen diese Dinge eng zusammen mit einer durchgreifenden Reform der Gliederung des Deutschen Reiches. Wir haben auf diesem Gebiet vor Jahren den Kampf aufgenommen. Der Erfolg war eine große Debatte in der breitesten Oeffentlichkeit. Das Ziel, den Deutschen Einheitsstaat zu schaffen, trat als zwingende Notwendigkeit vor aller Augen. Erst, wenn es praktisch erreicht ist, wird eine wirklich organisch eingerichtete, gute, zweckmäßige Verwaltungsarbeit in Deutschland geleistet werden können. Aber bis dahin ist noch ein weiter Weg und man darf die Gemeinden auf das neue Gemeindeverfassungsrecht nicht mit dem Hinweis auf die im Fluß befindliche Bewegung für die allgemeine Verwaltungsreform vertrösten. Diese Frage muß vorab im Sinne des Deutschen Städtetages und im Gegensatz zu den Städtegegnern durch eine Reichsgemeindeverfassung mit brauchbarer Abgrenzung der Zuständigkeitsrechte erledigt werden. Dabei wird der Sozialdemokratie die führende Arbeit zufallen, weil sie nach ihrer Wesensart dazu berufen ist wie keine andere Partei. Die Länder haben diese so dringenden gesetzgeberischen Arbeiten nicht zustande gebracht. Für die Bürokratie liegt auch heute kaum ein Interesse an einer raschen Lösung vor. Um so größer aber ist die Allgemeinheit an dieser Sache interessiert. Die Gemeinden müssen aus dem Durcheinander heraus zur klaren Rechtsgestaltung! Und wir dürfen nicht warten, bis einmal die ganz großen Probleme der neuen Reichsgestaltung soweit ausgereift sind, daß die Partikularisten, die in allen Parteien vorhanden sind, zum Schweigen gebracht sind.

Was heute besonders die deutschen Städte in ihrer Abwehr gegen unberechtigte Angriffe schwächt, das ist der Mangel einer einheitlichen Organisation der Kräfte. Wir haben zu viele Vereinigungen, sie überschneiden sich überall, und jede will ihre besondere Nützlichkeit beweisen! Dabei kommen Gegensätze zutage, die meistens künstlich aufgebauscht werden, und die geeignet sind, den Gegnern die Arbeiten zu erleichtern. Wir haben neben den Städtevereinigungen in den einzelnen Ländern im Reich den Deutschen Städtetag, der alle Städte von 10 000 Einwohnern aufwärts erfaßt. Daneben besteht der Reichsstädtebund, der alle Städte bis zu 80 000 Einwohnern zu Mitgliedern wirbt, dann besteht auch noch der Reichsstädteverband, der alle nicht kreisfreien Städte als Mitglieder aufnimmt. Die Berechtigung dieser offenkundigen Ueberorganisation der Stadtvertretungen wird mit den unterschiedlichen Interessen der kleinen, mittleren und großen Städte begründet. Aber diese Unterschiedlichkeit kann genau so gut oder weit wirksamer in einer alles umfassenden Städtevereinigung vertreten werden. Damit würden dann alle inneren Streitigkeiten, alle jenen häßlichen und törichten Angriffe gegen die größeren Städte aus der öffentlichen Debatte verschwinden. Die Macht der Gemeinden könnte einheitlich gerichtet, die Interessenvertretung erleichtert und die Kosten erheblich herabgesetzt werden, denn nunmehr würden alle Kräfte auf ein gemeinsames Ziel konzentriert. Konzentration der Kräfte ist heute mehr denn je für Voraussetzung des Erfolges! Zur Zeit gefallen leider sich manche Städtevertreter darin, sich mit dem übeln vergeblichen inneren Streit abzuquälen, statt an einer Einigung zu arbeiten.

Der Preußische Städtetag wird sich mit den schwebenden Fragen des Finanzausgleichs befassen und die Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung im Reich, den Ländern und Gemeinden besprochen. Weiter werden die Wahlen zu den Vorständen vorgenommen werden. So sind die Breslauer Tagungen von der Art, daß sie das größte Interesse besonders auch der Arbeiterschaft finden sollten. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß diese Jahresversammlungen für die Festigung der Basis allen Gemeindelebens brauchbare Arbeit leisten werden.

An Reichs- und Länderregierungen müssen wir die Forderung richten, endlich den Gemeinden zu geben, was sie verlangen müssen: eine klare Rechtsgrundlage und eine angemessene Existenzmöglichkeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Eine Rede des Reichsernährungsministers

Bad Dürkheim, 24. September. Auf einem Herbstfest der Deutschen Demokratischen Partei Nordbadens und der Pfalz nahm Reichsernährungsminister Dietrich Stellung zur politischen Lage. Wenn man sich mit der Frage beschäftige, warum die Wahlergebnisse für die Demokraten so ungünstig gewesen seien, dann müsse man bedenken, daß auch Volkspartei und Zentrum schwere Verluste erlitten hätten und innerlich zerrüttet seien. Die Gründe seien, daß neue Parteigruppierungen eingetreten seien. Wirtschafts- und Bauernpartei nähmen die aus den Mittelparteien Abwandernden auf. Die jetzige Regierung sei keine Regierung der großen Koalition, wohl aber sei sie gestützt von dem Vertrauen der Parteien der großen Koalition. Eine Regierungsumbildung könne er nicht befürworten, denn jede Aenderung dieser Art schade dem Parlamentarismus.

Eine große Sorge sei die der Reichsfinanzen. Die gute diesjährige Ernte habe die Zolleinnahmen verringert. Dieses Loch in den Reichsfinanzen dürfe nicht bedauert, aber es müsse mit ihm gerechnet werden. Ab 1. September bezahle Deutschland die volle Leistung der Reparationen in Höhe von 2,5 Milliarden jährlich. Dabei sei zu berücksichtigen, daß bisher ein sehr erheblicher Teil unserer Reparationszahlungen auf dem Umwege über Privatindustrie und Gemeinden im Auslande habe geborgt werden müssen. Das ergebe ein falsches Bild unserer Leistungsfähigkeit. Keinesfalls dürfe das Problem der Reparationen mit dem der interalliierten Schulden verknüpft werden. Wir hätten auch innere Kriegslasten, nämlich Pensionen und Renten in Höhe von 1,7 Milliarden Reichsmark jährlich, sodaß über 4 Milliarden Kriegslasten teils nach außen, teils nach innen aufzubringen seien. Selbst wenn wir 500 Millionen Reichsmark einsparen würden, was vielleicht möglich sei, könne uns das nicht heraushelfen. Von der Regelung dieser Fragen hänge es ab, wie auf steuerlichem Gebiete Deutschland in den nächsten Jahren vorgehen müsse.

Zur Lage der Landwirtschaft führte der Minister aus, daß es bedauerlich sei, wenn so viele Landwirte in die Städte abwanderten und dort die Zahl der Arbeitslosen mit erhöhten. Die Landwirtschaft müsse gehalten und ihre Ergänzung erhöht werden. Im nächsten Haushalt sei zu verlangen, daß das, was jetzt geschehe, auf dem Gebiete der Rationalisierung und Standardisierung fortgesetzt werde. Das sei kein Notprogramm, sondern ein Produktionsförderungsproblem. Die Ernährung des Volkes müsse in weitestgehendem Maße durch das Inland selbst erfolgen. Nicht umsonst klage die Bevölkerung über den großen Behördenapparat. Es sei nicht nur die Höhe, sondern auch die Vielgestaltigkeit der Steuern, die Widerspruch hervorriefen. Schließlich wies Dietrich auf die Vorteile der Reichseinheit hin und betonte, daß die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte erst später voll gewürdigt werden könnten.

Spitzbube am Staat — aber national

Völkischer Eisenbahnsekretär wegen Unterschlagung verurteilt

Stuttgart, 22. September. (Eigener Drahtbericht). Eine Stütze der Hitlerbewegung in Württemberg hat sich wieder einmal als morsch erwiesen. Der Eisenbahnsekretär Hermann Glück von Unterhausen bei Reutlingen, der sich noch bei der letzten Wahl an der Störung sozialdemokratischer Versammlungen durch nationalsozialistische Radaubrüder aktiv beteiligte, ist überführt worden, schon seit dem Jahre 1926 aus der Schalterkasse in Pfullingen regelmäßig Gelder unterschlagen und auch sonstige Betrügereien verübt zu haben. Er wurde vom Schöffengericht in Tübingen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Was Keudell nicht konnte

Severing will den Achtstundentag für die Reichsbeamten

Die große Aussprache des Reichsinnenministers mit den Beamtenorganisationen über die aktuellen Beamtenprobleme, die im September stattfinden sollte, mußte bis Mitte Oktober verschoben werden. Bei der Aussprache wird die 48-Stundenwoche für die Beamten im Vordergrund der Erörterungen stehen. Die zurzeit geltenden Bestimmungen sehen im Reich die 54- bezw. 51-Stundenwoche vor. Reichinnenminister Severing ist geneigt, den Achtstundentag für die Reichsbeamten wieder einzuführen. Bei den Besprechungen der Beamtenorganisationen mit Herrn von Keudell hatten die Beamtenvertreter mit ganz besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Neuregelung der Dienstzeit hingewiesen. Trotzdem hat der Reichsinnenminister der Deutschnationalen, die sich bei jeder Gelegenheit ganz besonders als Freunde der Beamtenschaft aufspielen, für die Wünsche und Forderungen der Beamtenschaft kein Verständnis aufbringen können.

Völkische Rohlinge gefaßt

Der Vertreter Brasiliens von völkischen Raufbolden niedergeschlagen

Die Hansastadt Bremen hat ihre Sensation: Obschon sie verhältnismäßig wenig Juden zu ihren Einwohnern zählt, hat sie um so mehr Antisemiten aufzuweisen.

Seit einigen Wochen wurden in der lebhaften Bahnhofstraße, merkwürdigerweise immer Mittwoch abends zwischen 11 und 12 Uhr,

Passanten mit schwarzen Haaren hinterrücks überfallen,

mit Fäusten oder Schlagringen auf den Kopf geschlagen, zu Boden geworfen, und getreten, alles ohne den geringsten sichtbaren Grund. Nach vollendeter Tat verschwanden die meist jugendlichen Angreifer, ohne daß es gelang, einen zu fassen. Es waren immer kleine Banden von 6 bis 8 Burschen, die lediglich Lust zum Niederboxen von solchen Passanten an den Tag legten, deren Haare oder Nasen ihnen nicht gefielen.

Da in einer Stadt wie Bremen, in der viele Vertreter der südländischen, besonders der spanisch-amerikanischen Volksstämme wohnen, die schwarze Haarfarbe, kein Vorrecht der Semiten ist, so blieb es nicht aus, daß die Hakenkreuzstrolche auch Nichtjuden, darunter einen Italiener und am vergangenen Mittwoch gar den brasilianischen Konsul verprügelten.

Der Ueberfall auf den brasilianischen Konsul, in dem die Hakenkreuzler einen Juden treffen wollten, war besonders hinterhältig. Der Konsul kam friedlich aus dem Theater über den Wall, eine vornehme Verkehrsstraße im Zentrum, in Begleitung eines Fremden aus Chile. Plötzlich erhielt er von hinten einen kräftigen Schlag, wahrscheinlich mit einem Schlagring, auf den Kopf, so daß er besinnungslos zu Boden fiel, und mit dem Kopf so unglücklich auf das Pflaster aufschlug, daß er eine klaffende Kopfwunde davontrug!

Während sein Begleiter den nächsten Angreifer abwehrte — der Ueberfall wurde von einem Rudel von sechs bis sieben Hakenkreuzstrolchen ausgeführt — trat man dem liegenden Konsul auf den Körper und auf die Hand. Beim Herannahen von Passanten verdufteten die Angreifer in alle Winde. Der Konsul war so schwer verletzt, daß er drei Tage das Bett hüten mußte.

Am gleichen Abend wurde in der Bahnhofstraße ein jüdischer Mitbürger in der gleichen Weise von hinten angegriffen. Beim Fallen verlor er einen neuen Filzhut, den einer der Angreifer raubte.

Bei der Tolstoi-Feier entlarvt

Der Polizei war es nicht gelungen, die Angreifer festzustellen, trotzdem etwa ein Dutzend solcher Ueberfälle zu verzeichnen waren. Erst durch die Unvorsichtigkeit einer randalierenden Hakenkreuzlergruppe während einer Tolstoi-Feier im Bremer Schauspielhaus gelang die Feststellung eines der Haupttäter. Bei dieser Tolstoi-Feier war Professor Lessing-Hannover als Festredner angekündigt. Der Name Lessing genügte, um die prügelfreudigen Antisemiten anzulocken, die die Feier zu stören beschlossen hatten. Pfeifen beim Erscheinen des Redners, Zwischenrufe antisemitischer Art usw. Der Zuschauerraum wurde schleunigst erhellt und die Polizei entfernte die Störenfriede. Diese stellten sich nun nach Schluß der Feier vor dem Theater auf, um dort weiter zu randalisieren.

Teilnehmer an dieser Tolstoi-Feier war unter anderem auch der jüdische Herr. Dieser erkannte in der Schar der johlenden Antisemiten jenen Burschen wieder, der ihm den Hut gestohlen hatte. Er ließ ihn sistieren. Bei der Vernehmung gestand der Jüngling, daß er auch am Ueberfall auf den brasilianischen Konsul beteiligt war und denunzierte, um nicht die „Alleinschuld" auf sich zu nehmen, gleichzeitig einige seiner Kumpane.

So wurde nun festgestellt, daß die zahlreichen unaufgeklärten und unerklärlichen Ueberfälle organisierte Bandenüberfälle des Rollkommandos der Nationalsozialistischen Partei waren, die jeden Mittwoch ihre Parteiversammlung abhielt und hinterher — nachdem die Mitglieder durch Reden und Alkohol besoffen gemacht waren — diesen bandenmäßigen Krieg gegen die schwarzen Haare friedlicher Passanten ausführte.

Der Ueberfall auf den brasilianischen Konsul wird Bremen in diplomatische Verwicklungen mit der brasilianischen Regierung führen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß Bremen, das so stolz auf seinen Handel mit Brasilien ist, sich für die Lausbübereien der Hakenkreuzler feierlich entschuldigen muß. Selbstverständlich wird die Sache auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Einheitsfront vom Sowjetstern bis zum Hakenkreuz

Wahl eines kommunistischen Bürgermeisters mit Hilfe der Rechtsparteien.

Bautzen, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Bei der am Donnerstag abend vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters in Doberschau wurde der Kommunist Helas mit sechs gegen fünf Stimmen der Sozialdemokraten zum Bürgermeister gewählt. Der Kommunist erhielt außer den zwei kommunistischen Stimmen auch die vier bürgerlichen, einschließlich eines Stahlhelmmannes. Auf unseren Genossen Rausch entfielen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten.

Das Ergebnis der Abstimmung beweist, daß das Bürgertum mit den Kommunisten, die die Arbeiterbewegung zersplittern, bis hinüber zu den Hakenkreuzleuten in bester Freundschaft lebt. Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie vom Sowjetstern bis zum Hakenkreuz, wenn es gilt, die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister zu verhindern.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Stahlhelm

Am Sonnabend feierte in der Gemeinde Falkensee bei Spandau die Ortsgruppe des Reichsbanners ihr 4. Stiftungsfest. In einem in der Nähe befindlichen Lokal hielt der Stahlhelm ebenfalls eine Versammlung ab. Gegen 1 Uhr nachts kam es zwischen den Reichsbannerleuten und den Stahlhelmern zu einem schweren Zusammenstoß. Es wurden Stuhlbeine, Steine und andere Gegenstände benutzt, um aufeinander loszuschlagen. Dabei wurden etwa 30 Personen zum Teil erheblich verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch der Stahlhelmführer Dr. Hesse. Die Verwundeten flüchteten in die Bahnhofswirtschaft von Gode. Der Bahnhofswirt hatte den Wartesaal bereits geschlossen. Sie erbrachen jedoch gewaltsam die Tür, zerstörten die Lichtleitung und demolierten sämtliche Fensterscheiben. Auch wurde die Telephonverbindung abgeschnitten. Trotzdem gelang es aber, das Ueberfallkommando aus Spandau herbeizurufen, das alle Personen feststellte und gegen drei Uhr wieder abrücken konnte.

Der Vorstand der Kommunalen Bezirksarbeitsgemeinschaft

ladet, im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der Partei, für

Sonntag, den 14. Oktober 1928, vormittags 9 Uhr,

alle kommunalpolitisch tätigen Genossinnen und Genossen des Bezirks Breslau (Mittelschlesien) zu einer

Bezirks-Kommunal-Konferenz

nach Breslau, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, ein.

Tagesordnung:

1. **Vortrag der Reichstagsabgeordneten Frau Luise Schröder-Altona, über: „Die Wohlfahrtsaufgaben der Gemeinden".**
2. **Die bevorstehenden Kommunalwahlen. — Referent: Genosse Karl Mache.**

Zu dieser Konferenz sind eingeladen: Die parteigenössischen Reichstags-, Landtags- und Provinzial-Landtagsabgeordneten, sowie die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Landräte, Magistrats-Mitglieder, Stadtverordneten, Kreisausschußmitglieder, Kreistagsabgeordneten, Gemeinde- und Amtsvorsteher, Schöffen und Gemeindevertreter, sowie Gemeindebeamten aller Städte, Landgemeinden und Kreise des Bezirks Breslau (Mittelschlesien).

Bedingung ist, daß mindestens jeder größere Ort durch einen oder einige Delegierte vertreten ist. In den weiter abliegenden Kreisen müssen sich die Genossen im Kreis über den Besuch der Konferenz verständigen. Es darf kein Kreis unvertreten sein.

Eintritt zu dieser Konferenz nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Parteigenossen, die zurzeit nicht kommunalpolitisch tätig sind, aber Interesse an kommunalen Dingen haben, können als Gäste an den Verhandlungen teilnehmen, müssen sich aber beim Eintritt ebenfalls durch Parteimitgliedsbuch ausweisen.

Die vorherige Anmeldung der Teilnehmer an dieser Konferenz ist dringend erwünscht, und bitten wir, uns eine Mitteilung bis spätestens 1. Oktober nach dem Bezirkssekretariat der SPD. Breslau, Margaretenstr. 17, Zimmer 37, zugehen zu lassen. Diejenigen Genossen, die bereits Sonnabend eintreffen und Quartier benötigen, müssen das besonders mitteilen.

Der Bezirksvorstand der SPD.
gez. Mache.
Der Bezirksvorstand der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft
gez. Rößler.

Aus Schlesien

Liegnitz. Ein Gut im Mond. Die Wirtschafterin Frieda Melzer aus Alt-Beckern hatte von einem hiesigen Schuhmacher zweimal je 500 Mark geborgt und ihm dabei vorgeschwindelt, sie besäße ein 24 Morgen großes Gut. In Wirklichkeit besaß sie jedoch mit ihrer Schwester zusammen nur 2 Morgen, hatte allerdings ein 20 Morgen großes Gut mit der Schwester zusammen — gepachtet. Wegen Betruges erhielt sie an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe vom Schöffengericht 300 Mark Geldstrafe.

Grünberg. Reblausgefahr. Untersuchungen haben ergeben, daß der Grünberger Weinboden, der bisher als reblausimmun galt, stark durch Reblausinsekten verseucht ist.

Hirschberg. Krieg im Frieden. Ein von den Sechsstätten kommendes schweres Reichswehrauto fuhr in der Mühlgrabenstraße beim Nehmen der Kurve auf den Bürgersteig und in das am Gasthof „Zum schwarzen Roß" angebrachte Baugerüst hinein. Dieses stürzte zum Teil in sich zusammen. Dem 50 Jahre alten Fräulein Wehner wurde ein Bein zerschmettert, außerdem erlitt es verschiedene Knochenbrüche. Im städtischen Krankenhaus mußte ihr das Bein amputiert werden, doch verstarb es noch in der Nacht zum Freitag. Ein am Gerüst vorübergehender Mann kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Straßenpassanten nahmen gegen den Führer des Autos eine drohende Haltung ein. Infolge Versagens der Bremse fuhr ein von Kupferberg nach Jannowitz fahrendes Panzerauto in rascher Fahrt die steile Straße hinab, riß fünf Chausseesteine um und blieb schließlich an einem Straßenbaum hängen. Die abspringende Besatzung des Autos kam mit leichteren Verletzungen davon, während der Panzerwagen erheblich beschädigt wurde.

Hirschberg. Der erste Schnee. Nachdem die Temperaturen am Freitag im Hochgebirge bis auf ein Grad unter Null zurückgegangen waren, hat am Sonnabend vormittag auf dem Kamm im Hochgebirge leichter Schneefall eingesetzt.

Leobschütz. Eine Mühlenwirtschaft niedergebrannt. In Kreisewitz brannte die Mühle, das Wohngebäude, die Scheune und Stallung des Mühlenbesitzers Winter völlig nieder. Zwei Schweine, ein Kalb und Maschinengeräte sind mitverbrannt. Da das Feuer an drei Stellen ausbrach, wird Brandstiftung vermutet.

Cosel. Von der Schiffahrt. Das Wasser der Oder fällt weiter, doch sind in der verflossenen Woche wieder einige Schleppzüge eingetroffen. An Berggütern wurden 3670 Tonnen umgeschlagen. Der gesamte Berg- und Talumschlag betrug 112 300 Zentner. Die Fracht nach Berlin ist gestiegen und beträgt jetzt 8,30 Mark pro Tonne.

Cosel. Die feindlichen Brüder. Bei einem Streit zwischen den Brüdern Paul und Franz Kommander in Raschowa stach Paul so auf seinen Bruder Franz ein, daß das Messer an einer Rippe kurz über dem Herzen hängen blieb. Der Verletzte verfolgte den Angreifer, obwohl er das Messer in der Brust stecken hatte, bis er im Hofe zusammenbrach.

Beuthen. Vom Pferde tödlich geschlagen. Der Vekturant Julius Kowollik aus Mikultschütz wurde in Beuthen von seinem Pferde so unglücklich in die Herzgegend geschlagen, daß er sofort tot war.

Hindenburg. Pfeilereinsturz in der Konkordiagrube bei Hindenburg. In den Sonnabend-Mittagsstunden wurden im Stadtteil St. Kolonie heftige Erderschütterungen wahrgenommen. Allgemein wurde erst angenommen, daß es sich um ein Erdbeben handele. Wie jetzt bekannt wird, sind jedoch in der Konkordiagrube mehrere abgebaute Pfeiler zu Bruch gegangen, und zwar in solcher Menge, daß die Wucht des Einsturzes sich auch an der Erdoberfläche bemerkbar machte. Glücklicherweise wurde an der Einbruchsstelle nicht gearbeitet. Zwei am Einsturzort befindliche Arbeiter wurden durch die Erdmassen verschüttet, konnten jedoch bald geborgen werden. Die Bergleute trugen schwere Verletzungen davon. Einem von ihnen mußte ein Bein amputiert werden.

Familien-Anzeigen

Am Sonnabend, den 22. September, vormittags 9 Uhr, verschied plötzlich nach kurzer Krankheit unsere Mitbewohnerin

Frau Berta Zedler

geb. Peier

im besten Alter von 34 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Hausbesitzerin Frau Elisabeth Reppin u. die Mitbewohner des Hauses Hubenstr. 91.

Beerdigung: Mittwoch, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. 909

Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund.

Am 20. September verstarb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Maurerpolier

Karl Gawor

kurz vor Beendigung seines 62. Lebensjahres.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Bezirksvereins Breslau.

Beerdigung: Montag nachm. 1½2 Uhr auf dem alltlutherischen Friedhof, Menzelstraße. 2718

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am 20. September, abends 7¾ Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Monteur

Fritz Pogarell

im Alter von 27⅓ Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 25. September, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Salvator-Friedhofes, Lohestraße. 2747

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts"

für Breslau und Umgegend

Sonntag, den 30. September vormittags 10 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Ordentliche Vertreterversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes und Entlastung des Vorstandes.
3. Wahl und Ersatzwahl zum Aufsichtsrat gemäß § 35, Abs. IV und V.
4. Verlesung des Revisionsberichts. 249
5. Aenderung der Statuten, § 45 und 56.

Anträge sind rechtzeitig (nach § 14 des alten Statuts) an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einzureichen.

Der Aufsichtsrat. J. A.: W. Tschus.

Kurt Kwass 7315

Tel. 56035 — Milch und Butter — Friedr.-Wilhelm-Str. 91

Bettstellen

2 Stück, Eiche, mit Patent u. Aufl. 185.—
2 Stück, poliert, mit Patent u. Aufl. 175.—
Nußbaum-Bettstellen, größte Auswahl
Schrank, dunkel, poliert, 130 breit 95.—
Kopfteil-Aufsätze für 2 Bettstellen 55.—
Chaiselongue 35.—, Plüschsofa sehr preiswert.
Teilzahlung gestattet 7281

Max Giesel, Brüderstr. 23

Zur Lohnstreuversendung wichtig!

Postal-Lohnstreu-Tabelle für Nichtmitglieder -.50
gültig vom 1. Oktober 1928 ab

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstraße 4

Danksagung!

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die herrlichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Abordnungen der S. P. D., Verbände und Vereine, als auch den Parteigenossen der Häuser Stolzestr. 4-8, den Hausbewohnern Tauentzienstraße 159, insbesondere für die trostvollen Worte dem Redner Herrn Karl Piotsch, sowie den Genossen Kuntke, Mache und Winzer und allen an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank.

In tiefstem Schmerz

Frau Elsa Bernhart und Kinder.

910

Breslauer **Hallenschwimmbad**

Von **Montag, den 24. September,** ab sind

beide Schwimmhallen

wieder werktäglich von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr (Sonnabends 7 Uhr) geöffnet.

3049

Stadt-Theater

(Opernhaus)

Montag 20 bis nach 22,30: Abonn.-Vorst. Serie D 2
Der Waffenschmied.

Dienstag 18 bis nach 22,30: Abonn.-Vorst. Serie F 2
In vollständiger Neuinszenierung
Die Walküre

Mittwoch 19 bis 22,30: Abonn.-Vorst. Serie G 2
Festvorstellung anläßlich d. Stiftungsfestes
„Carmen" 7571

Schauspielhaus

Opernstraße — Tel. 36300

Täglich 20 Uhr:
Der lustige Seitenstechertanz!
„Prinzessin Yi-Yi-Ba" 7575

Sonntag nachm. 15½ Uhr:
„Drei arme kleine Mädels"

Lobe-Theater

Lessingstr. 8. Tel. 56747

Montag 20 Uhr und täglich:
„Der lebende Leichnam"
Drama n. Leo Tolstoi

Thalia-Theater

(Tel.: 56747) 7573

Montag 20 Uhr und täglich:
Der Prozeß Mary Dugan
Gekürzt in 3 Akten von Bayard Veiller.

Victoria-Theater Tägl. 8¼ Uhr

Im unteren Bett oder Jan Jan die Tochter des 7577 Badewärters

Hauptrolle: Elly **Mertens**

Jugendlichen verboten

Nur noch ganz wenige Tage!

Noch keine Vorstellung ausverkauft!
Platz an der Jahrhunderthalle
Täglich 7,30 Uhr

Vorverkäufe: Zukes ab 9 Uhr früh (Tel. 51169 u. 51521) Verkehrsbüro Barasch (Tel. 52641) Hamburg-Amerikalinie, Gartenstraße 60 (Tel. 56651 u. 51123) — Preise: 1 Mk. bis 6 Mk.

SARRASANI

7148

Luna-Park

Breslau-Morgenau — Tel. 55604

Heute Montag:
Verkehrter Ball
Morgen Dienstag ab 4 Uhr:
Bunter Nachmittag
mit ganz neuem Programm.
Täglich Tanz
7304

Heute

Beginn einer Serie von sehr guten Damenbeschäftigungen

Stoffe für Anzüge, Paletots u. Mäntel
Stoffe für Anzüge, Paletots u. Mäntel
Reste für Hosen und Kinder-Anzüge
desgleichen ein Posten 7304
Trikot-Hemden, Hosen und Schlüpfer
Trikot-Oberhemden, Strümpfe u. Socken

Helbing Teichstraße 31, 2 Treppen.

Preiswerte gute MÖBEL.

Schlafzimmer, Eiche, komplett	525.—
Küche, komplett mit breiten Böden	135.—
Spiegelschrank, Eiche	175.—
Eichener Bücherschrank	68.—
Wäscheschrank, Eiche poliert, 3teilig	95.—
2 Bettstellen, Eiche m. Pat.- u. Aufl.-Matr.	185.—
Chaiselongues	85, 65, 45, 25.—

Teilzahlung gestattet! 7289

Albert Nowotny
Weidenstraße 23/24

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich bringt Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert mit nach Hause. Dich sofort zu melden

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Kinderwagen

Klappwagen
Bettstellen
2 Mark wöchentliche Abzahlung
Hücke, Innerstädt. 51

Ehelente

können heute die Broschüre

Vorbeugen, nicht abtreiben!

Preis 50 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

August Strindberg

Die Romane:
Inselromane / Gotische Zimmer / Schwarze Fahnen / Am offenen Meer / Das rote Zimmer

Lebensgeschichte:
Die Beichte eines Toren / Die Entwicklung einer Seele / Galgenvögel — Einsam / Inferno-Legenden / Der Sohn einer Magd / / /

Die Romane
5 Bände, Halbleinen, i. Kassette, statt 40.00 **16.00**

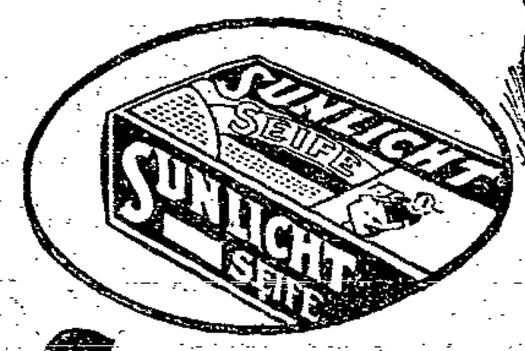
Lebensgeschichte
5 Bände, Halbleinen, **12.00**
i. Kassette, statt 40.00 **18.00**

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 / Neue Taschenstraße 11 / Flurstraße 4

Nur reine Seife kann schonend waschen!

Allen Seifen voran verdient die über die ganze Welt verbreitete Sunlicht Seife den Ruf der Vollkommenheit. Viele Waschmittel ätzen geradezu den Schmutz von der Faser und zerstören die Gewebe. Wie ganz anders ist Sunlicht Seife! Beachten Sie ihren milden prächtigen Schaum; spielend löst er allen Schmutz im Kochkessel oder in der bloßen Warmbehandlung der bunten Sachen. Nichts erhält die Farben so wie Sunlicht Seife.

Doppelstück 45 Pfg.
Großer Würfel 35 Pfg.
Handstück 15 Pfg.



Auch als Badeseife für Ihre Kleinen können Sie Sunlicht Seife verwenden; so rein und mild ist sie.

SS 222/103

SUNLICHT SEIFE

Brennholz (Schwarte und Säumlinge)

gibt laufend bei Selbstabholung billig ab 7518

Dampfsägewerk, Breslau 10, Berl. Niedergasse

1000 entzückende **Damenkleider** in Popelin, Rips, Seide, Velontine, schönste Tagesfarben zu spottbilligen Preisen

Herrliche 15035 **Brautkleider** in allen Ausführungen

Damenmäntel in großer Auswahl

S. Leuchtag

Spezialhaus für Damen- und Mädchen-Garderobe

Schmiedebrücke 55

Ecke Kupferschmiedestr. Part. und I. Etage

Ein Lebensbild von Ferdinand Lassalle.

Der Jugend erzählt von Dr. Willi Cohn.

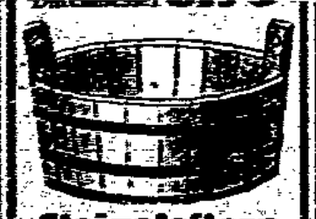
Preis 50 Pf.

Volkswacht-Buchhandlung.

Billiges Angebot!

Schäffer

22 Zoll Durchmesser **5.75**



Steigeleitern aller Art 7361

Plättbretter
Waschkörbe
Emailleausgußbecken
Holzausschälter
Wannen usw.
in großer Auswahl

Bekannt billige Preise

Haus- u. Küchenmagazin

L. Kornmann

Kommandit-Gesellschaft

Ite Taschenstr. 29/31

Der neueste Jack-London!

Der Rote

Sechs grandiose Geschichten von der Zähigkeit, dem Willen, der Größe, dem Starrsinn des Menschen im Guten und Bösen.

Statt RM. 4.80 **4.—**

Volkswachtbuchhandlungen Mod. Antiquariat

Neue Graupenstraße 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstraße 4

Lagerkartons 908

verschiedener Größe, sowie Büsten werden sehr billig abgegeben Ohlauer Straße 12.

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 40 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Suche Pflege

für 8jähriges Mädchen, Nähe Posener Schule. Offert. mit Preisang. unt. Gr. 368 Volkswacht-Buchhdlg., Breslau III, Neue Graupenstraße 5. 3688

Druckerei Volkswacht

fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Arbeitsmarkt

Tüchtige 7576

Bautischler

sofort gesucht

Schießmerderplatz 36

Wohnungen

Tausche 967

Zweifenstrige Stube, helle Küche gegen etwas größere, mit und auch ohne Vereinigung.

Gessel, Steinauer Straße 39

Kaufgesuche

Alte Nähmaschinen

kauft höchstzahlend 3678

Wienziers, Gitschiner Str. 45

In der „Volkswacht" haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Tüchtige

Bautischler

für sofort gesucht

Michael Kaliski,

Breslau 24, Gröbelstraße 10. 7578

Für die Redaktion verantwortlich: Emil Zimmer; für die Anzeigen: Max Lesser. — Redaktion: Fünfeichplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 24. September 1928.

Städtetag in Breslau

In dieser Woche finden in Breslau höchstbedeutende Tagungen statt, nämlich die Jahresversammlungen des Deutschen und des Preußischen Städtetages. Den Jahresversammlungen gehen voran die Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preußischen Städtetages am heutigen Montag. Die Jahresversammlung des Deutschen Städtetages findet Dienstag in der Aula der Technischen Hochschle statt. Auf der Tagesordnung steht der wichtige Vortrag des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert: „Reichsaufbau und Selbstverwaltung", an den sich eine eingehende Aussprache anschließen wird. Der Vortrag wird ungmein wichtige Fragen der städtischen Selbstverwaltung behandeln. Anschließend wird die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen.

Die Jahresversammlung des Preußischen Städtetages ist für Mittwoch ebenfalls in der Aula der Technischen Hochschule vorgesehen. In der Tagesordnung wird Universitätsprofessor Dr. Gerloff-Frankfurt a. Main über „Schwebende Fragen des Finanzausgleichs, Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung in Reich, Ländern und Gemeinden" einen eingehenden Vortrag halten. Auch dieser Vortrag behandelt lebenswichtige Angelegenheiten der Städte, und es ist auch hier eine eingehende Aussprache zu erwarten.

Im Laufe der Tagung werden die städtischen Siedlungen in Zimpel, Pöpelwitz, Eichborngarten, ferner das Stadion und das Schwimmbad Leerbeutel besichtigt. Für die Damen der Teilnehmer sind besondere Rundfahrten zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt vorgesehen. Die ganze Veranstaltung ist eine der größten und bedeutendsten im Rahmen der vielen Reichstagungen, die Breslau in diesem Jahre beschieden sind.

Elektrische Warnungsglocke für Straßenbahnen

Trotz fortschreitender Technik werden die Warnungsglocken der elektrischen Straßenbahnen noch immer mit der Hand oder dem Fuß betätigt. Die mit der Hand betätigte Warnungsglocke muß sich in den größeren Städten im Laufe der Zeit als gänzlich unzulänglich erwiesen haben, da die Abschaffung erfolgte. Als Ersatz dafür wurde allgemein eine am Boden des Führerstandes angebrachte Fußwarnungsglocke in Betrieb genommen. Aber auch diese Glocke hat sich mit der Zeit aus mancherlei Gründen als unpraktisch erwiesen. Naturgemäß muß diese Glocke vom Führer bedient werden. Der Führer hat es aber nicht allein mit der Glocke zu tun, zu seinem Wirkungskreis gehört in der Hauptsache auch, den Fahr- und Bremsmechanismus zu bedienen. Außerdem aber muß der Führer beim Befahren einer Strecke eine Stunde und länger hintereinander den sehr anstrengenden Dienst stehend verrichten. Durch dieses Stehen allein schon wird der Führer auf beide Beine erheblich müde. Tritt nun noch hinzu, daß der Führer die Warnungsglocke mit dem Fuß bedienen muß, so wird das rechte Bein erheblich mehr beansprucht als das linke, weil der Führer zur Inbetriebsetzung der Glocke das Körpergewicht nur auf das linke Bein legen muß, während das rechte Bein federnd mit kurzen Pausen gehoben und gesenkt wird. Kommt es nun vor, daß der Führer in den belebten Straßen die Glocke andauernd in Betrieb setzt, und die federnde Bewegung des rechten Fußes nicht vornehmen kann, so ist bereits beobachtet worden, daß wegen Uebermüdung nicht mehr das rechte Bein zur Betätigung der Glocke benutzt wird, sondern das linke. Es ergibt sich daraus eine verschränkte Beinstellung und schon allein dadurch wird die Verkehrssicherheit erheblich gefährdet. Der Führer kann in einer solchen Stellung seine gesamte andere Tätigkeit, wie speziell ein plötzlich notwendig werdendes Bremsen nicht mehr mit der ganzen Körperkraft ausüben. Bei den neuerlichen Motorwagen läßt es das Getriebe unter dem Vorderperron nicht zu, daß die Fußglocke direkt neben dem rechten Fuß des Führerstandes wie bisher angebracht werden kann, und deshalb muß der Führer mit dem rechten Fuß einen halben Schritt rechts seitwärts treten, um die Warnungsglocke erklingen zu lassen. Er muß das Gesicht nach dieser Richtung wenden, um den Betätigungshebel zu finden, und in den meisten Fällen dürfte das Wegwenden des Gesichts von der Fahrbahn eine erhebliche Gefahr für das Publikum bedeuten.

Diese gesamten Mängel lassen sich durch Anbringung einer elektrischen Straßenbahnwarnungsglocke beseitigen. Im Jahre 1893 wurde eine solche elektrische Warnungsglocke mit Zahnradgetriebe in Deutschland patentiert, jedoch ist diese Glocke für gedachten Zweck nicht verwendbar. Im Jahre 1913 wurde in Amerika eine elektrische Glocke für Einzelschläge patentiert. Durch diese wird aber der dem Publikum bekannte Warnungsglockenschlag nicht erzeugt, weil der Klöppel eine Schlingerbewegung macht. Eine neue Erfindung vom Jahre 1927, Deutsches Reichspatent Nr. 465 083, bringt auf diesem Gebiet eine Warnungsglocke, durch die alle Mängel der jetzt benutzten Fußglocke behoben und die dem Publikum bekannten Glockenzeichen beibehalten werden. Die Glocke selbst ist an keinen Platz gebunden und läßt sich in beliebiger Weise betätigen, speziell ist aber eine erhebliche Entlastung des Führers und damit eine Erhöhung an Sicherheit beim Fahren der elektrischen Straßenbahn erzielt. Da außerdem die bisherigen Fußglocken infolge Umbau verwandt werden können, werden sich die Anschaffungskosten nicht sehr hoch belaufen.

Albert Beil.

Schwach von Begriff

Die „Breslauer Zeitung" macht Hindenburg-Nachklänge. Natürlich gefallen ihr die Beschlüsse unserer Parteifunktionäre und des Reichsbanners auch nachträglich nicht. Und daß sie ein Schlag ins Wasser gewesen seien, leitet sie aus der großen Beteiligung am Fackelspalier wie aus der Anwesenheit von Genossen im Oberpräsidium her, die amtlich dort zu tun hatten. Die „Breslauer Zeitung" sah dort „sogar den Kollegen Darf von der „Volkswacht", der einen so giftigen, haßerfüllten Artikel gegen jeden geschrieben hatte, der sich an der Hindenburgfeier beteilige, wie er munter wie ein Fischlein im Oberpräsidium in dem Festgewühl herumschwamm."

Und darüber wundert man sich nun in der Herrenstraße. Als wenn die „Volkswacht" nicht die Pflicht hätte, über öffentliche Vorgänge zu berichten. Unsere Redaktion ist natürlich bei allen Pressevorbesprechungen des Hindenburg-Empfanges im Oberpräsidium und im Polizeipräsidium vertreten gewesen. Beim Empfang war sie an den Stellen, worüber sie berichtet hat, auf dem Oberpräsidium, dem Rathause und in der Jahrhunderthalle: Zu berichten nicht für nötig gehalten haben wir über den Empfang am Bahnhofe, in der Universität und der Technischen Hochschule, weil der Zimt überall derselbe war. Uebliche Arbeitsteilung der Redaktion entschied, wer den einzelnen Ort zu besuchen hatte. Genosse Darf ist zur Berichterstattung im Oberpräsidium gewesen, hat sich am „Festgewühl" gar nicht beteiligt, sondern das Haus noch früher als Hindenburg wieder verlassen, um an einer Sitzung im Gewerkschaftshause teilzunehmen. Eine Einladung als Stadtverordneter hat er ebenso wie die anderen abgelehnt. Damit weiß nun die „Breslauer Zeitung", was für alle anderen Leute selbstverständlich ist, und was man besonders in einer Zeitungsredaktion wissen müßte.

Im übrigen ist es erfreulich, daß sich die „Breslauer Zeitung" nun doch auch mit der Frage Hindenburg und Stahlhelm zu befassen beginnt. Die Lektüre der „Volkswacht" scheint für sie also doch von Nutzen gewesen zu sein.

Katholische Klage über das Rote Kreuz

Man schreibt uns: Als am Mittwoch früh der Reichspräsident die Schuljugend in der Jahrhunderthalle besuchte, hat sich folgender Fall zugetragen: Das Breslauer Rote Kreuz, Abteilung 1, stellte dort Sanitätsdienst. Hierzu hatte sich auch der Katholische Samariterbund eingefunden, um bei den Tausenden von Menschen eventuell bei Unfällen helfen zu können. Hierbei hat sich aber der erste Führer Berghauer gegen den ersten Vorsitzenden des Katholischen Samariterbundes so benommen, daß er diesen einfach am Kragen nahm und ihn zur Halle hinauswerfen wollte. Wenn sich nicht andere Personen des Vorsitzenden angenommen hätten, wäre es zu einer Schlägerei gekommen. Wenn das Rote Kreuz öfter solche unliebsame Sachen zutage bringt, dann ist es bedauerlich für das Rote Kreuz. Daß man solche Menschen noch zu Vorgesetzten macht, wundert mich sehr. So lange ich den Arbeiter-Samariterbund kenne, sind solche Sachen noch niemals vorgekommen.

In schwere Aufregung

ist die „Schlesische Zeitung" erst nachträglich über die Haltung unserer Partei und der „Volkswacht" geraten. Besonders ist sie empört, daß die „Volkswacht" schrieb: „Die Breslauer sind diese Woche glücklich, denn es ist viel zu sehen, gestern und heute Hindenburg und morgen Sarrasani, die schönste Schau zweier Welten."

Auf solche Frechheit gehört nach der „Schlesischen" ein Pfui! Anscheinend kennt das Blatt sehr schlecht die Ansichten ihres Abgottes, des Alten Fritzen. Als dieser einmal darauf aufmerksam gemacht wurde, wie das Volk ihm zujubele, sagte er in richtiger Menschenkenntnis, wenn man einen alten Affen aufs Pferd setzt und ihn durch die Straßen führt, jubelt das Volk auch. Das haben auch wir festgestellt. Das Volk lief zu Hindenburg und zu Sarrasani.

Einen öffentlichen Frauenabend

in den gut besuchten Zentral-Ballsälen veranstaltete die Abteilung Nikolaitor am vorigen Donnerstag. Der Abend war unter das Gesamtthema „Krieg dem Kriege" gestellt. In einem kurzen Vortrage wies Genosse Dr. Marck auf die Aktualität einer solchen Veranstaltung hin. Während man in Paris den Kriegsächtungspakt mit dem berühmten goldenen Füllfederhalter unterzeichnete, ist gleichzeitig die Abrüstungsfrage bei den Großmächten kritischer als lange. Auch in Deutschland regt sich der militaristische Geist wieder stärker. Der Hindenburg-Besuch in Breslau habe gezeigt, wie die Begeisterung Zehntausender dem Feldmarschall weit mehr als dem Reichspräsidenten gegolten hat. Angesichts des Schauspiels, daß noch immer große Massen von nationalistischem Taumel mitgerissen werden können, sei die Aufklärung durch klassenbewußte Proletarier unter den unpolitischen Massen, besonders unter den Frauen, doppelt notwendig.

Der Abend wurde wirksam ausgestaltet durch den Sprechchor der Arbeiterjugend sowie einige Szenen, die aus Tollers „Masse Mensch" zur Aufführung durch die „Roten Blusen" gelangten. Genosse Krumschmidt trug eine witzige Glosse über den Kellogg-Pakt vor, die der Wiener Arbeiterzeitung entnommen war. Auch Genosse Lachmann rezitierte ein Antikriegsgedicht. Die Jungordnerkapelle füllte die Pausen durch musikalische Darbietungen. Die gelungene Kundgebung fand ihren Abschluß mit Lichtbildern, die dem Buche von E. Friedrich, „Krieg dem Kriege", entnommen waren.

Frauenfeierstunde im Distrikt 42, Zimpel

Zu dieser Veranstaltung am Montag, den 17. September, fanden sich die Frauen im Saale des Luftbades der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Grüneiche sehr zahlreich ein. Nach einem ehrenden Gedenken der verstorbenen Genossin Böhm durch die Genossin Heppner, dem sich die Versammlung durch Erheben von den Plätzen anschloß, wurde der Abend durch einen Musikvortrag: „Wenn wir schreiten Seit' an Seit'" eingeleitet. Es folgte ein Gedicht: „Richtefest" von Ludwig Lessen, sodann wurde eine Schilderung aus dem Wahljahr 1907 vorgelesen. Anschließend daran sprach die Genossin Bittner über die Entwickelung der Frauenbewegung. Erstmalig waren es bürgerliche Frauen, die in der großen französischen Revolution die Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen erhoben. Diese Bewegung pflanzte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in allen europäischen Ländern fort. In Deutschland war das die Sozialdemokratie, die neben diesen Forderungen auch die soziale Gleichberechtigung der proletarischen Frau forderte, Frauen wie Ottilie Bader, Luise Zietz und Clara Zetkin und andere, die schon vor dem Weltkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung mit tätig waren, mußten die schärfsten Schikanen und Verfolgungen erleiden. Das Frauenwahlrecht, das den Frauen im Jahre 1918 durch die Sozialdemokratie zugesprochen worden war, ist von den Frauen, die doch zum größten Teil zum Proletariat gehören, bei den Wahlen bis heute noch nicht richtig ausgewertet worden, da sie zum größten Teil noch den Bürgerlichen die Stimmen abgeben. Daß die bisherige Aufklärungsarbeit von Nutzen war, beweist die Abnahme der Stimmenzahl bürgerlicher Wählerinnen und die Zunahme der proletarischen Wählerinnen. Die Art aktiver Aufklärungsarbeit wurde uns in der Aufführung: „Frische Luft", die noch in den meisten der 600 000 Schneiderwerkstätten Deutschlands geleistet werden müßte, praktisch vorgeführt. Das Gedicht: „Ihnen, Herr Prinzipal, wünsche ich mal", brachte die Not der arbeitenden Frau recht drastisch zum Ausdruck. Musikvorträge und ein satirisches Spiel: „Wohnungsamt Knatschberg" schlossen den Abend ab. Den Jungsozialisten, die den Abend ausgestalteten, wurde in ihrer Gruppenarbeit die Mithilfe des Distrikts zugesichert. Anschließend folgte die Erledigung einiger Distriktsangelegenheiten. Die Genossin Heppner schloß mit der Bitte, künftige Frauenabende wieder so zahlreich zu besuchen.

„In Neumarkt unbekannt"

Zu diesem Artikel vom 20. August schreibt uns die Oberpostdirektion:

Die beim Postamt Breslau 1 aufgelieferte Drucksache mit der Anschrift „Herrn Kreisschulrat Dr. Kurz, Neumarkt" ist nach dem Ergebnis unserer Feststellungen nicht zum Postamt Neumarkt (Schlesien) gelangt, sondern wahrscheinlich infolge Verwechslung des Bestimmungsorts mit dem hiesigen „Neumarkt" genannten Platz nach vergeblicher Vorzeigung bei der Geschäftsstelle des Oberpräsidiums bezw. bei der Regierung in Breslau an den Absender als unbestellbar zurückgesandt worden, ohne daß der Versuch gemacht worden ist, den Empfänger in Neumarkt (Schles.) zu ermitteln. Wir bedauern dies sehr. Bestimmtes hat sich in der Angelegenheit nicht mehr feststellen lassen, da die Beamten bei der großen Fülle der täglich durch ihre Hände gehenden Sendungen sich nachträglich an Einzelheiten nicht zu erinnern vermögen. Die

Alle Parteimitglieder erscheinen heute abend 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses zur Versammlung

Theater und Musik

Stadt-Theater

„Die Zauberflöte"

Die gestrige „Zauberflöten"-Aufführung bekam durch ein seltenes Ereignis besonders festliches Gepräge. Dem Prüfungstempel stand ein Oberpriester bevor, der schon zahllosen Aufführungen des ewig-jungen Mozartwerkes zum Erfolg verhalf. In Rudolf Wittekopf, der nun seit 40 Jahren seine wertvollen Kräfte in den Dienst der Bühne stellt und auch schon lange Zeit in Breslau wirkt, besitzt unser Operninstitut eine seiner markantesten Persönlichkeiten und schwer ersetzlichen Stützen. Rudolf Wittekopf ist der glückliche Besitzer eines typisch seriösen, vollTönenden Basses, der nicht durch technische Hilfsmittel auf eine problematische Tiefe heruntergeschraubt zu werden brauchte, sondern in seinem bedeutenden Umfange eben vorhanden war, ein Umstand, der es gestattete, sich über das rein Stimmliche hinaus der besonderen Kultivierung des Gesangsstiles zuzuwenden. Wenn wir es für eine der schönsten gesanglichen Tugenden halten, den Ton in allen Lagen frei ausströmen zu lassen, dann ist Wittekopf gewiß ein Gesangskünstler ersten Ranges. Darüber hinaus aber verfügt er über eine unbeirrbare Musikalität, die ihm glockenreine Intonation gestattet, sowie über eine kraftvolle Körperlichkeit, die der besonders würdevollen Gestaltung schwerer Baßhelden zugute kommt. Nach den beiden wohlgelungenen Arien („O Isis" und „In diesen heil'gen Hallen") sowie am Schluß gab es Beifall, der den Jubilar viele Male vor den Vorhang rief. — Erwähnt sei die Umbesetzung des Papageno, den Engelbert Czubok von Leo Weith übernommen hat. Seine völlige Sicherheit in der Beherrschung des musikalischen Parts und die Frische seiner Darstellung machten den besten Eindruck.

W. S—der.

Lobe-Theater

Leo Tolstoi: „Der lebende Leichnam"

Zum 100. Geburtstage Tolstois brachte das Lobetheater am Sonnabend, wie gegenwärtig viele Bühnen im Reich, eine Neuinszenierung von Tolstois „Lebendem Leichnam" heraus. Der große russische Erzähler verdient zweifellos, daß auch das Theater seiner gedenkt. Nur durch die Wahl aber eines stärkeren Stückes und größere Wärme bei seiner Ausgestaltung hätte man das Gefühl der Fragwürdigkeit solcher Gedenkaufführungen ganz überwinden können.

Fedja Protassow ist ein gütiger, liebevoller, aber haltloser Mensch. Er trinkt, er verbringt seine Zeit in der Zigeunerkneipe und läßt sich umstricken von Liebeslust und berauschender Musik. Seine Frau Lisa, die ihn liebt, wird durch ihre Mutter und vor allem durch die aufopfernde Treue ihres Freundes Karenin gegen ihren Instinkt veranlaßt, sich von Fedja scheiden zu lassen. Fedja will sie auch freigeben, damit sie den ehrbaren, aber langweiligen Karenin heiraten kann. Aber zu den widerlichen Scheinmanövern des üblichen Scheidungsprozesses, kann er sich nicht entschließen. So will er sich das Leben nehmen, bringt aber die Kraft dazu nicht auf. Er täuscht einen Selbstmord vor und lebt als „lebender Leichnam" weiter ein Dasein der Verfallenheit. Lisa und Karenin heiraten. Ein erpresserischer Spitzel entdeckt Fedjas Geheimnis und zerrt ihn vors Gericht. Der Ekel am Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Rechtsprechung läßt Fedja sich nun wirklich selbst töten und so den ihm unlösbaren Lebensknoten durchhauen.

In 11 Bildern zog dieses russische Schicksal vorüber. Als echten Tolstoi empfand man dabei wesentlich die Darstellung des russischen Menschen etwa von 1900 in seiner Liebenswertheit und Formlosigkeit, seiner Güte und Hilflosigkeit. Der Höhepunkt des Stückes ist in dieser Hinsicht zweifellos der anarchistische Protest gegen die Verlogenheit der Gesellschaftsordnung und die kalte Schamlosigkeit ihrer Funktionäre in der Szene mit dem Untersuchungsrichter. Hier entlädt sich das echteste Motiv des Fedja in befreiender Form. Auch die Szenen in der Zigeunerkneipe wirkten lebendig und überzeugend. Dagegen waren viele andere Bilder verstaubt und auch langweilig, wenn etwa Karenins Mutter ihrem Freunde lang und breit auseinanderlegt, daß ihr geliebter einziger Sohn doch Anspruch darauf hätte, ein „reines Mädchen" und nicht eine „geschiedene Frau" zu heiraten und dergleichen mehr. Das sind Problemgespräche eines für unsere Zeit veralteten Gesellschaftsstückes vom Ausgang des vorigen Jahrhunderts, die künstlerisch nicht so geformt sind, daß sie auch moderner Belichtung standhalten.

Die Aufführung ließ den inneren Abstand zum Kunstwerk spüren. Eine gewisse korrekte Kühle herrschte vor. Robert Thoeren als Fedja gab eine gute, sichere Leistung. Es ist schwer für den Schauspieler, in dieser Rolle Moissi-Töne zu vermeiden, und schwer für den Zuschauer, von dem sehr vollendeten Spiel Moissis gerade in dieser Rolle innerlich loszukommen. Aber der (leider nur für kurze Zeit) neu gewonnene Schauspieler entledigte sich seiner Aufgabe in tüchtiger Weise. Therese Thiessen als Lisa erfaßte, wie es diese intelligente, kraftvolle Schauspielerin immer tut, ihre Rolle mit überzeugender Gesammeltheit. Ihre Schwester wurde von Vera Spohr mit verhaltener Wärme gespielt. Kurt Ehrle als Lisas zweiter Gatte Karenin erschien ein wenig steifer als unbedingt notwendig. Elise Eckert als Lisas Mutter spielte auch in dieser Rolle ein wenig zu sehr sich selbst. Das Fedja liebende junge Zigeunermädel Mascha gab Käthe Gold. Leider konnte sie in dieser Rolle von ihren großen Gaben kaum etwas entfalten. Unter den zahlreichen kleineren Leistungen ist noch besonders die Charakterstudie des stets bewährten Alfred Scherzer in der Rolle eines sich für ein Genie haltenden Trunkenboldes zu erwähnen. Hermann Kner als Untersuchungsrichter übersteigerte die Karikatur ins Unerträgliche, dasselbe gilt diesmal von Alfred Habels Advokaten.

Die zahlreich erschienene Zuhörerschaft — ein gewisses Premierenpublikum hatte wohl dem „Prozeß der Mary Dugan" im Thaliatheater den Vorzug gegeben — folgte genau den Vorgängen auf der Bühne und war am Schlusse sehr beifallsfreudig.

K. M.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

KIPPKE-BIER seit 1844

7484

Rücksendung wäre aber vermieden worden, wenn nach den Bestimmungen der Postordnung vom 22. Dezember 1921, § 3 I der Bestimmungsort von vornherein richtig mit „Neumarkt (Schles.)" angegeben worden wäre. Beim Fehlen des Zusatzes „(Schles.)" werden Fehlleitungen usw. sich nicht immer ausschließen lassen. Ihre Vermutung, daß für die Behandlung der Sendung nicht rein sachliche, sondern politische Gründe entscheidend gewesen seien, findet in dem Ergebnis der Ermittlungen keine Bestätigung.

Prozesse ums tägliche Brot

Der liebe Gott ist mein Zeuge

Leider erscheint er nicht vor dem Arbeitsgericht, um der Schwester Selma bei ihrer berechtigten Entschädigungsklage zu helfen. — Frau v. Pritt aus Juliusburg stand vor der zweiten Niederkunft und verpflichtete die Schwester zu ihrer Hilfe in den kommenden schwachen Stunden und zur Pflege des neuen Erdenbürgers. Selma stand in einem Arbeitsverhältnis, sie machten einen Termin aus, wo sie es zu lösen hatte, um das neue anzutreten. Jedoch die Aerzte hatten sich geirrt, die Entbindung war zeitiger; als die Schwester ihren Dienst antreten wollte, kam die Frau ihr schon wieder munter entgegen und — drückte ihr 10 Mark in die Hand, schickte sie bald wieder los, da sie eine billigere Pflegerin angenommen hatte. Die Schwester klagt um ihr Recht. Vor dem Arbeitsgericht bringt Frau v. Pritt ihre Hausdame, die als Zeugin aussagt: Selma habe Fahrgeld und Entschädigung, zusammen 10 Mark, erhalten und wäre einverstanden gewesen. Die Schwester hat nur Gott als Zeugen, der nicht erscheint, sie klagt und protestiert, und der Richter empfiehlt, die Klage zurückzunehmen.

---

* **Das städtische Strandbad „Norden"** ist am Sonnabend geschlossen worden. Das Strandbad „Westend" bleibt auch weiterhin bei schönem Wetter von 10—18 Uhr geöffnet.

* **Die Breslauer Bevölkerung** hat sich im August von 605 074 auf 604 524 Einwohner vermindert. Geborene wurden 816, Gestorbene 596 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 220. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 4407, die der Fortgezogenen auf 5177, woraus sich ein Wanderungsverlust von 770 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung um 550 Köpfe.

* **Hallenschwimmbad.** Da der Umbau des Schwimmbassins der Herrenhalle zu einer sportgerechten 25-Meter-Schwimmbahn fertiggestellt ist, wird die Männer-Schwimmhalle am Montag wieder in Betrieb genommen, so daß wieder beide Schwimmhallen im Betriebe sind. Das Bassin der Herrenhalle wirkt nach dem Umbau größer und imposanter. Die Halle ist auch sonst vollständig renoviert.

* **Carl Rapp,** der rheinische Urkomiker, impft allabendlich die Liebich-Besucher mit wirksamsten Lachpillen. Das 10 Attraktionen starke Varieté-Eröffnungsprogramm erfreut sich guten Zuspruchs, so daß Liebhaber für gute Plätze den Vorverkauf bei Barasch und an der Liebich-Kasse benutzen sollten.

* **Carrajani gibt den zahlreichen Bitten nach,** die man aus allen Kreisen der Bevölkerung an ihn gerichtet hat und die darauf zielen, daß das Eröffnungsprogramm in seiner ganzen Festlichkeit wiederholt werden möge. Carrajani gibt also heute nochmals genau dieselbe Vorstellung, die bei der Premiere den enthusiastischen Beifall des Publikums und der Presse gefunden hat. Allerdings empfiehlt es sich, sofort Karten zu sichern, denn es ist sehr fraglich, ob Carrajani ein Gastspiel vieler Wochen noch in Breslau sein wird. Eine enttäuschte Vorstellung hat es bisher noch nicht gegeben. Karten aller Preislagen sind an den bekannt gegebenen Vorverkaufsstellen noch zu haben.

* **Die Feuerwehr** wurde gestern, kurz vor 2 Uhr nach der Universitätsbrücke gerufen. Ein Kleinauto hatte ein auf der Werderstraße fahrendes Personenauto gerammt. Durch den Zusammenstoß wurden beide Wagen eigentümlicherweise nach links gegen das eiserne Geländer gedrückt; dieses bog sich in einer Länge von 10 Metern um und zirka 3 Meter Mauerwerk brach ab und fiel in die Oder. Glücklicherweise hielten die unterhalb der Brücke stehenden Bäume den Anprall ab, sonst wären wohl beide Wagen in die Oder gestürzt.

* **Auto in einen Sandhaufen gefahren.** In der Rosastraße fuhr am Sonnabend abend ein Personenauto in einen unbeleuchteten Sandhaufen und wurde gegen einen Zaun geschleudert. Der Führer des Wagens, Chefredakteur Oehlke, erlitt bei dem Unfall mehrere Verletzungen.

* **Auf frischer Tat ertappt** wurde ein 24jähriger Bauarbeiter aus der Friedrich-Wilhelm-Straße, als er in der Nacht zu Sonnabend eine Schaufensterscheibe des Kaufhauses „Alsenhaus", Alsenstraße 40, zertrümmerte. Einige Zivilleute verfolgten den verdächtigen Einbrecher und vereitelten seine Absichten.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist am Sonnabend der 47 Jahre alte Kaufmann Oswald Sch., indem er sich in seiner Wohnung in der Paradiesstraße 31 mit Leuchtgas vergiftete. Wirtschaftliche Sorgen hatten ihn zum Freitod veranlaßt.

* **Auto-Zusammenstoß.** Vor dem Grundstück Schweidnitzer Stadtgraben 4 stießen am Sonntag abend zwei Personen-Kraftwagen so heftig zusammen, daß beide Fahrzeuge beschädigt wurden und abgeschleppt werden mußten. Der Führer des einen Wagens war betrunken und wurde von der Polizei in Schutzhaft genommen.

* **Ueberfall auf eine tschechische Angestellte.** Am 21. September wurde gegen Mittag eine Angestellte einer hiesigen großen Damenkonfektionsfirma am Ringe, die Geld zum Postscheckamt geholt hatte, von jungen Burschen überfallen in dem Augenblick, als sie im Begriff war, den Hausflur, in dem sich die Firma befindet, zu betreten. Die Kriminalpolizei, die jedoch den Täter bereits seit mehreren Tagen beobachtete, kam noch rechtzeitig hinzu, daß irgend ein Unheil angerichtet werden konnte und verhaftete die Uebeltäter.

* **Zigarettenraub.** Sonnabend mittag, gegen 1 Uhr, flog ein Straßenbahnwagen mit einem ihm auf der Kreuzung entgegenkommenden Auto zusammen, das durch den heftigen Anprall gegen Taschen aufzuweichen hatte. Der Führer des Autos, dem es nicht mehr gelang, auf dem schlüpfrigen Asphaltpflaster zu bremsen, erlitt durch die Splitter der zertrümmerten Scheibe schwere Schnittverletzungen im Gesicht. Ein Fahrgast erlitt ebenfalls leichte Verletzungen.

Briefkasten.

[illegible]

Esst mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Engerer Parteivorstand. Heute, 17,30 Uhr, wichtige Sitzung mit dem Stadtverordneten-Fraktionsvorstand im Zimmer 37 des Gewerkschaftshauses.

Distrikt 10 und 11. Dienstag, den 25. September, Bastelabend bei Müller, Alsenstraße. Alle Frauen und Mädchen sind eingeladen.

Distrikt 39. Montag, den 24. September, im Hennig-Ausschank, Fürstenstraße 107, Außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Distriktsführers. 2. Distriktsangelegenheiten.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften

Gruppe Strehlener Tor-Gräbschen. Am kommenden Mittwoch findet nicht unsere Arbeitsgemeinschaft statt, sondern wir beteiligen uns geschlossen an der Leifpoifeier des Arbeiterbildungsausschusses. Die Feier beginnt Punkt 8 Uhr. Der Eintrittspreis ist aus der „Volksrecht" ersichtlich.

Sozialistische Arbeiterjugend

Funktionäre. Heute abend sind wir alle um 20 Uhr im Heiligengeist-Gymnasium zur wichtigen Arbeitsbesprechung für den Winter. Es ist notwendig, daß alle Funktionäre erscheinen.

Kassierer! Heute, von 19 bis 21 Uhr, holen sich die Kassierer die Septemberzeitungen im Gewerkschaftshaus, Zimmer 42, ab. Desgleichen rechnen die Heime 7 bis 10 die rückständigen Beiträge ab.

Sprechchor. Morgen, 20 Uhr, im Heiligengeist-Gymnasium, werden die neuen Texte ausgegeben. Erscheint vollzählig und bringt noch neue Mitarbeiter.

Rote Spatzen. Donnerstag proben wir in der Benderschule am Lehmdamm. Pünktlich 19,30 Uhr wollen wir beginnen.

Heim 10 (Rosenthal). Die Funktionäre sind pünktlich 20 Uhr im Heiligengeist-Gymnasium zur zentralen Funktionärsitzung.

Heim 3 (Benderschule). Heute abend findet die zentrale Funktionärsitzung im Heiligengeist-Gymnasium statt. Bericht der Ortsgruppen. Morgen besucht alles den Sprechchor.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 3 (Oderter). Montag, 17 Uhr, Jüngere Gruppe in der Waterlooschule. Dienstag, 17,30 Uhr, Gymnastik, nachher Singen (Waterlooschule). Mittwoch: Alte Junge- und Rotefalken zur Sprechchorprobe. Donnerstag, Rotfalken II, wie bisher. Freitag: Jungfalken, 17 Uhr, im Heim, Waterlooschule. Rotfalken I, 17,30 Uhr, im neuen Heim (Grenzzeilung). Kinderfreundegeld, Pünktlichkeit.

Gruppe 4 (Abteilung Nikolaiter). Liebe Eltern! Dienstag abend, 8 Uhr, findet bei Graj, Weidenstraße, unsere Elternversammlung statt. Genossin Tesi Simmel spricht über das Thema: „Unsere Rote Falkenbewegung". Wir bitten euch, alle zu erscheinen. Dienstag, beide Gruppen im Heim. Dienstagmittag. Donnerstag, 5 Uhr, Jüngere Gruppe, Spiele im Heim. Freitag, 5 Uhr, Rote Falken im Heim. Wir Basteln; bringt dazu einen Bleistift, Lineal und Scherer mit.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Achtung, Jugendleiter! Heute, ab 20 Uhr, wichtige Sitzung im Zimmer 32.

Holzarbeiterjugend. Heute kommen wir ab 20 Uhr im Heim zusammen. Wir sprechen über das Betriebsrätegesetz.

Metallarbeiterjugend. Alle Kollegen, die noch Mitglieder der Volksbühne werden wollen, kommen Mittwoch bereits gegen 18,30 Uhr ins Verbandsbüro. Es sind 10 M. mitzubringen. Kollegen, die mit uns proben wollen zu unserer Veranstaltung sind ebenfalls da.

Betriebs-Vertrauensleute!

Sorgt für Abholung des „Betriebs-Echo". Kein Kollege darf ohne das „Echo" bleiben!

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Im Bereiche der Polarluftströmungen herrscht in Schlesien noch immer rauhes Wetter. In Oberschlesien ist auch in der vergangenen Nacht noch Niederschlag gefallen. Die Wetterlage ändert sich nur langsam. Ein Störungsgebiet, das heute morgen über Polen liegt, kann vorübergehend ein kurzes Aufklaren bringen. Später dürfte es wieder zu Niederschlägen kommen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge.

Wechselnd, teilweise noch Niederschlag, kühl.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Zeitweise Regen, mittelmäßig, zeitweise Regen und Schnee, Temperatur um Null.

Wasserstand

23. September

Ratibor	2.63	Konitzer (Unter-Pegel)	1.36
Neiße (Stadt) vom 24. 9.	—0.50	Oderwitz	0.57
Neißemündung (Unter-Pegel)	1.54	Wasserwärme beträgt 41 cbm	
Brieg (Wehrdamm)	1.64	Fürstenberg vom 23. 9.	—0.46
Steinau	1.14	Wasserwärme +14.3°.	

Vereinskalender

Bezirksvorstand, Bezirksleitung Breslau. S. 2g. Sonderzeitung! Am Dienstag, den 25. September, 19,30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 78, Verhandlung örtlicher Delegierten. Delegiertenkarte mitbringen.

Kreis Neumarkt

Konferenz der SPD. im Kreise Neumarkt

Beeinträchtigt durch die ungünstige Witterung fand am Sonntag im Gelben Löwen in Neumarkt eine groß aufgezogene Kreiskonferenz der S. P. D. statt, um einen aufklärenden Vortrag des Genossen Mache über: „Die politische Lage nach den Wahlen" entgegen zu nehmen. Trotz des Dauerregens waren außer Neumarkt noch 17 andere Ortsgruppen erschienen und was ganz besonders erfreulich war, die Landarbeiter hatten sich recht zahlreich eingefunden, ein Zeichen, daß auch diese von den Agrariern immer als Sklaven angesehene Proleten politisch erwachen. Und keiner wird es bereut haben, daß er den beschwerlichen Weg gemacht hat, denn der Genosse Mache verstand es in seiner volkstümlichen, leicht verständlichen Weise auseinanderzusetzen, den zahlreichen Anwesenden die Schwierigkeiten um die Erfolge der letzten vier Monate nach den Wahlen im Reiche zu schildern.

Der letzte Wahlkampf war ein großes Duell zwischen dem Nationalismus der Besitzenden und dem Internationalen der S. P. D., aber trotz aller Erfolge der Linken hat das Bürgertum noch immer weitaus die größte Macht im Reichstag, die erst durch restlose Aufklärung derjenigen gebrochen werden kann, die, obwohl selbst Proletarier, heute noch immer bürgerlich wählen. Denn die Republik ist in Gefahr, siehe Bayern, Württemberg usw. und nur wer die Machtmittel des Staates besitzt, hat den Staat erobert. Darum mußte sich auch die S. P. D. führend an der Regierung im Reiche beteiligen, ist doch Preußen das beste Beispiel dafür, welchen Einfluß sich das schaffende Volk durch die Mitarbeit seiner Führer der Regierung schaffen kann.

Soll wieder der Junkerblock, dessen restlose Zertrümmerung unser Ziel ist, in Deutschland zum Schaden der Arbeiterschaft regieren? Soll wieder Reichsl seine Zollwucherwirtschaft für seine Verwandtschaft [illegible] können? Soll es so kommen wie in Deutschösterreich oder gar in Rußland? Ist es möglich, daß bei uns Proleten gewählt SPD. zum Wohle des werktätigen Volkes zu arbeiten und seine Lage zu bessern? Und Genosse Mache gab, gestützt auf zahlreiche Belege die treffende Antwort auf alle diese Fragen, die in einer, von den Versammlungsteilnehmern [illegible] wurde.

Nicht der Worte der Volksparteiler, nicht das Gieren des nationalistischen Zentrums, noch weniger die verlogenen Phrasen der KPD. sind ausschlaggebend, sondern nur durch die auf demokratischer Grundlage sich aufbauende S. P. D. ist es möglich, den Staat aus der politischen Nacht im Reiche wie in Preußen zum endgültigen Erfolge zu führen.

Zweiflerfragen: Was ist erreicht worden, seit wir in der Regierung sitzen, und sind unzufrieden mit der Verlängerung und Verbreiterung der Krisenfürsorge, dem Abbau der Lohnsteuer, der nachträglichen Erhebung der Besitzsteuer, dem Abbau der Technischen Nothilfe und der Reinigung in den Ministerien von reaktionären Beamten Keudells unseligen Angedenkens. Sie erkennen nicht in ihrer Kurzsichtigkeit, daß all dieses zusammen genommen einen entschiedenen Kurswechsel darstellt, der durch unsere Mitarbeit eingeleitet wurde. Daran kann selbst der an sich bedauerliche Vorfall mit dem Panzerkreuzer nichts ändern noch hindernd wirken, denn nun muß es erst an die Arbeit gehen und den Staat ausbauen helfen zum Wohle der Arbeiterklasse. Und wenn nun die Moskowiter kommen, um durch ein Volksbegehren den Bau von Kriegsschiffen in Deutschland zu verhindern, so weiß ein jeder, daß sie damit nur die von ihr gehaßte SPD. herunterreißen wollen, ohne daß sie sachlich etwas erreichen werden. Im Gegenteil, würde sich die friedensliebende Arbeiterschaft daran beteiligen, so ist bei der Aussichtslosigkeit des Volksbegehrens zu befürchten, daß ähnliche Anträge bei späteren Etatberatungen im Parlament erfolglos bleiben. Um aber diese Frage innerhalb der S. P. D. restlos zu klären, wird im Frühjahr ein Parteitag stattfinden, wobei das ganze Wehrproblem behandelt wird.

Genosse Mache kam dann auf die Erfolge zu sprechen, die unser Reichskanzler, Genosse Müller unbestritten in Genf erreicht hat, denn daß die Rheinlandräumung und die endgültige Festsetzung der Reparationen endlich in Fluß gebracht wird, darüber hinaus sich aber ein freundlichere Verständigung zwischen den früheren Feinden bemerkbar macht, ist seinem klugen und energischen Vorgehen zu verdanken, das sich vorteilhaft von dem der Deutschnationalen abhebt. Darum haben wir auch keine Ursache, mutlos zu werden oder gar aus der Regierung zu gehen, denn die Zukunft gehört der S. P. D. und das Urteil der Geschichte wird einst für uns sich ehrenvoll gestalten. Nicht müde werden im Kampf für Gleichberechtigung der werktätigen Klasse, der letzte Mann muß mit eintreten für Frieden und sozialen Ausgleich. Die Auflösung der Gutsbezirke, eine wahrhaft revolutionäre Tat, stellt die Genossen in den Dörfern vor schwere Aufgaben, werden doch unsere Großagrarier alle Mittel anwenden, um bei diesen Wahlen ihre bisherige Macht zu behalten, wenn nicht gar auf die Gemeinden auszudehnen versuchen. Darum hinaus auf das flache Land, stärkt unsere Bataillone, denn bei den im Dezember stattfindenden Wahlen in Gemeinde, Kreis und Provinz gilt es unsern größten Feind, das Junkertum, aus ihren Positionen zu verdrängen.

Lauter Beifall dankte dem Redner und wurde, um den Erfolg seiner Rede nicht abzuschwächen, einstimmig beschlossen, von einer Aussprache darüber Abstand zu nehmen.

Genosse Nawroth wies dann daraufhin, daß am 21. Oktober unsere Werbewoche stattfindet und jeder die Worte des Genossen Mache dadurch in die Tat umsetzen kann, daß er sich in den Dienst der Sache stellt, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Als Kandidaten für den Provinziallandtag wurden folgende Genossen in Vorschlag gebracht:

1. Kreisleiter Nawroth, 2. Schulrat Kurz, beide Neumarkt, 3. Landwirt Schwan-Bischdorf, 4. Bäckermeister Papesch-Oberstephansdorf.

Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie beendete die sehr angeregt und harmonisch verlaufene Konferenz.

Gerwanowdorf. S. j. G. Unsere fällige Monatsversammlung findet diesmal aus technischen Gründen am Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr, statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Neu-Breslau

Klein-Mochbern. Dienstag, den 25. September, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung der SPD. bei Hielscher. Als Redner erscheint Genosse Steiner-Breslau. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Carlowitz. Montag, den 24. September, halten wir bei Krause abends 8 Uhr einen Frauenabend ab. Landtagsabgeordnete Genossin Kuhnert ist anwesend und bitten wir um zahlreichen Besuch.

Geschäftliches

Das schöne Dichterwort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!" bedeutet allen Denkenden mehr, als nur ein schönes Zitat. Es ist außer allem Zweifel, daß wir die Anlage zu schönen und gesunden Zähnen mit auf die Welt bringen und nur durch eine mangelhafte Erziehung, durch schlechte Gewohnheiten und Bequemlichkeiten vernachlässigen.

Einen erfreulichen Fortschritt in dieser Hinsicht stellt die Einführung der obligatorischen Schulzahnpflege dar. An Hand anschaulichen Bildmaterials werden die Kinder heute über die Folgen einer Vernachlässigung von Mund und Zähnen eingehend unterrichtet und zu einer vorbeugenden Behandlung durch die antiseptische Mund- und Zahnpflege (Odol) angehalten.

Breslauer Produktenbörse vom 22. September

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 22. September 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide: Steig — Mehl: Fester.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	22. 9.	21. 9.
Weizen 75,5 kg Eff.-G. min. p. hl.	21,50	21,50
Roggen 71,2 kg " " " "	22,20	22,20
Hafer*	20,00	20,00
Braugerste, gute	25,00	25,00
Braugerste*	23,00	23,00
Wintergerste*	21,00	21,00

* Mittlere Art und Güte.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	22.	21.		22.	21.
Weizenmehl	31,75	31,75	Auszugmehl	38,00	38,00
Roggenmehl	32,75	32,75			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Prozent. Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Das feine Cocos-Speisefett
Palmin
Nur echt mit dem Namenszug
Dr. Schlinck

Bezirkskonferenz der Ortsausschüsse des ADGB. Schlesiens

Der Bezirksausschuß der Gewerkschaften Schlesiens hatte für Sonnabend und Sonntag, den 22. und 23. September, seine Funktionäre zu einer Aussprache über die Ergebnisse des Hamburger Gewerkschaftskongresses wie auch zur Kenntnisnahme der bisherigen Tätigkeit des Bezirksausschusses geladen. Etwa 250 Vertreter der schlesischen Gewerkschaften waren bei Beginn der Tagung im festlich geschmückten großen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses versammelt, von dessen Bühnenhintergrund inmitten einer prächtigen Dekoration von Lorbeerbäumen die Büste Carl Legiens, des toten Führers der deutschen Gewerkschaften, grüßte. Neben dem Oberpräsidenten, Genossen Lüdemann, waren die Vertreter aller befreundeten Arbeiter-Organisationen erschienen. Unmittelbar nach der Eröffnung der Konferenz durch Bezirkssekretär Genossen Wiersich begrüßte Genosse Ruffert als Vertreter des Breslauer Ortsausschusses der freien Gewerkschaften die Tagung mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Verlauf. Nach ihm dankte Oberpräsident Genosse Lüdemann für die ihm auf dieser Tagung gegebene Gelegenheit, die Sachwalter der freien Gewerkschaftsbewegung kennen zu lernen, auf deren Mitarbeit er großen Wert lege. Im Hinblick auf die vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften sei es ein fühlbarer Mangel, daß diese eine gesetzliche Vertretung bei Behörden zur Stunde noch immer nicht besitzen. Das werde ihn jedoch nicht hindern, die Gewerkschaften um Mitarbeit und Rat zu ersuchen, wenn sich dies als notwendig erweise. Der Oberpräsident verweist in seinen weiteren Ausführungen erneut auf die Notwendigkeit, überall dort, wo die Gewerkschaften sich der Oeffentlichkeit gegenüber vernehmlich machen, stets mit Nachdruck die gesetzliche Vertretung bei staatlichen Organen zu fordern. Energische Bildungs- und Schulungsarbeit in den Organisationen werde den nötigen Einfluß bei staatlichen Körperschaften garantieren, den die Gewerkschaften heute schon haben müßten. (Lebhafter Beifall.)

Für die Volksfürsorge überbrachte der eigens zu diesem Zwecke aus Hamburg gekommene Genosse Becker die besten Wünsche, gleichzeitig mit einer Anerkennung der bisher von den Gewerkschaften Schlesiens für die Volksfürsorge geleisteten Arbeit. Mit wenigen Zahlen bewies er die ganz außerordentliche Entwickelung dieses großen Versicherungsunternehmens und zeichnete in sicheren Perspektiven die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalansammlungen in den eigenen Unternehmungen der Arbeiterschaft.

Genosse Thiele bekräftigte in seinen Begrüßungsworten diese Darstellungen unter Hinweis auf die Konsumgenossenschaften, die auf vorgeschobenen Posten gegen die bürgerliche Wirtschaftsordnung stehen und deren Ueberwindung mit den Gewerkschaften anstreben. Es sprachen ferner Genosse Besma für die Burga, Wachsner für den Afabund, Fuhrmeister für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Praetel für den Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Peikert für den Provinzialverband schlesischer Krankenkassen, Pietsch für die Organisation der Freidenker, Häusler für den Bezirksausschuß der SPD. und Buchwald für die deutschen Gewerkschaften Ostoberschlesiens.

Hierauf begannen die Verhandlungen, und es erhielt sofort das Wort Genosse Schulze-Berlin, der über die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses sprach.

Er führt dazu folgendes aus: Die Bewegung der freien Gewerkschaften hat sich bis zur Stunde unbeirrbar und gradlinig ihren Weg gebahnt und infolge der dabei entwickelten Energie ihre Anerkennung gefunden. Eine Millionenarmee klassenbewußter Arbeiter ist geworden, die als bedeutender Faktor im Wirtschaftskampf zu bewerten und mit der zu rechnen das Unternehmertum in jeder Lage gezwungen ist. Den besten Anschauungsunterricht, inwieweit die deutschen Gewerkschaften das Interesse der Oeffentlichkeit gefunden und sich Beachtung erzwungen haben, bewies der letzte Gewerkschaftskongreß in Hamburg, allein durch die Tatsache des Vorhandenseins einer außerordentlich großen Anzahl von Pressevertretern bis weit in das bürgerliche Lager hinein. Die Taktik des Todschweigens, mit der die bürgerliche Presse in der Vorkriegszeit gegenüber unseren öffentlichen Tagungen operierte, sie ist heut erledigt. Hinzukommt die starke Beachtung, die die deutschen Gewerkschaften auf ihren Kongressen und ganz besonders auf dem letzten Kongreß durch Behörden und staatliche Instanzen gefunden hat. Diese Aufmerksamkeit staatlicher Instanzen gegenüber unserem Bundesparlament bringt im Lager der Gewerkschaften hier und da die irrige Auffassung zu Wege, daß die Gewerkschaften sich mit der Ideologie des Gesetzgebers abgefunden haben und ihr huldigen. Nichts ist falscher als dies. Soll der wirtschaftliche Kampf der deutschen Arbeiterklasse von Erfolg getragen sein, dann ist es unmöglich, daß die Bewegung sich isoliert, vielmehr ist notwendig, daß sie bei den Organen des Staates Einfluß zu gewinnen versucht, was wiederum nur möglich ist, wenn diese sich über die Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung eingehend informieren können. Auf diese Uebung zu verzichten, ist keiner großen und öffentlichen Organisation im heutigen Staatsgefüge mehr möglich.

Der Redner behandelt hierauf zunächst in längeren und ausführlichen Darlegungen die empörenden Skandalszenen, die von den Kommunisten in Hamburg auf dem Kongreß veranstaltet wurden und über die wir bereits im offiziellen Bericht des Gewerkschaftskongresses ausführlich geschrieben haben. Er betont dabei, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses die stürmische Zustimmung aller Kongreßteilnehmer fand, als er die Frage aufwarf, ob es gegenüber solchen Brutalitäten der Kommunistischen Partei und ihrer Hintermänner möglich sei, der kommunistischen Presse die Ehre an der Teilnahme dieser Tagung zu gestatten. Der Kongreß lehnte als Antwort auf diese Frage es ab, mit Elementen dieser Art auf dem Kongreß zusammenzuarbeiten.

Auf dem Gewerkschaftskongreß hatte der Bundesvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen. Daneben war der Kongreß, aber auch die Tribüne, auf der wir unsere wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen an den Gesetzgeber geltend machten. Um dieses Zieles willen nützen wir uns am besten, wenn wir auf öffentlichen Kongressen einem möglichst einheitlichen Willen Ausdruck geben.

Im Bundesausschuß werden ständig alle Probleme und Streitfragen erörtert und die Stellung unserer Bewegung ist dergestalt, daß der Bundesausschuß als auch der Gewerkschaftskongreß bei solchen Erörterungen keine Rücksicht auf die Oeffentlichkeit zu nehmen braucht. Leiparts Bericht war scharf und kantig in seiner Abrechnung mit den Unternehmern, den Verbänden sowie ihren Kartell- und Monopolbestrebungen. Und es trat nebenbei zutage

das rückhaltlose Bekenntnis zur Republik sowie die Forderung auf stetige aktive Mitwirkung der Arbeitervertreter in den Regierungen.

Der Hamburger Kongreß fand von den 75 eingegangenen Anträgen 42 vor, die allein zum Geschäftsbericht gestellt waren. Das hätte erfreuen können, wenn der Geist dieser Anträge getragen gewesen wäre von dem Willen zur Aufbauarbeit und zur ehrlichen Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bestrebungen des ADGB. Aber dieser ehrliche Wille hat bei einer großen Zahl von Anträgen gefehlt. Der Geist dieser Anträge war nicht eigene Erkenntnis, sondern von den Hintermännern der Opposition eingegeben, die in einer großangelegten Aktion die Zersplitterung des einigen Strebens versuchen wollte.

Wir alle kennen diese Bestrebungen der deutschen Kommunistischen Partei, die sie im Kampfe um politischen Einfluß in alle Arbeiterbewegungen, vor allem aber in die deutsche Gewerkschaftsbewegung, getragen hat, und wir kennen auch die Form dieses Kampfes, die uns täglich aus der kommunistischen Presse erneut den Beweis erbringt,

daß es den Vertretern dieser politischen Richtung nicht um die Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft, sondern um deren Zersplitterung zu tun ist.

Anfang Juli d. J. fiel dem Bundesvorstand des ADGB. ein Rundschreiben der deutschen Kommunistischen Partei in die Hände, darin die Ortsverwaltungen der KPD. angewiesen wurden, in den Gewerkschaften darauf zu drängen, möglichst viele Anträge zum Hamburger Kongreß einzureichen. Trotz dessen hat die doppelzüngige Propaganda der KPD. auf dem Kongreß ein vernichtendes Urteil erfahren und der Ausklang der Debatten zu diesen Fragen war für die Antragsteller, als auch ihre außerhalb des Kongresses befindlichen Hintermänner eine glatte Ablehnung ihrer demagogischen Methoden.

Aus dem Geschäftsbericht Leiparts haben sich nur wenige Streitfragen ergeben. So etwa

die Frage der Lohnpolitik und des Schlichtungswesens.

Beide Fragen sind Steckenpferde der Opposition, die von der Kenntnis über diese Dinge nur wenig belastet ist. Wohl war keiner der Diskussionsredner auf dem Kongreß mit der Praxis des Schlichtungswesens einverstanden, aber mit Ausnahme der Kommunisten ging kein Redner so weit, die völlige Beseitigung des Schlichtungswesens zu verlangen. Der Streit geht in der Hauptsache um das Recht der Schlichter, den Schiedsspruch im Zwangstarif den Arbeitern gegen ihren Willen aufzuzwingen. Auch den Bundesausschuß hat diese Frage beschäftigt. Aber so wenig wie er, war der Kongreß in der Lage, ohne weiteres eine Aenderung dieser Methode herbeizuführen. Selbst die großen Gewerkschaften haben anerkannt, daß wir das Schlichtungswesen nicht zur Aufhebung bringen können, weil wir mit seiner Art in vielen Fällen bei Lohnkämpfen zu erfolgreichen Abschlüssen zu gelangen in der Lage sind. Tatsächlich hätte ein Beschluß über die Aufhebung des Schlichtungswesens auf dem Kongreß nirgendwo anders ehrlichere Zustimmung gefunden als im Lager der Unternehmer. Der Kongreß hat indessen einen positiven Beschluß über die Aufhebung des Schlichtungswesens abgelehnt und den Bundesvorstand wie auch den Bundesausschuß beauftragt, nach Formen zu suchen, die für die Arbeiterschaft von größerem Vorteil sind. Ueber die Frage, ob die Verbindlichkeit das Streikrecht der Arbeiter aufhebe oder nicht, ist auf dem Kongreß sehr viel gesprochen worden. Dazu ist zu sagen, daß die Arbeiterschaft gegen die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches das Streikrecht besitzt. Trotzdem ist es aber nicht möglich, zu dieser Waffe zu greifen, da privatrechtliche Gründe dagegen sprechen, denn durch die Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs wird ein Vertragsgesetz geschaffen und derjenige, der dieses Vertragsgesetz nicht hält, ist im Sinne des bürgerlichen Rechts schadenersatzpflichtig. Damit verliert jeder Kampf gegen die Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs in der Richtung eines Streiks seinen Sinn. Noch schlimmer war der auf dem Kongreß erhobene Vorwurf, daß der ADGB. nichts tue, um die Arbeitskämpfe zu zentralisieren. Allein die Tatsache, daß die Unternehmer diese Maßnahme bei der organisierten Arbeiterschaft und ihren Organisationen begrüßen würden, beweist, daß ein solches Vorgehen bei Arbeitskämpfen ein großer Fehler wäre. Die Arbeitgeber wissen, daß bei Riesenkämpfen ihr wirtschaftliches Uebergewicht sie stets in Vorteil setzt und ihnen ermöglicht, die Arbeiterschaft niederzukämpfen oder während eines langen opferreichen Kampfes mürbe und den Forderungen der Unternehmer gefügig zu machen. Diese auf dem Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung auf Zentralisierung der Arbeitskräfte läßt sich aber schon deshalb nicht durchführen, weil der Bundesvorstand keine Möglichkeit hat, in die Lohnbewegungen der Verbände einzugreifen. Nach den Bundessatzungen ist den Verbänden die Selbstverwaltung in allen Fragen auch bei Arbeitskämpfen garantiert. Die Befürworter dieser kurzsichtigen Forderungen sind bis heut nicht darauf gekommen, die Aenderung der Bundessatzungen zu beantragen, was allein dem Bundesvorstand die Möglichkeit gäbe, bei kommenden Kämpfen in der gewünschten Richtung zu wirken. Zum Geschäftsbericht wurde eine Entschließung angenommen, die

die Gesetzlichkeit des Achtstundentages

und die vorbehaltlose Ratifizierung des Abkommens von Washington fordert. Für diese Entschließung stimmten auch die drei auf dem Kongreß anwesenden Kommunisten, obwohl durch die Presse der KPD. fortgesetzt eine wüste Hetze gegen die Gewerkschaften betrieben wird, weil sie ihre Bestrebungen zur Ratifizierung des Abkommens von Washington bei jeder Gelegenheit öffentlich betonen. Hier kam so recht zum Ausdruck, daß sich die Vernunft im Gegensatz zu den Parteiparolen der KPD. befand, als sich die drei Vertreter der Kommunistischen Partei für die Entschließung erklärten.

Am dritten Tage des Kongresses sprach Genosse Naphtali über

Wirtschaftsdemokratie.

Er betonte dabei eindringlich, daß wir in konsequenter Verfolgung der uns in dieser Frage gestellten Aufgaben dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft durchaus treu bleiben. Die Arbeiterbewegung steht auf dem Boden der politischen Demokratie. Gerade weil wir heut politisch nicht mehr ganz machtlos sind, kommen wir nicht damit aus, nur immer das Endziel herauszustellen, sondern es ergibt sich für uns die Verpflichtung, die Wege aufzuzeigen, die in Etappen zu diesem Ziel führen. Wenn vielen unserer Klassengenossen dabei der Aufstieg zu langsam geht, so darf nicht übersehen werden:

Dieser Aufstieg ist trotzdem da.

In dem letzten Jahrzehnt ist eine starke Wandlung von der kapitalistischen zur monopolistischen Wirtschaft zu verzeichnen. Diese Kapitalsorganisation kennt keine nationalen Grenzen, sondern wirkt international. Das ist geeignet, die autokratische Stellung des Unternehmertums außerordentlich zu festigen. Aber diese Tatsache ruft innerhalb der Arbeiterschaft die Erkenntnis wach, daß unmöglich die Entscheidungen über Wohl und Wehe der Arbeiterschaft den Unternehmern überlassen bleiben können. Kontrollorgane, die den Unternehmern das Alleinrecht in dieser Frage beschneiden, sind nötig, da die Kontrolle des Staates hierfür nicht ausreicht. Ansätze hierzu sind bereits in der Kohlen-, Kali- und Eisenwirtschaft vorhanden. Wie stark diese Maßnahmen sich gegen die Interessen der Unternehmer richten, geht daraus hervor, daß eben dieses Unternehmertum in entschiedener Weise gegen ihre Ausdehnung Sturm läuft. Ohne diese Entwicklung zu überschätzen, darf doch gesagt werden, daß mit solchen Maßnahmen dem Kapitalismus ein erheblicher Teil an Boden abgewonnen wird und in noch höherem Maße abgewonnen werden kann, wenn die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen gegenüber dem Gesetzgeber sich in dieser Frage durchzusetzen vermag.

Das allein aber ist nicht genug, um den Arbeitern die Kontrolle an der Wirtschaft zu ermöglichen. Es treten ihm zur Seite die Bestrebungen der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft. Die Genossenschaften, die das antikapitalistische Prinzip jeden am Gewinn zu beteiligen, bereits verwirklichen und den Bestrebungen des Kapitalismus zur schrankenlosen Ausbeutung des Arbeiters ein Paroli bieten. Wird das innerhalb der Arbeiterschaft aber anerkannt, dann muß auch die Erkenntnis wachsen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung keine Sysiphusarbeit leistet, sondern sich auf dem Wege zum Erfolg befindet, der mehr und mehr sich bemerkbar machen wird, je stärker die Geschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum Ausdruck kommt.

Das Verlangen nach Demokratisierung der Wirtschaft ist das Verlangen auf das Mitbestimmungsrecht auf allen Wirtschaftsgebieten.

Das ist der konsequente Weg, der zur endgültigen Umgestaltung unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaft in der Wirtschaftsdemokratie führen muß. Daß wir in unserem Tun und Handeln diesen Prozeß bereits fördern ist in viel stärkerem Maße der Fall, als es manchem unter uns bewußt geworden ist.

Einen wesentlichen Raum innerhalb der Beratungen des Gewerkschaftskongresses nahm die Frage der Bildungsaufgaben der Gewerkschaften in Anspruch, zu der Genosse Häsler in ausgezeichneter Weise Stellung nahm. Bereits die Genossen Erdmann und Leipart stellten in Form einer Broschüre über die Arbeiterbildung vor einiger Zeit heraus, daß dieser Frage von der Volksschule an durch die Gewerkschaften größte Beachtung geschenkt werden muß. Daher wurde dem öffentlichen Schulwesen auf dem Kongreß in den Ausführungen des Genossen Häsler eine erhöhte Bedeutung beigemessen und die Forderung aufgestellt, daß als Vorbereitung des Lebens der erwerbstätigen Jugend in den Volksschulen der praktische Arbeitsunterricht Aufnahme finden müsse, um dem Schüler eine Grundlage für seine spätere Berufsbildung zu geben. Die Leitsätze für das Berufsschulwesen enthalten eindrucksvolle Forderungen, um die Aufstiegsmöglichkeiten der Begabten zu fördern. Das gewerkschaftliche Bildungswesen wurde sehr eingehend behandelt, und die Quintessenz der Gesamtdarstellungen zu dieser Frage war, daß die Gewerkschaften nicht länger abseits stehen dürfen. Auch der Reichsinnenminister Severing hat zur Bildungsfrage in den Gewerkschaften das Wort genommen, und er bekundete in aller Oeffentlichkeit, daß die Gewerkschaften aktiv in das öffentliche Bildungswesen eingreifen müssen. Ja er ging noch weiter und forderte, daß auch die Hochschulen in diesen Kreis der Beeinflussung mit einbezogen werden müssen. Um die Mittel zu gewinnen, das Bildungsmonopol der Besitzenden zu durchbrechen, kündigte der Reichsinnenminister den Abbau der Technischen Nothilfe an. Allein für diese Tat wird die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands Severing dankbar sein.

Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung war eine bedeutsame Frage und eine öffentliche Anklage zugleich. Der Gesetzgeber muß hier einsehen, daß er sich nicht länger an historische Grundlagen klammern darf, sondern daß neue Formen gefunden werden müssen, die in erster Linie einen bestimmten Einfluß der Versicherten garantieren. Die Gewerbeaufsicht muß einheitlich zusammengesetzt sein.

In allen diesen und einer großen Zahl anderen Fragen brachte es der Hamburger Gewerkschaftskongreß zu einer seltenen Einmütigkeit der Auffassung, die ihre Wirkung nicht verfehlen und den Organisationen in allen Kämpfen die Kraft geben wird, sich erfolgreich durchzusetzen. Dieser Massenwille wird umso erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, diese Geschlossenheit des Kongresses auf die gesamte Bewegung im Lande zu übertragen und alle Streitigkeiten zu verbannen, die mit dem Wesen der Gewerkschaften und ernster gewerkschaftlicher Arbeit nichts zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache

Kohl-Breslau: In dem Referat Haeslers ist darauf hingewiesen, daß wir über unsere innergewerkschaftliche Bildungsarbeit hinaus das Problem der gesamten Arbeiterbildung im Auge fassen müssen, um aus unserer Mitte heraus die Kräfte zu entwickeln, die wir im Befreiungskampf der Arbeiterklasse brauchen und um die uns zufallenden Positionen in Staat und Verwaltung wie auch in der Wirtschaft mit geeigneten Kräften aus unseren Reihen einnehmen zu können. Neben der Allgemeinbildung werden wir uns gewiß auch der Ausbildung auf Spezialgebieten widmen müssen und es ist keine Frage, daß hiervon eine ganze Reihe der Partei und den Parteiorganisationen zufällt. Dieses gesamte Bildungsproblem müßte innige Gemeinschaftsarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften sein. Statt dessen arbeiten heut beide Teile getrennt. Außerdem aber müßte auch der zu behandelnde Stoff und die Lehrer dazu zweckentsprechend ausgewählt werden. Es ist einfach untragbar, daß Leute über Marxismus und Sozialismus theoretisieren, denen man selbst erst praktischen Sozialismus beibringen und ihnen sagen muß, daß ihre Frauen gleichfalls im Konsum kaufen müssen. Die politische Bildungs- und Erziehungsarbeit an unserer Jugend dient nicht der Verbundenheit zwischen Partei und Gewerkschaften.

Krause-Freiburg polemisiert gegen die Ausführungen über die Wirtschaftsdemokratie auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß. Die Kommunisten wollen auch die Arbeiterrechte in den Betrieben weitertreiben. Er vermißt in den Ausführungen über die Wirtschaftsdemokratie die Stellungnahme des ADGB. zum Krieg. Auch die KPD. sei gegen den Krieg, in Deutschland rüste man aber dafür. (Zuruf: In Rußland?) Der Redner betont, er lasse sich seine Meinung nicht in jedem Falle von Moskau vorschreiben.

Gärtner-Görlitz stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß die Richtlinien über die Bildungsfragen und der Wirtschaftsdemokratie einmütig gut geheißen wurden. Er wendet sich gegen die Zentralisierung der Prozeßvertretungen. Dadurch könnten viele arbeitsrechtliche Vertretungen überhaupt nicht wahrgenommen werden. Er wendet sich mit Schärfe gegen die Uebertragung der Vertretungen vor den Arbeitsgerichten durch Rechtsanwälte und für Ausbau der Arbeitersekretariate.

Klassen-Waldenburg weist auf die skandalösen Zustände im Waldenburger Bergrevier in der Sozialpolitik hin und polemisiert gegen die mangelnde Hilfe durch den ADGB.

Zelter-Hindenburg spricht von der Notwendigkeit gründlicher Bildungsarbeit im Sinne des Hamburger Kongresses. Die Jungen zum Verständnis und zur Würdigung verweist er auf den dornenvollen Weg, den die Gewerkschafter früher im Interesse ihrer Organisation wirtschaftlich gehen mußten. Es ist nötig, zwischen jung und alt innerhalb der Organisation Brücken zu schlagen.

Sporn-Breslau lehnt das heutige System des Schlichtungswesens ab. Die Gewerkschaften sollten die Schlichtungsordnung kündigen.

Die Konferenz wird hierauf auf Sonntag vormittag vertagt. Am Abend vereinigte eine gesellige Veranstaltung des Bezirksausschusses die Delegierten mit ihren Angehörigen.

(Schluß folgt.)

Die Metallarbeiter von Nordwest kündigen den Lohntarif

Die Kündigung des Lohntarifs für die nordwestliche Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, ist von den Metallarbeiterverbänden prinzipiell beschlossen. Wie verlautet, werden die Gewerkschaften voraussichtlich eine Stundenlohnerhöhung von 7 bis 10 Pfennigen für die verschiedenen Arbeitergruppen fordern. Ueber die endgültige Formulierung der Lohnforderungen wird in einer am Montag stattfindenden gemeinsamen Konferenz der an dem Tarifvertrag für die Metallindustrie beteiligten Gewerkschaften Beschluß gefaßt werden. Zurzeit steht noch nicht fest, ob eine allgemeine prozentuale Lohnerhöhung oder ob festgelegte Sätze gefordert werden.

Internationaler Landarbeiterkongreß

Prag, 23. September. (Eigener Funkbericht.) Am Sonntag wurde im Gewerkschaftshause in Prag der 5. Internationale Landarbeiter-Kongreß eröffnet. Anwesend sind aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Niederlande, Oesterreich, Polen, Schweden, Schottland und der Tschecho-Slowakei insgesamt 41 Delegierte, davon 18 aus Deutschland. Ferner sind erschienen: v. Bülow als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Vertreter der Landeszentralen der tschechischen und der deutschen Gewerkschaften, der tschechischen und deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Deutschen Kleinbauern-Verbandes. Der Vorsitzende Dunkhan erklärte in seiner kurzen Eröffnungs- und Begrüßungsansprache, daß der Prager Kongreß die bisher größte Veranstaltung der Landarbeiter-Internationale sei. Von den Gästen sprach unter anderem v. Bülow, der versicherte, daß der Wille des Internationalen Arbeitsamtes im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation die Fragen der Landarbeiter zur Behandlung zu bringen, nach wie vor stark sei. Nachdem dann noch Begrüßungsschreiben des französischen, ungarischen und schweizerischen Verbandes, sowie des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis gebracht worden waren, trat der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Zum Geschäftsbericht referierte ergänzend Drunsel (Deutschland). Die Internationale Landarbeiterorganisation umfaßt zurzeit 342 000 Mitglieder. Die Verbindung mit den angeschlossenen Verbänden nimmt immer festere Formen an. Von einigen der angeschlossenen Verbände sind in der letzten Zeit schwere Kämpfe um Verbesserungen in der Sozialversicherung und zur Abwehr von Verschlechterungen geführt worden. In Oesterreich ist erreicht worden, daß mit dem 1. Januar 1929 die gesamte Forst- und Landarbeiterschaft von der Unfallversicherung erfaßt wird. Zugleich wird dort die Altersfürsorge eingeführt werden. In Deutschland hat der Deutsche Landarbeiter-Verband erreicht, daß die Land- und Forstarbeiter, mit kleinen Ausnahmen, von der Arbeitslosenversicherung erfaßt werden. Bei den Kommunisten ist ganz allgemein überall zu beobachten, daß sie eigene Gedanken über Landarbeiterfragen nicht aufbringen können. Alle ihre Erklärungen und Veröffentlichungen beruhen auf Materialien und Unterlagen der Landarbeiter-Internationale, die so gut wie alle bestehenden Landarbeiter-Verbände erfaßt hat. Es stehen lediglich die Organisationen aus Rußland und Norwegen sowie die kommunistischen Splitter in der Tschecho-Slowakei und in Frankreich abseits. Ausbreitungsmöglichkeiten bestehen zurzeit lediglich noch in Spanien und in Lettland.

In der anschließenden Debatte sprach als erster Reichstagsabgeordneter Georg Schmidt (Deutschland), der darauf hinwies, daß die Landarbeiterorganisationen in Rußland und Italien zwar viel schreiben und viel reden, daß man aber von ihnen nichts über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Ländern erfahren kann. Die Beteiligung an dem Landwirtschaftsinstitut in Rom stellt lediglich eine taktische, keineswegs aber eine prinzipielle Umstellung dar. Die Landarbeiter-Internationale vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß soziale Fragen der Landwirtschaft zum Zuständigkeitsbereich des Internationalen Arbeitsamtes gehören, das die Bedeutung der Landarbeiterfragen gut erkannt hat und mit dem die Internationale in erfreulicher Weise zusammenarbeitet.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiter-Verbandes

die zurzeit in Köln tagt, wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Husemann, mit einem groß angelegten Referat über „Wirtschaftskonjunktur und Verbandsarbeit" eröffnet. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Husemanns zu dem aktuellen Problem des Steinkohlenbergbaues. Wir haben uns, erklärte Husemann, unter allen Umständen gegen den Kampfabsatz ausgesprochen, während der christliche Gewerkverein eine andere Auffassung vertreten hat und noch vertritt. Uns kommt es vor allen Dingen darauf an, durch Wegfall der Verluste in den bestrittenen Gebieten zu erreichen, daß der heimische Bergbau finanziell gesundet, damit die Voraussetzungen für weitere Lohnerhöhungen, steigende Kaufkraft der Arbeiterschaft dienen zur Belebung der ganzen Industrie und bringen damit automatisch eine Steigerung des Kohlenabsatzes im Inland. Bei den Debatten um Aufrechterhaltung des Kampfabsatzes ist auch die Frage der Kohlenzölle und des Kohleneinfuhrverbots angeschnitten. Beide Male waren es die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die diese Forderungen erhoben haben. Wir haben uns dem nicht anschließen können. Würde der Reichskohlenkommissar dem Antrage des christlichen Gewerkvereins stattgeben und die Einfuhr englischer Kohlensendungen nicht mehr genehmigen, so würde England mit Gegenmaßnahmen antworten. Das gleiche würde bei Einführung eines Kohlenzolls eintreten. Unsere Fertigwarenausfuhr nach England, die im letzten Monat rund ½ Million Reichsmark betrug, würde dies zu spüren bekommen und den Kohlenverbrauch einschränken. Der Vorschlag der Christen führt in eine Sackgasse. Wir brauchen ein direktes Kontrollrecht der Arbeitnehmer durch Erweiterung des Arbeitnehmerrechts in den Kohlenwirtschaftskörpern. Die Versuche der Unternehmer, Lohnerhöhungen mit Abmachungen in Verbindung zu bringen, die auf eine ausgleichende Kohlenpreiserhöhung hinauslaufen sollen, lehnen wir ab. Nie und nimmer können die Arbeitnehmer im Reichskohlenrat in dieser Frage Zugeständnisse machen.

Der Vorsitzende der Reichsknappschaft, Victor, gab einen kurzen Ueberblick über den Stand der knappschaftlichen Invalidenversicherung, wobei er es als Aufgabe des Verbandes bezeichnete, die Reichsregierung zu veranlassen, die [illegible] Entschädigung für die Sonderlast zu gewähren, die der Knappschaft infolge des Krieges entstanden sei.

Das Schmalenbach-Gutachten über den Braunkohlen- und Steinkohlenbergbau unterzog Dr. Berger-Bochum einer eingehenden kritischen Betrachtung, die im Hinblick auf die Streitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenrevier von besonderem Interesse ist. Wenn man weiß — führte Berger aus —, daß die von der Schmalenbach-Kommission für die Braunkohle in Mitteldeutschland festgestellten Unwirtschaftlichkeiten sich auf Beträge belaufen, die in der Größenordnung von 30 bis 100 Millionen Mark liegen, so ist es Pflicht der Arbeitnehmervertreter im Kohlenwirtschaftskörper, die festgestellten Ersparnisse auch wirklich in Erscheinung treten zu lassen. Die Interessengemeinschaft zwischen Handel und Erzeugung in den beiden mitteldeutschen Syndikaten verpflichtet das Reichswirtschaftsministerium [illegible]

Die mitteldeutschen Bergarbeiter zum Erfurter Schiedsspruch

[illegible]

Widerstände sei es den Gewerkschaftsvertretern gelungen, eine nicht unwesentliche Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Aus diesem Grunde gebe die Konferenz der Neuregelung der Arbeitszeit ihre Zustimmung. Im Manteltarifvertrag seien die Wünsche der Belegschaften nicht erfüllt. Es sei aber gelungen, alle Verschlechterungsabsichten der Arbeitgeber zurückzuweisen und für die Arbeiter kleine Verbesserungen zu erreichen. Daher nehme die Konferenz diesen Schiedsspruch an. Den Lohnschiedsspruch lehne die Konferenz als völlig ungenügend ab.

Die Arbeitgeber werden zu den Erfurter Schiedssprüchen erst am kommenden Dienstag Stellung nehmen.

Generalstreik der Dockarbeiter von Bordeaux

Die Dockarbeiter von Bordeaux haben für heute den Generalstreik verkündet, da ihre Forderung auf Lohnerhöhung von 5 bis 6 Franken pro Schicht abgelehnt wurde. Man befürchtet eine vollkommene Stillegung des Hafenverkehrs, da jetzt sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte, die als Nothilfe hätten dienen können, in der Weinernte beschäftigt sind.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich

hat von Halluin auf die nächsten Industriestädte übergegriffen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt etwa 15 000. Die Polizei ist überall sehr wesentlich verstärkt worden. Doch sind bisher Zwischenfälle nicht zu verzeichnen.

Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB.

In der am Freitag abgehaltenen Vollsitzung des Ortsausschusses Breslau gab zunächst Kollege Ruffert in ausführlicher Weise „Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg" unter eingehender Würdigung der dort gehaltenen Referate. Kollege Ziegler gab in der anschließenden Diskussion zunächst eine kritische Betrachtung der Form des Kongresses und verbreitete sich noch über die Reform des Schlichtungswesens und forderte die Abschaffung der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung. Im übrigen habe der Kongreß vorzügliche Arbeit geleistet und wertvolles Material geliefert. Kollege Blank weist gegenüber dem Vorredner darauf hin, daß sich heut die Funktionen der Gewerkschaften bedeutend erweitert haben und dadurch auch über die Agitation hinausgehende Aufgaben den Gewerkschaften zugewiesen sind und naturgemäß auch ein Gewerkschaftskongreß heute ein anderes Bild zeigen muß. Die Kollegen Blasset und Kuntke wünschen stärkere Unterstützung der Jugenddelegation von seiten des Bezirksausschusses, und Kollege Hexelschneider wünscht allgemein eine größere Beachtung gegenüber den Jugendlichen.

In seinem Schlußwort kann Kollege Ruffert noch kurz auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen eingehen. Mit einem geschäftlichen Teil, der die Beantwortung einiger Fragen brachte, fand die gut verlaufene Sitzung ihr Ende.

Baugewerksbund Breslau

Für alle Baudelegierten findet Dienstag, den 25. September, eine Sitzung im Gewerkschaftshaus statt. Delegiertenkarte als Ausweis. (Siehe Vereinskalender).

Internationale Krankenkassentagung

Die 2. Generalversammlung der internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine in Wien

(Schluß.)

Das folgende eindringliche Referat über
die Durchführung internationaler Uebereinkommen in der Krankenversicherung,
das anstelle des erkrankten Engländers Canters Herr Harris hielt, führte zur Forderung: die Ratifizierung des Genfer Abkommens. Folgende Entschließung wird angenommen:

„Die zweite Generalversammlung der Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine beschließt:

1. Da die Internationale Arbeitskonferenz anläßlich ihrer zehnten, im Jahre 1927 in Genf abgehaltenen Tagung nach eingehender Prüfung der in den verschiedenen Staaten gemachten Erfahrungen in zwei Entwürfen von internationalen Uebereinkommen und in einem Vorschlag Grundsätze für die Lösung der wesentlichen Fragen der Krankenversicherung festgelegt hat;

2. da beide Entwürfe von Uebereinkommen den ratifizierenden Staaten nur geringe Verpflichtungen auferlegen, die von allen Mitgliedstaaten angenommen werden können und sollen;

3. da der Vorschlag die Entwicklungstendenzen der Krankenversicherung zum Ausdruck bringt und seine Annahme für die Mehrheit der Staaten einen Fortschritt darstellen würde;

bestätigt die Generalversammlung die in den Entwürfen von Uebereinkommen und im Vorschlag festgelegten Grundsätze und zwar Wert und unbestreitbare Erfolge des Grundsatzes der Versicherungspflicht; Einbeziehung aller Arbeitnehmer in den Kreis der Versicherten; Ausbau der Leistungen und ihre Anpassung an persönliche Bedürfnisse, die überragende Bedeutung der Sachleistungen, die auch den Angehörigen der Versicherten zugute kommen sollen; Beitragspflicht des Versicherten und seines Arbeitgebers sowie Zweckmäßigkeit von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln; Selbstverwaltung der Versicherungsträger unter wesentlicher Beteiligung der Versicherten; Wert der räumlichen Zusammenfassung der Versicherten, namentlich im Hinblick auf die zweckmäßigste Organisation der Krankenpflege und Schaffung möglichst vollständiger sanitärer Einrichtungen in jedem Bezirk, besondere Spruchstellen zur Entscheidung von Leistungsstreitigkeiten;

aus diesen Gründen fordert die Generalversammlung alle angeschlossenen Verbände auf

a) Regierung und gesetzgebende Körperschaften zu ersuchen, beide Uebereinkommen zu ratifizieren und den Vorschlag gutzuheißen;

b) mit allen verfügbaren Mitteln die Durchführung der in beiden Entwürfen von Uebereinkommen und im Vorschlag enthaltenen Grundsätze zu fordern."

Das letzte Referat:
„Bericht über die Regelung der Krankenversicherung in den Grenzgebieten"
des Franzosen Georges Petit fordert Richtlinien, um ein Einheitsrecht für die Bewohner der Grenzländer zu schaffen.

In der Debatte sprach Graf-Deutschland u. a. folgendes: Die Frage der Grenzgänger ist eine sehr umstrittene. Sie kann solange nicht gelöst werden, solange die Gesetze nicht international sind. Die Grenzgänger müssen zu mindestens die Leistungen erhalten, die sie aus der Kasse des Heimatortes erhalten würden, vor allem muß Arzt und Medikamente den Grenzgängern gesichert werden. Die Wartezeiten, die in Deutschland eine große Rolle spielen, müssen bei Grenzgängern angerechnet werden und ebenso die Mitgliedszeiten. Die Richtlinien, die der Referent vorlegt, werden hoffentlich dazu dienen, ein Einheitsrecht für die Bewohner der Grenzländer zu schaffen.

Der Kongreß erledigt seinen letzten Punkt „Wahl des Ausschusses".

Für das kommende Jahr ist Präsident Elderich-Wien als erster Präsident gewählt. Als erster Vizepräsident wurde Petit-Frankreich und als zweiter Vizepräsident Lehmann-Deutschland gewählt.

Das Schlußwort hält Lehmann:

Das gute Gelingen der Tagung hat den Ausschuß veranlaßt, der Generalversammlung zu empfehlen, die 3. internationale Tagung der Internationalen Zentralstelle pp. nach Warschau für das Jahr 1929 einzuberufen.

Wir haben in Wien in den 3 Tagen wichtige Arbeit geleistet. Es war ein Wagnis, diese Tagung zu veranstalten. Der Ausgang derselben zeigt aber, daß diese gelungen ist.

Wir haben gemacht die Forderung nach Ausbau der Krankenversicherung in allen Ländern erhoben. Die Familienversicherung soll als Grundlage der Staaten gelten, die eine Krankenversicherung schaffen. [illegible]

So ist die Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine diejenige Einrichtung, die allen Völkern den Frieden geben wird. Wir haben das Gefühl und die Ueberzeugung, auf diesem Kongreß gute Arbeit geleistet zu haben.

Der Kongreß ist geschlossen.

Alfred Peikert, Breslau.

Preußische Erntevorschätzungen für Getreide und Hülsenfrüchte

Günstige Beurteilung des voraussichtlichen Hektarertrages. Voraussichtliche höhere Gesamtmengen

Die voraussichtlichen Erträge der Hauptgetreidearten werden im Vergleich mit den endgültigen Ernteermittlungen der letztvergangenen fünf Jahre von den landwirtschaftlichen Vertrauensmännern des Preußischen Statistischen Landesamtes günstig beurteilt. Der voraussichtliche Hektarertrag an Winterweizen erreicht den 1925 bei der Novemberschätzung ermittelten allerdings nicht ganz. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz entnimmt, sind infolge des im allgemeinen nicht schlechten Erntewetters die Septemberschätzungen besser als die zu Anfang August. Sie ergeben im Staatsdurchschnitt je Hektar für Winterweizen Anfang September 21,5 Doppelzentner (Anfang August d. J. 20,2 Doppelzentner, 1927 endgültiger Hektarertrag 19,4 Doppelzentner), Winterroggen 18,5 Dz. (16,5 Dz. bzw. 14,4 Dz.), Sommergerste 20,8 Dz. (19,1 bzw. 18,6 Dz.) und für Hafer 20,0 Dz. (18,2 bzw. 18,8 Dz.).

Die im Staatsdurchschnitt erwarteten Erträge je Hektar sind auch bei den Hülsenfrüchten — abgesehen von Luzerne — etwas höher als die bei den endgültigen Ermittelungen in den Jahren 1923 bis 1927 festgestellten Erträge. Sie werden voraussichtlich betragen: für Erbsen 15,9 Dz. (1927: 13,9 Dz.), Speisebohnen 15,9 Dz. (13,9 Dz.), Ackerbohnen 18,2 Dz. (16,4 Dz.), Wruken 14,7 Dz. (13,2 Dz.), Gemenge aus Hülsenfrüchten 15,1 Dz. (13,7 Dz.), Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide 17,0 Dz. (15,4 Dz.) und Lupinen 11,3 Dz. (11,7 Dz.). Trotzdem wird die diesjährige Hülsenfruchternte voraussichtlich nicht ganz dem Begriff einer guten Mittelernte entsprechen. Nach der Vorschätzung zu Anfang September d. J. ergeben sich im Vergleich mit der Novemberschätzung v. J. folgende Gesamtmengen in 1000 Tonnen: Winterweizen: 1928: 1907,8, 1927: 1800,9, also mehr: 106,9; Winterroggen: 6390,9 bzw. 5080,5, mehr: 1304,4; Sommergerste: 1375,7 bzw. 1210,6, mehr: 165,1; Hafer: 4691,1 bzw. 4388,7, mehr: 302,4; Erbsen: 102,3 bzw. 95,6, mehr: 6,7; Speisebohnen: 9,4 bzw. 7,2, mehr: 2,2; Ackerbohnen: 99,8 bzw. 88,6, mehr: 11,2.

Eine eigenartige Lösung des Kartellproblems

hat Professor Dr. Vershofen auf der Kölner Generalversammlung der deutschen Zementindustrie vorgeschlagen. Die Doppelfunktion der Kartelle, so führte Vershofen aus, die Marktbeobachtung und die Rhythmisierung der Preisbildung (bei den Zementverbänden heißt Preisrhythmisierung ganz entschieden Preisübersetzung — Red.) sei durchaus begrüßenswert. Als schädlich müsse dagegen die Machtstellung bestimmter Kartelle am Markt beseitigt werden. Von einem staatlichen Eingriff hält jedoch Professor Vershofen sehr wenig. Deshalb empfiehlt er Ausbau der privaten Gerichtsbarkeit, eine aus bestimmten Beteiligten paritätisch zusammengesetzte Verhandlungskommission unter neutralem Vorsitz.

* * *

Somit nach Vershofen das ganze Problem gelöst ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ernste Wissenschaftler auf Tagungen, die ebenfalls ernst genommen werden wollen, mit solchen unnützen Projekten aufwarten.

Der Zusammenbruch des Walz- und Hüttenwerkes C. G. Tietzen

Das Werk soll nun stillgelegt werden

Ueber den Millionenzusammenbruch bei dem Walz- und Hüttenwerk C. G. Tietzens Eidam in Bautzen wird uns u. a. folgendes geschrieben: „Es stellt sich heraus, daß die Leitung der Firma schon seit längerer Zeit Bilanzverschleierungen vorgenommen hat; nur so war es ihr möglich, Großbanken und Metallgroßhändler zu täuschen und sich erhebliche Kredite zu verschaffen. Es wurde z. B. stets unterlassen, bei den Aufstellungen für die Banken und die anderen Geldgeber die Metallwaren-, die sogenannten Rembourskredite anzugeben, die bei der Firma immer sehr beträchtlich waren. Eine genaue Aufklärung der verschiedenen Manipulationen wird wohl unmöglich sein, da sich der Inhaber der Firma, ein Herr Reinhardt, das Leben genommen hat."

Die geschädigten Gläubiger des Unternehmens sind in den letzten Tagen zu einer Besprechung zusammengetreten, die aber zu keiner befriedigenden Lösung geführt hat. Das Werk, das über 120 Jahre besteht, soll nun stillgelegt werden. Zu diesem Zweck ist das Ausgleichsverfahren bereits angemeldet worden. Da von der Stillegung rund 500 Arbeiter betroffen werden, sollte der Versuch gemacht werden, dies zu verhindern, zumal die Firma über sehr rentable Objekte verfügt.

Riesentheaterbrand in Madrid

Mehrere 100 Tote

Im ältesten Possentheater Madrids, dem Teatro Novedades, brach am Sonntag abend kurz vor Schluß der Nachmittagsvorstellung durch Kurzschluß Feuer aus, das sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Unter den etwa 500 Zuschauern brach eine Panik aus. Bisher sind drei Tote und 200 Verletzte, darunter 60 Schwerverletzte, festgestellt. Die genaue Zahl der Todesopfer ist noch nicht bekannt.

* * *

Ueber den Riesen-Theaterbrand in Madrid werden nunmehr folgende Einzelheiten bekannt: Das „Teatro Nowedades" liegt in dem am stärksten bevölkerten Teile der Stadt und war ein altes Holzgebäude, das ringsum von Wohnhäusern umgeben ist. Gegen Ende der letzten Pause sprang plötzlich eine große Flamme von der Bühne in den Zuschauerraum über. Die Flammen verbreiteten sich mit ungeheurer Schnelligkeit. In wenigen Augenblicken brannten die alten hölzernen Einrichtungsgegenstände. Die Zuschauer, die den Theaterraum bis auf den letzten Platz füllten, stürmten die alten unzureichenden Ausgänge, wobei zahlreiche Personen zu Boden gerissen wurden. Das Orchester machte einen Versuch, durch Musik die Ruhe wieder herzustellen, aber vergebens. Außer der Feuerwehr beteiligten sich alle verfügbaren Polizeimannschaften und ein Regiment Infanterie an den Rettungsarbeiten. Die Feuerwehr versuchte den Brand auf seinen Herd zu beschränken, war aber machtlos. Rings um das Theater brannte ein ganzer Häuserblock nieder. In den Rettungsstationen befinden sich zurzeit 200 Verletzte, von denen 80 Personen sehr schwer verwundet sind. **Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt, man rechnet jedoch mit mehreren hundert Todesopfern. Alle Inhaber der Plätze in den oberen Rängen sind ums Leben gekommen. Nach einer Pariser Meldung aus Madrid schätzt man die Zahl der Toten auf etwa 500.**

Primo de Rivera und der Bürgermeister von Madrid besuchten um Mitternacht die Brandstelle.

Auf der Flucht erschossen

Im Nordseebad Norderney spielte sich am Freitag ein aufregender Vorfall ab. Die Polizei fahndete nach einem Manne, der verschiedene Hochstapeleien begangen hatte und in dem sie den flüchtigen Raubmörder Hopp vermutete. Der Regierungsassessor Grabe stellte den Verbrecher, der dem Beamten zwei Kugeln in den Bauch schoß und dann flüchtete. Grabe verfolgte trotz seiner schweren Verwundung den Verbrecher noch etwa hundert Meter weit und gab drei Schüsse auf den Flüchtenden ab. Ein Schuß drang dem Manne in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle. Der Getötete hatte keine Ausweispapiere bei sich. Der Regierungsassessor ist ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Das Familiendrama in Oesterreich

Zu der Familientragödie im Hause des Regierungsrats a. D. Dr. Artmann wird bekannt, daß der 16jährige Sohn gestanden hat, seinen Vater erstochen zu haben. Er gibt an, durch zwei Schüsse geweckt worden zu sein, die seine Mutter auf den Vater abgefeuert habe. Der Vater habe mit einem Jagdmesser auf die Mutter eindringen wollen, worauf er dem bereits verwundeten Vater das Messer entwunden habe. Als der Vater ihn würgte, habe er in seiner Erregung die tödlichen Stiche gegen den Vater geführt. Die Mutter habe inzwischen Selbstmord verübt. Es besteht der Verdacht, daß Frau Artmann den Mord geplant und daß der Sohn davon gewußt hat. Der junge Artmann ist dem Landgericht eingeliefert worden.

17 Personen vergiftet

In Osnabrück und im nahe gelegenen Hasbergen sind insgesamt 17 Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. In Hasbergen ist bereits ein Mann gestorben, bei den anderen Erkrankten besteht keine Lebensgefahr.

Der Tod auf der Rennbahn

Bei dem Motorradrennen im Stadion zu Hamborn ereignete sich während des Hauptrennens ein tödlicher Unglücksfall. Die Maschine des bekannten Fahrers Vise kam infolge des schlüpfrigen Bodens ins Schleudern und fuhr gegen die Eisenbarriere. Dabei wurde Vise aus der Bahn geschleudert. Dem nachfolgenden Kölner Goessus gelang es noch, vorbeizukommen, dagegen überfuhr Budler-Hamborn Vise und erlitt selbst schwere Arm- und Kopfverletzungen. Vise selbst war auf der Stelle tot. Ein Verschulden Dritter liegt offenbar nicht vor.

Der Bär ist da

Im Madrider Zoologischen Garten wurde ein mit der Reinigung eines Eisbärenkäfigs beschäftigter Angestellter von dem Eisbären überfallen und durch Bisse und Tatzenschläge schwer verletzt. Auf die Schmerzensschreie des Opfers eilten andere Angestellte herbei, denen es gelang, den Eisbären zurückzutreiben und ihren bewußtlosen Kollegen fortzutragen. Da sie aber in ihrer Eile vergessen hatten, die Tür des Käfigs zu schließen, entkam der Bär in den Garten, wo er unter den Besuchern Schrecken verbreitete. Schließlich eilten sämtliche Wärter herbei und erlegten den Bären mit Revolverschüssen. An dem Kadaver wurden etwa 30 tödliche Wunden gezählt. Der verletzte Angestellte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Es handelt sich übrigens hier um denselben Bären, der bereits im vergangenen Jahre in seinem Käfig einen Angestellten getötet hatte.

Sechs Streckenarbeiter getötet

Auf der Eisenbahnstrecke Wolkowick—Slonim in Polen wurde eine Gruppe Streckenarbeiter im Dämmerungsnebel von zwei Eisenbahnzügen überrascht, die fast gleichzeitig von verschiedenen Seiten heranbrausten. Nur ein Teil der Arbeiter konnte sich im letzten Augenblick retten. Sechs wurden von dem nach Warschau fahrenden Eilzug erfaßt und auf der Stelle getötet.

Die geneppten Adligen

In Berlin hat ein gerissener Schwindler verschiedene adlige Familien auf raffinierte Weise bestohlen. Ein junger, etwa fünfundzwanzigjähriger Mann suchte die Familien auf und bestellte Grüße von etlichen Vettern und Basen vom Lande. Der Fremde spielte den Biedermann und Kenner adliger Verhältnisse so gut und verstand so ausgezeichnet zu plaudern, daß er jedes Mißtrauen unterdrückte. Mitten in seiner Unterhaltung bekam er stets Zahnschmerzen; er ersuchte die Hausbewohner ihm ein Glas Wasser oder ein Medikament zu bringen. Allein im Zimmer gelassen, steckte er alles für ihn Erreichbare in seine Taschen. Erst wenn der Besucher mit zahlreichen aufgetragenen Grüßen an die Vettern und Basen auf dem Lande die Wohnung verlassen hatte, bemerkten die Wohnungsinhaber, daß sie bestohlen worden waren. Der Täter konnte noch nicht gefaßt werden.

Ein neuer Raketenwagen

Nach dem zweimaligen mißglückten Ausgang der Aufsehen erregenden Versuche der Firma Opel mit dem Valier-Raketenwagen hat man von der zukünftigen Eroberung des Weltraums durch die Rakete nichts mehr gehört; überdies haben sich die Raketenwagenerfinder von Opel getrennt. Jetzt sollen neue Versuche mit einem Raketenwagen von dritter Seite unternommen werden. Falls die letzten Vorbereitungen dieses neuen Interessenten erfolgreich verlaufen, dürfte die Oeffentlichkeit bereits in allernächster Zeit die erste Vorführung des neuen Raketenwagens erleben. Für den Start ist eine Stadt im Rheinland vorgesehen. Der neue Erfinder will mit seiner Vorführung nicht nur die zu erzielende Geschwindigkeit, sondern auch die absolute Betriebssicherheit seines Raketenwagens zeigen.

Tolstoi auf der Briefmarke

Anläßlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Leo Tolstoi hat das russische Volkskommissariat für Post- und Telegraphenwesen Tolstoi-Briefmarken herausgegeben. Die 10-Kopeken-Marke (rechts) für Inlandspost zeigt das Altersporträt des Dichters, die 28-Kopeken-Marke für Auslandskorrespondenz den greisen Philosophen hinter dem Pfluge.

Die verschwundene Diamantsendung

In London ist eine Diimantsendung aus Amsterdam im Werte von vier Millionen englischen Pfund verlorengegangen und konnte bisher nicht wiedergefunden werden. Die Sendung war als eingeschriebenes Paket abgesandt und in London richtig dem Briefträger übergeben worden.

100 Schiffe gekentert

Die Jenisseibucht an der Mündung des Jenissei (Sibirien) ist von einem schweren Sturme heimgesucht worden, der zwei Dampfer, vier Leichter und über hundert Fischerboote zum Kentern brachte. Die Zahl der Todesopfer konnte noch nicht festgestellt werden. Die Regierung hat Rettungsdampfer nach der Jenisseibucht entsandt.

Wien 2000 Jahre alt

Die Stadt Wien wird im Jahre 1930 den 2000. Geburtstag feiern. Aus der Geschichte ist bekannt, daß die zehnte römische Legion um das Jahr 70 v. Chr. auf die Stadt Vindobona (Wien) stieß. Man will 1930 ein großzügiges Wiener Jubiläumsjahr feiern.

Ozeanflüge der — Vögel

Die Ueberquerungen des Atlantischen Ozeans durch Menschen lenken die Aufmerksamkeit auf ähnliche Leistungen, die von Vögeln vollbracht worden sind. Professor Kaßner weiß in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" eine Anzahl von Fällen anzuführen, in denen Vögel sich der neuesten Tat des Menschen ebenbürtig erwiesen haben. Zwei Lachmöwen, die in Rossinten beringt worden waren, wurden in Mittel-Amerika gefangen, wo sie überwinterten; die eine auf der Insel Barbados, die andere bei Veracruz in Mexiko. Zwei Stummelmöwen flogen von der Nordostküste Englands nach Neufundland, überflogen also fast die gleiche Strecke, die unsere Flieger bei dem ersten gelungenen Ueberseeflug von Europa nach Amerika zurücklegten. Eine gewöhnliche Seeschwalbe, die an der Nordostküste in den Vereinigten Staaten beringt worden war, überquerte den Atlantischen Ozean und wurde in der Nähe des Aequators in Nigerdelta in Mittel-Afrika gefangen. Eine junge Polarschwalbe, die in Labrador beringt worden war, fand man bei La Rochelle an der Westküste Frankreichs; sie war völlig erschöpft, und hatte den Westostflug gerade noch beenden können. Von Störchen wissen wir, daß sie in nordsüdlicher Richtung von uns aus bis Südafrika fliegen. Ebenso hat man in den Vereinigten Staaten und in Kanada beringte Vögel in den südamerikanischen Staaten Chile und Argentinien festgestellt. Bei diesen letzteren Flügen handelt es sich um die Zurücklegung von Strecken, die 9000 Kilometer und mehr betragen; der Weg ist fast doppelt so lang wie der von Europa nach Amerika, aber die Vögel haben hier nur kürzere Wasserstrecken zu überwinden.

Selbstmord Dr. Brückners

Wie von amtlicher Seite bestätigt wird, ist am Sonntag im sogenannten Faulen See, der zwischen Schwerin und Bad Zippendorf liegt, die Leiche des Ministerialdirektors Dr. Brückner aufgefunden worden. Dr. Brückner, der bekanntlich seit Dienstag abend verschwunden war, hat Selbstmord verübt.

Weiter wird bekannt, daß Brückner eine Strecke lang in den Faulen See gegangen ist und sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet hat. Die Leiche wurde auf dem Wasser schwimmend von Spaziergängern am Sonntag vormittag gesehen und mit einem Kahn an Land gebracht. Noch im Laufe des Sonntags wurde sie vom Gericht zur Beerdigung freigegeben und in die Domfriedhofskapelle überführt.

* * *

Dr. Brückner, der zeitweise auch die Geschäfte des Justizministers geführt hatte, war für den Selbstmord seiner Nichte verantwortlich gemacht worden, zu der er während einer Reise in die Schweiz in Beziehungen getreten war, und es wurde behauptet, daß Dr. Brückner gegenüber dem ihm anvertrauten Mädchen Notzucht begangen habe. Die Briefe, die von der Nichte hinterlassen worden sind, bezeugen, daß im Verhältnis zwischen ihr und ihrem Onkel die Nichte der aktive Teil gewesen ist. Nachdem eine Strafanzeige wegen Notzucht gegen Dr. Brückner erlassen worden war und ihn ein völkischer Jüngling, sein Vetter Heinz Brückner aus Rostock, mit der Reitpeitsche in seinem Büro attakierte, verschwand Dr. Brückner spurlos und setzte seinem Leben ein Ziel.

Widersprechende Aussagen des Raubmörders Hopp

Der Eisenbahnmörder Hopp gab an, nachdem er den Mord an Direktor Nordmann eingestanden hatte, die folgende Darstellung der Tat: Er habe die Absicht gehabt, ins Ausland zu reisen und sei mit einer Fahrkarte vierter Klasse in Hamburg in einen D.-Zug gestiegen, der in der Richtung nach Bremen fuhr. Da er sehr ermüdet gewesen sei, habe er, um zu schlafen, ein Coupé 2. Klasse aufgesucht, dort aber nicht bleiben können, weil alles besetzt war. Er habe deshalb durch die Verbindungstür das Nebenabteil betreten. Dabei habe er den Eindruck gehabt, als ob jemand die Außentür zugeschlagen und das Abteil eilig verlassen hätte. Daraufhin habe er seinen Revolver gezogen und bei näherem Umsehen festgestellt, daß ein Fahrgast auf dem Polster ausgestreckt lag, der den Eindruck machte, als ob er von einem Räuber überfallen worden sei. Als er ihm in das Gesicht gesehen habe, habe er sogar angenommen, daß der Fahrgast tot sei. Er habe ihn darum, um festzustellen, ob er sich nicht irre, an der Schulter gerüttelt und dabei sei der Schuß dann ohne seinen Willen losgegangen. Was nach der Tat geschehen sei, darauf könne er sich nicht mehr besinnen. Es komme ihm so vor, als ob er geträumt habe. Er könne auch nicht sagen, ob er tatsächlich den Direktor Nordmann getötet und dann zum Abteil hinausgeworfen hat.

Erneut vor dem Untersuchungsrichter

Der Raubmörder Hopp wurde am Sonnabend vormittag erneut vernommen und gab bei dem Verhör einen seinen früheren Aussagen entgegengesetzte Darstellung über den Hergang der Mordtat. Er sagte aus, daß er ohne jede Absicht in ein Eisenbahnabteil 2. Klasse eingestiegen sei. Dort habe er einen Herrn auf dem Polster bewußtlos liegen sehen. Da er den Verdacht schöpfte, daß ein Verbrechen geschehen sei, ein Verdacht, der noch dadurch verstärkt wurde, daß sich ein Fremder auffallend schnell von dem dort Liegenden entfernte, habe er seinen Revolver gezogen und sich dem wie tot auf dem Polster liegenden Herrn genähert. Als er mit der Hand, in der er den Revolver hielt, den Liegenden umdrehen wollte, sei ohne sein Wollen der Schuß losgegangen und habe den Direktor Nordmann getötet. Hopp stellt ganz entschieden in Abrede, daß er den Getöteten vorher bereits gekannt habe. Ein gewollter Mord komme keineswegs in Frage.

Weitere Verbrechen des Raubmörders Hopp

Nach einer B. Z.-Meldung aus Mainz steht fest, daß Hopp nach dem Raubmord an Direktor Nordmann noch einige Verbrechen verübt haben muß. Man fand bei ihm zwei Trauringe und zwei Ringe, wovon der eine mit einem sehr schönen Halbedelstein geschmückt ist, ferner ein Medaillon mit einem wertvollen Brillanten. In einer Brieftasche sind verschiedene Photographien und Schriftstücke gefunden worden, die wohl zur Verfolgung dieser Spur dienen werden.

Bei lebendigem Leibe verbrannt

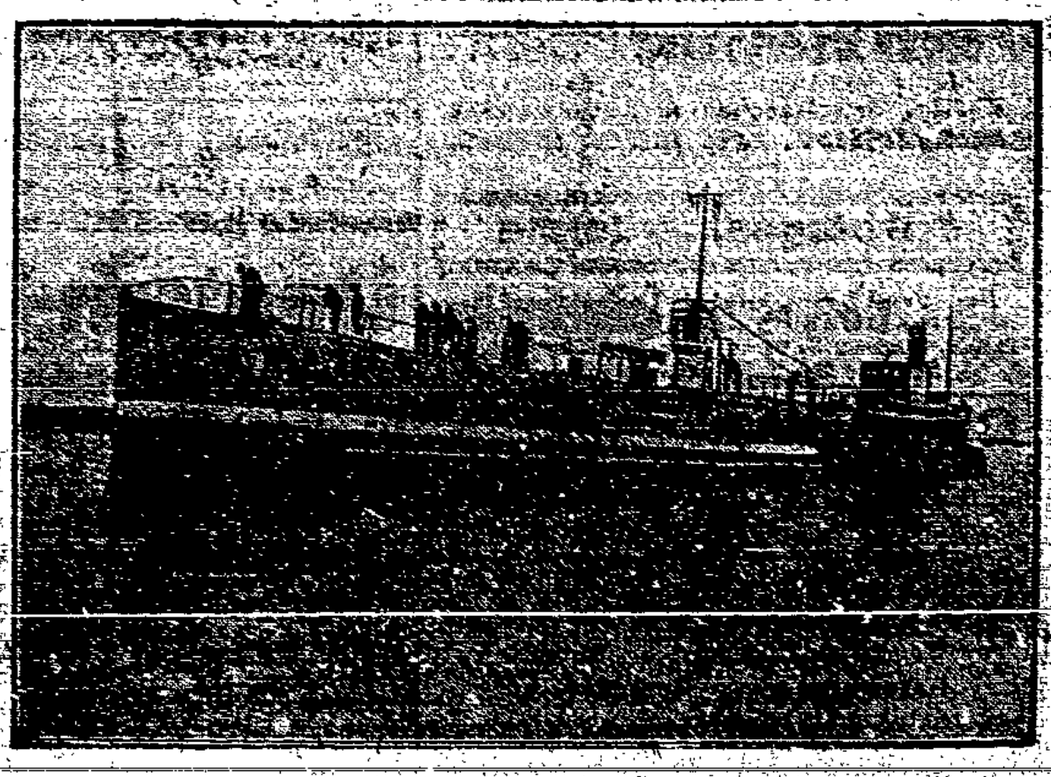
Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in einem Pariser Friseurgeschäft. Das Dienstmädchen des Friseurs hatte die Vorhänge mit Benzin gereinigt und wollte diese im Hofe zum Trocknen aufhängen. Als sie an einem Ofen vorbeikam, fingen die Vorhänge Feuer. Vor den Augen ihres Dienstherrn verbrannte das Mädchen als lodernde Fackel. Auch die Haushälterin wurde schwer verbrannt, während der Friseur mit leichten Brandwunden davonkam.

Drahtlose Verständigung unter Wasser

Wie das „Oeuvre" zu berichten weiß, finden bei Cherbourg interessante Versuche über drahtlose Verständigung unter Wasser statt. Bisher ist es gelungen, eine Verbindung unter Wasser über eine Entfernung von drei Kilometern einwandfrei herzustellen. Diese Neuerung ist außerordentlich bedeutsam, denn sie gestattet den Unterseebooten im Falle eines gemeinsamen Angriffes unter Wasser, sich über ihre gegenseitigen Aufgaben zu verständigen.

Das neue U-Boot-Unglück

In der amerikanischen Marine ist wiederum ein neues U-Boot-Unglück eingetreten. Das U-Boot „S 17" (im Bilde) ist in der Almirantebucht (westlich des Nordausganges des Panamakanals) gesunken und liegt 10 Meter unter der Wasseroberfläche. Die Mannschaft soll gerettet worden sein.



Internationaler Landarbeiterkongreß

Prag, 23. September. (Eigener Funkbericht.) Am Sonntag wurde im Gewerkschaftshause in Prag der 5. Internationale Landarbeiter-Kongreß eröffnet. Anwesend sind aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Niederlande, Oesterreich, Polen, Schweden, Schottland und der Tschecho-Slowakei insgesamt 41 Delegierte, davon 18 aus Deutschland. Ferner sind erschienen: v. Bülow als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Vertreter der Landeszentralen der tschechischen und der deutschen Gewerkschaften, der tschechischen und deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Deutschen Kleinbauern-Verbandes. Der Vorsitzende Durnhan erklärte in seiner kurzen Eröffnungs- und Begrüßungsansprache, daß der Prager Kongreß die bisher größte Veranstaltung der Landarbeiter-Internationale sei. Von den Gästen sprach unter anderem v. Bülow, der versicherte, daß der Wille des Internationalen Arbeitsamtes im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation die Fragen der Landarbeiter zur Behandlung zu bringen, nach wie vor stark sei. Nachdem dann noch Begrüßungsschreiben des französischen, ungarischen und schweizerischen Verbandes, sowie des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis gebracht worden waren, trat der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Zum Geschäftsbericht referierte ergänzend Drunsel (Deutschland). Die Internationale Landarbeiterorganisation umfaßt zurzeit 342 000 Mitglieder. Die Verbindung mit den angeschlossenen Verbänden nimmt immer festere Formen an. Von einigen der angeschlossenen Verbände sind in der letzten Zeit schwere Kämpfe um Verbesserungen in der Sozialversicherung und zur Abwehr von Verschlechterungen geführt worden. In Oesterreich ist erreicht worden, daß mit dem 1. Januar 1929 die gesamte Forst- und Landarbeiterschaft von der Unfallversicherung erfaßt wird. Zugleich wird dort die Altersfürsorge eingeführt werden. In Deutschland hat der Deutsche Landarbeiter-Verband erreicht, daß die Land- und Forstarbeiter, mit kleinen Ausnahmen, von der Arbeitslosenversicherung erfaßt werden. Bei den Kommunisten ist ganz allgemein überall zu beobachten, daß sie eigene Gedanken über Landarbeiterfragen nicht aufbringen können. Alle ihre Erklärungen und Veröffentlichungen beruhen auf Materialien und Unterlagen der Landarbeiter-Internationale, die so gut wie alle bestehenden Landarbeiter-Verbände erfaßt hat. Es stehen lediglich die Organisationen aus Rußland und Norwegen sowie die kommunistischen Splitter in der Tschecho-Slowakei und in Frankreich abseits. Ausbreitungsmöglichkeiten bestehen zurzeit lediglich noch in Spanien und in Lettland.

In der anschließenden Debatte sprach als erster Reichstagsabgeordneter Georg Schmidt (Deutschland), der darauf hinwies, daß die Landarbeiterorganisationen in Rußland und Italien zwar viel schreiben und viel reden, daß man aber von ihnen nichts über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Ländern erfahren kann. Die Beteiligung an dem Landwirtschaftsinstitut in Rom stellt lediglich eine taktische, keineswegs aber eine prinzipielle Einstellung dar. Die Landarbeiter-Internationale vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß soziale Fragen der Landwirtschaft zum Zuständigkeitsbereich des Internationalen Arbeitsamtes gehören, das die Bedeutung der Landarbeiterfragen gut erkannt hat und mit dem die Internationale in erfreulicher Weise zusammenarbeitet.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiter-Verbandes

Die zurzeit in Köln tagt, wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Husemann, mit einem groß angelegten Referat über „Wirtschaftskonjunktur und Verbandsarbeit" eröffnet. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Husemanns zu dem aktuellen Problem des Steinkohlenbergbaues. Wir haben uns, erklärte Husemann, unter allen Umständen gegen den Kampfplatz ausgesprochen, während der christliche Gewerkverein eine andere Anschauung vertreten hat und noch vertritt. Uns kommt es vor allen Dingen darauf an, durch Siegen der Partei in den bestrittenen Gebieten zu erreichen, daß der heimische Bergbau finanziell gesundet, damit die Voraussetzungen für weitere Lohnerhöhungen, steigende Kaufkraft der Arbeiterschaft dienen zur Belebung der ganzen Industrie und bringen damit automatisch eine Steigerung des Kohlenabsatzes im Inland. Bei den Debatten um Aufrechterhaltung des Kampfabsatzes ist auch die Frage der Kohlenzölle und des Kohlenexportverbots aufgetaucht. Beide Male waren es die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die diese Forderungen erhoben haben. Wir haben uns dem nicht anschließen können. Würde der Reichskohlenkommissar dem Antrage des christlichen Gewerkvereins stattgeben und die Einfuhr englischer Kohlensendungen nicht mehr genehmigen, so würde England mit Gegenmaßnahmen antworten. Das gleiche würde bei Einführung eines Kohlenzolls eintreten. Unsere Fertigwarenausfuhr nach England, die im letzten Monat rund ½ Million Reichsmark betrug, würde dies zu spüren bekommen und den Kohlenverbrauch einschränken. Der Vorschlag der Christen führt zu einer Sackgasse. Wir brauchen ein direktes Kontrollrecht der Arbeitnehmer durch Erweiterung des Arbeitnehmerrechts in den Kohlenwirtschaftskörpern. Die Versuche der Unternehmer, Lohnerhöhungen mit Abmachungen in Verbindung zu bringen, die auf eine ausgleichende Kohlenpreiserhöhung hinauslaufen sollen, lehnen wir ab. Nie und nimmer können die Arbeitnehmer im Reichskohlenrat in dieser Frage Zugeständnisse machen.

Der Vorsitzende der Reichsknappschaft, Vieter, gab einen kurzen Ueberblick über den Stand der knappschaftlichen Invalidenversicherung, wobei er es als Angabe des Verbandes bezeichnete, die Reichsregierung zu veranlassen, die knappschaftliche Entschädigung für die Sonderlast zu gewähren, die der Knappschaft infolge des Krieges entstanden sei.

Das Schmalenbach-Gutachten über den Braunkohlen- und Steinkohlenbergbau unterzog Dr. Berger-Bochum einer eingehenden kritischen Betrachtung, die im Hinblick auf die Lohnstreitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau von besonderem Interesse ist. Wenn man weiß — führte Berger aus — daß die von der Schmalenbach-Kommission für die Braunkohle in Mitteldeutschland festgestellten Unwirtschaftlichkeiten sich auf Beträge belaufen, die in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Mark liegen, so ist es Pflicht der Arbeitnehmervertreter im Kohlenwirtschaftskörper, die festgestellten Ursachen auch wirklich in Erscheinung treten zu lassen. Die Interessengemeinschaft zwischen Handel und Erzeugung in den beiden mitteldeutschen Kohlenkonzernen verzerrt das Rentabilitätsbild dieses wichtigen Industriezweiges. Auch das Reichswirtschaftsministerium müsse sich mehr um die Schlußfolgerungen aus dem mitteldeutschen Schmalenbach-Gutachten bemühen. Die festgestellte Unwirtschaftlichkeit geht zum größten Teil auf Kosten der Bergarbeiter, die jedoch nicht bereit sind, diese Last weiterhin zu tragen.

In dieser Aussprache über dieses wichtige Thema beteiligte sich insbesondere auch die Bergarbeitervertreter des Kohlenwirtschaftskörpers. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine bessere Durchleuchtung der Kohlenwirtschaft die Voraussetzung für eine bessere Gestaltung sei. Sowohl die jetzige Fassung des Kohlenwirtschaftsgesetzes seien Anforderungen der Wirtschaftlichkeit nicht gerecht, sei eine Abänderung der in Frage kommenden Ausführungsbestimmungen notwendig.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter zum Erfurter Schiedsspruch

Halle, 24. September. Auf der Bezirksversammlung der mitteldeutschen Bergarbeiter, die am Sonntag in Halle stattfand, wurde auch zum Teil stürmischer Protest gegen Erfurter Schiedsspruch mit Verbindlichkeitserklärung angenommen, in der u. a. festgestellt wird, daß der Schiedsspruch hinter den Erwartungen der Bergarbeiterschaft entspreche. Trotz aller Widerstände sei es den Gewerkschaftsvertretern gelungen, eine nicht unwesentliche Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Aus diesem Grunde gebe die Konferenz der Neuregelung der Arbeitszeit ihre Zustimmung. Im Manteltarifvertrag seien die Wünsche der Belegschaften nicht erfüllt. Es sei aber gelungen, alle Verschlechterungsabsichten der Arbeitgeber zurückzuweisen und für die Arbeiter kleine Verbesserungen zu erreichen. Daher nehme die Konferenz diesen Schiedsspruch an. Den Lohnschiedsspruch lehne die Konferenz als völlig ungenügend ab.

Die Arbeitgeber werden zu den Erfurter Schiedssprüchen erst am kommenden Dienstag Stellung nehmen.

Generalstreik der Dockarbeiter von Bordeaux

Die Dockarbeiter von Bordeaux haben für heute den Generalstreik verkündet, da ihre Forderung auf Lohnerhöhung von 5 bis 6 Franken pro Schicht abgelehnt wurde. Man befürchtet eine vollkommene Stillegung des Hafenverkehrs, da jetzt sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte, die als Nothilfe hätten dienen können, in der Weinernte beschäftigt sind.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich

hat von Halluin auf die nächsten Industriestädte übergegriffen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt etwa 15 000. Die Polizei ist überall sehr wesentlich verstärkt worden. Doch sind bisher Zwischenfälle nicht zu verzeichnen.

Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB.

In der am Freitag abgehaltenen Vollsitzung des Ortsausschusses Breslau gab zunächst Kollege Ruffert in ausführlicher Weise „Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg" unter eingehender Würdigung der dort gehaltenen Referate. Kollege Ziegler gab in der anschließenden Diskussion zunächst eine kritische Betrachtung der Form des Kongresses und verbreitete sich noch über die Reform des Schlichtungswesens und forderte die Abschaffung der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung. Im übrigen habe der Kongreß vorzügliche Arbeit geleistet und wertvolles Material geliefert. Kollege Blank weist gegenüber dem Vorredner darauf hin, daß sich heut die Funktionen der Gewerkschaften bedeutend erweitert haben und dadurch auch über die Agitation hinausgehende Aufgaben den Gewerkschaften zugewiesen sind und naturgemäß auch ein Gewerkschaftskongreß heute ein anderes Bild zeigen muß. Die Kollegen Blaschek und Kuntke wünschen stärkere Unterstützung der Jugenddelegation von seiten des Bezirksausschusses, und Kollege Hexelschneider wünscht allgemein eine größere Beachtung gegenüber den Jugendlichen.

In seinem Schlußwort kann Kollege Ruffert noch kurz auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen eingehen. Mit einem geschäftlichen Teil, der die Beantwortung einiger Fragen brachte, fand die gut verlaufene Sitzung ihr Ende.

Baugewerksbund Breslau

Für alle Baudelegierten findet Dienstag, den 25. September, eine Sitzung im Gewerkschaftshaus statt. Delegiertenkarte als Ausweis. (Siehe Vereinskalender).

Internationale Krankenkassentagung

Die 2. Generalversammlung der internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine in Wien

(Schluß.)

Das folgende eindringliche Referat über die Durchführung internationaler Uebereinkommen in der Krankenversicherung,

das anstelle des erkrankten Engländers Canters Herr Harris hielt, führte zur Forderung: die Ratifizierung des Genfer Abkommens. Folgende Entschließung wird angenommen:

„Die zweite Generalversammlung der Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine beschließt:

1. Da die Internationale Arbeitskonferenz anläßlich ihrer zehnten, im Jahre 1927 in Genf abgehaltenen Tagung nach eingehender Prüfung der in den verschiedenen Staaten gemachten Erfahrungen in zwei Entwürfen von internationalen Uebereinkommen und in einem Vorschlag Grundsätze für die Lösung der wesentlichen Fragen der Krankenversicherung festgelegt hat;

2. da beide Entwürfe von Uebereinkommen den ratifizierenden Staaten nur geringe Verpflichtungen auferlegen, die von allen Mitgliedstaaten angenommen werden können und sollen;

3. da der Vorschlag die Entwicklungstendenzen der Krankenversicherung zum Ausdruck bringt und seine Annahme für die Mehrheit der Staaten einen Fortschritt darstellen würde;

bestätigt die Generalversammlung die in den Entwürfen von Uebereinkommen und im Vorschlag festgelegten Grundsätze und zwar Wert und unbestreitbare Erfolge des Grundsatzes der Versicherungspflicht; Einbeziehung aller Arbeitnehmer in den Kreis der Versicherten; Ausbau der Leistungen und ihre Anpassung an persönliche Bedürfnisse, die überragende Bedeutung der Sachleistungen, die auch den Angehörigen der Versicherten gewährt werden sollen; Beitragspflicht des Versicherten und seines Arbeitgebers sowie Zweckmäßigkeit von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln; Selbstverwaltung der Versicherungsträger unter wesentlicher Beteiligung der Versicherten; Wert der räumlichen Zusammenfassung der Versicherten, namentlich im Hinblick auf die zweckmäßigste Organisation der Krankenpflege und Schaffung möglichst vollständiger sanitärer Einrichtungen in jedem Bezirk, besondere Sprechstellen zur Entscheidung von Leistungsstreitigkeiten;

aus diesen Gründen fordert die Generalversammlung alle angeschlossenen Verbände auf

a) Regierung und gesetzgebende Körperschaften zu ersuchen, beide Uebereinkommen zu ratifizieren und den Vorschlag gutzuheißen;

b) mit allen verfügbaren Mitteln die Durchführung der in beiden Entwürfen von Uebereinkommen und im Vorschlag enthaltenen Grundsätze zu fördern."

Das letzte Referat:

„Bericht über die Regelung der Krankenversicherung in den Grenzgebieten"

des Franzosen Georges Petit fordert Richtlinien, um ein Einheitsrecht für die Bewohner der Grenzländer zu schaffen.

In der Debatte sprach Groß-Deutschland u. a. folgendes:

Die Frage der Grenzgänger ist eine sehr umstrittene. Sie kann solange nicht gelöst werden, solange die Gesetze nicht international sind. Die Grenzgänger müssen zu mindestens die Leistungen erhalten, die sie aus der Kasse des Heimortes erhalten würden, vor allem muß Arzt und Medikamente den Grenzgängern gesichert werden. Die Wartezeiten, die in Deutschland eine große Rolle spielen, müssen bei Grenzgängern angerechnet werden und ebenso die Mitgliedszeiten. Die Richtlinien, die der Referent vorlegt, werden hoffentlich dazu dienen, ein Einheitsrecht für die Bewohner der Grenzländer zu schaffen.

Der Kongreß erledigt seinen letzten Punkt „Wahl des Ausschusses".

Für das laufende Jahr ist Präsident Eldersch-Wien als erster Präsident gewählt. Als erster Vizepräsident wurde Petit-Frankreich und als zweiter Vizepräsident Lehmann-Deutschland gewählt.

Das Schlußwort hält Lehmann:

Das gute Gelingen der Tagung hat den Ausschuß veranlaßt, der Generalversammlung zu empfehlen, die 3. internationale Tagung der Internationalen Zentralstelle zu nach Warschau für das Jahr 1929 einzuberufen.

Wir haben in Wien in den 3 Tagen mühlige Arbeit geleistet. Es war eine Wagnis, diese Tagung zu veranstalten. Der Ausgang derselben sagt uns, daß diese gelungen ist.

Wir haben zunächst die Forderung nach Ausbau der Krankenversicherung in allen Ländern erhoben. Die Familienversicherung soll als Grundlage der Staaten gelten, die eine Krankenversicherung schaffen. Damit hängt eng zusammen die Durchführung der sozialhygienischen Maßnahmen, über die Herr Präsident Eldersch sprach. Arbeitgeber und Versicherte haben zu dem Problem der landwirtschaftlichen Krankenversicherung Stellung genommen. Die Frage der Versicherung der Grenzgänger ist nicht gelöst worden, aber sie wurde in Angriff genommen. Das Sekretariat der Internationalen Zentralstelle wird für die Zukunft viel Arbeit haben. Es muß Vorarbeiten für die internationale Gesetzgebung leisten müssen. Diese Arbeiten werden nur mit allen Kräften durchgeführt, wenn die Beschlüsse der 10 internationalen Arbeitskongresse von allen Ländern ratifiziert werden. Die Regierungen aller Länder müssen zur Ratifizierung [illegible] werden. Nur so können wir die Leiden der Versicherten mildern.

Die Aufgabe der Internationalen Zentralstelle ist es, helfend und beratend in diesen Fragen einzutreten und damit den Forderungen zum Ziele zu verhelfen. Dann wird wirkliche Friedensarbeit geleistet.

So ist die Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine diejenige Einrichtung, die allen Völkern den Frieden geben wird. Wir haben das Gefühl und die Ueberzeugung, auf diesem Kongreß gute Arbeit geleistet zu haben.

Der Kongreß ist geschlossen.

Alfred Peikert, Breslau.

Preußische Erntevorschätzungen für Getreide und Hülsenfrüchte

Günstige Beurteilung des voraussichtlichen Hektarertrages. Voraussichtliche höhere Gesamtmengen

Die voraussichtlichen Erträge der Hauptgetreidearten werden im Vergleich mit den endgültigen Ernteermittlungen der letztvergangenen fünf Jahre von den landwirtschaftlichen Vertrauensmännern des Preußischen Statistischen Landesamtes günstig beurteilt. Der voraussichtliche Hektarertrag an Winterweizen erreicht den 1925 bei der Novemberschätzung ermittelten allerdings nicht ganz. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz entnimmt, sind infolge des im allgemeinen nicht schlechten Erntewetters die Septemberschätzungen besser als die zu Anfang August. Sie ergeben im Staatsdurchschnitt je Hektar für Winterweizen Anfang September 21,5 Doppelzentner (Anfang August d. J. 20,2 Doppelzentner, 1927 endgültiger Hektarertrag 19,4 Doppelzentner), Winterroggen 18,5 Dz. (16,5 Dz. bzw. 14,4 Dz.), Sommergerste 20,8 Dz. (19,4 bzw. 18,6 Dz.) und für Hafer 20,0 Dz. (18,2 bzw. 18,8 Dz.).

Die im Staatsdurchschnitt erwarteten Erträge je Hektar sind auch bei den Hülsenfrüchten — abgesehen von Lupine — etwas höher als die bei den endgültigen Ermittelungen in den Jahren 1923 bis 1927 festgestellten Erträge. Sie werden voraussichtlich betragen: für Erbsen 15,9 Dz. (1927: 13,9 Dz.), Speisebohnen 15,9 Dz. (13,9 Dz.), Ackerbohnen 18,2 Dz. (16,4 Dz.), Wicken 14,7 Dz. (13,2 Dz.), Gemenge aus Hülsenfrüchten 15,1 Dz. (13,7 Dz.), Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide 17,0 Dz. (15,4 Dz.) und Lupinen 11,3 Dz. (11,7 Dz.). Trotzdem wird die diesjährige Hülsenfruchternte voraussichtlich nicht ganz dem Begriff einer guten Mittelernte entsprechen. Nach der Vorschätzung zu Anfang September d. J. ergeben sich im Vergleich mit der Novemberschätzung v. J. folgende Gesamtmengen in 1000 Tonnen: Winterweizen: 1928: 1907,8, 1927: 1800,9, also mehr: 106,9; Winterroggen: 6390,9 bzw. 5080,5, mehr: 1304,4; Sommergerste: 1375,7 bzw. 1210,6, mehr: 165,1; Hafer: 4691,1 bzw. 4388,7, mehr: 302,4; Erbsen: 102,3 bzw. 95,6, mehr: 6,7; Speisebohnen: 9,4 bzw. 7,2, mehr: 2,2; Ackerbohnen: 99,8 bzw. 88,6, mehr: 11,2.

Eine eigenartige Lösung des Kartellproblems

hat Professor Dr. Vershofen auf der Kölner Generalversammlung der deutschen Zementindustrie vorgeschlagen. Die Doppelfunktion der Kartelle, so führte Vershofen aus, die Marktbeobachtung und die Rhythmisierung der Preisbildung (bei den Zementverbänden heißt Preisrhythmisierung ganz entschieden Preisübersetzung — Red.) sei durchaus begrüßenswert. Als schädlich müsse dagegen die Machtstellung bestimmter Kartelle am Markt beseitigt werden. Von einem staatlichen Eingriff hält jedoch Professor Vershofen sehr wenig. Deshalb empfiehlt er Ausbau der privaten Gerichtsbarkeit, eine aus bestimmten Beteiligten paritätisch zusammengesetzte Verhandlungskommission unter neutralem Vorsitz.

* * *

Womit nach Vershofen das ganze Problem gelöst ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ernste Wissenschaftler auf Tagungen, die ebenfalls ernst genommen werden wollen, mit solchen unnützen Projekten aufwarten.

Der Zusammenbruch des Walz- und Hüttenwerkes C. G. Tietzen

Das Werk soll nun stillgelegt werden

Ueber den Millionenzusammenbruch bei dem Walz- und Hüttenwerk C. G. Tietzens Eidam in Bautzen wird uns u. a. folgendes geschrieben: „Es stellt sich heraus, daß die Leitung der Firma schon seit längerer Zeit Bilanzverschleierungen vorgenommen hat; nur so war es ihr möglich, Großbanken und Metallgroßhändler zu täuschen und sich erhebliche Kredite zu verschaffen. Es wurde z. B. stets unterlassen, bei den Aufstellungen für die Banken und die anderen Geldgeber die Metallwaren-, die sogenannten Rembourskredite anzugeben, die bei der Firma immer sehr beträchtlich waren. Eine genaue Aufklärung der verschiedenen Manipulationen wird wohl unmöglich sein, da sich der Inhaber der Firma, ein Herr Reinhardt, das Leben genommen hat."

Die geschädigten Gläubiger des Unternehmens sind in den letzten Tagen zu einer Besprechung zusammengetreten, die aber zu keiner befriedigenden Lösung geführt hat. Das Werk, das über 120 Jahre besteht, soll nun stillgelegt werden. Zu diesem Zweck ist das Ausgleichsverfahren bereits angemeldet worden. Da von der Stillegung rund 500 Arbeiter betroffen werden, sollte der Versuch gemacht werden, dies zu verhindern, zumal die Firma über sehr rentable Objekte verfügt.

Riesentheaterbrand in Madrid

Mehrere 100 Tote

Im ältesten Possentheater Madrids, dem Teatro Novedades, brach am Sonntag abend kurz vor Schluß der Nachmittagsvorstellung durch Kurzschluß Feuer aus, das sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Unter den etwa 500 Zuschauern brach eine Panik aus. Bisher sind drei Tote und 200 Verletzte, darunter 60 Schwerverletzte, festgestellt. Die genaue Zahl der Todesopfer ist noch nicht bekannt.

* * *

Ueber den Riesen-Theaterbrand in Madrid werden nunmehr folgende Einzelheiten bekannt: Das „Teatro Nowedades" liegt in dem am stärksten bevölkerten Teile der Stadt und war ein altes Holzgebäude, das ringsum von Wohnhäusern umgeben ist. Gegen Ende der letzten Pause sprang plötzlich eine große Flamme von der Bühne in den Zuschauerraum über. Die Flammen verbreiteten sich mit ungeheurer Schnelligkeit. In wenigen Augenblicken brannten die alten hölzernen Einrichtungsgegenstände. Die Zuschauer, die den Theaterraum bis auf den letzten Platz füllten, stürmten die alten unzureichenden Ausgänge, wobei zahlreiche Personen zu Boden gerissen wurden. Das Orchester machte einen Versuch, durch Musik die Ruhe wieder herzustellen, aber vergebens. Außer der Feuerwehr beteiligten sich alle verfügbaren Polizeimannschaften und ein Regiment Infanterie an den Rettungsarbeiten. Die Feuerwehr versuchte den Brand auf seinen Herd zu beschränken, war aber machtlos. Rings um das Theater brannte ein ganzer Häuserblock nieder. In den Rettungsstationen befinden sich zurzeit 200 Verletzte, von denen 80 Personen sehr schwer verwundet sind. **Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt, man rechnet jedoch mit mehreren hundert Todesopfern. Alle Inhaber der Plätze in den oberen Rängen sind ums Leben gekommen. Nach einer Pariser Meldung aus Madrid schätzt man die Zahl der Toten auf etwa 500.**

Primo de Rivera und der Bürgermeister von Madrid besuchten um Mitternacht die Brandstelle.

Auf der Flucht erschossen

Im Nordseebad Norderney spielte sich am Freitag ein aufregender Vorfall ab. Die Polizei fahndete nach einem Manne, der verschiedene Hochstapeleien begangen hatte und in dem sie den flüchtigen Raubmörder Hopp vermutete. Der Regierungsassessor Grabe stellte den Verbrecher, der dem Beamten zwei Kugeln in den Bauch schoß und dann flüchtete. Grabe verfolgte trotz seiner schweren Verwundung den Verbrecher noch etwa hundert Meter weit und gab drei Schüsse auf den Flüchtenden ab. Ein Schuß drang dem Manne in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle. Der Getötete hatte keine Ausweispapiere bei sich. Der Regierungsassessor ist ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Das Familiendrama in Oesterreich

Zu der Familientragödie im Hause des Regierungsrats a. D. Dr. Artmann wird bekannt, daß der 16jährige Sohn gestanden hat, seinen Vater erstochen zu haben. Er gibt an, durch zwei Schüsse geweckt worden zu sein, die seine Mutter auf den Vater abgefeuert habe. Der Vater habe mit einem Jagdmesser auf die Mutter eindringen wollen, worauf er dem bereits verwundeten Vater das Messer entwunden habe. Als der Vater ihn würgte, habe er in seiner Erregung die tödlichen Stiche gegen den Vater geführt. Die Mutter habe inzwischen Selbstmord verübt. Es besteht der Verdacht, daß Frau Artmann den Mord geplant und daß der Sohn davon gewußt hat. Der junge Artmann ist dem Landgericht eingeliefert worden.

17 Personen vergiftet

In Osnabrück und im nahe gelegenen Hasbergen sind insgesamt 17 Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. In Hasbergen ist bereits ein Mann gestorben, bei den anderen Erkrankten besteht keine Lebensgefahr.

Der Tod auf der Rennbahn

Bei dem Motorradrennen im Stadion zu Hamborn ereignete sich während des Hauptrennens ein tödlicher Unglücksfall. Die Maschine des bekannten Fahrers Vise kam infolge des schlüpfrigen Bodens ins Schleudern und fuhr gegen die Eisenbarriere. Dabei wurde Vise aus der Bahn geschleudert. Dem nachfolgenden Kölner Goesus gelang es noch, vorbeizukommen, dagegen überfuhr Budler-Hamborn Vise und erlitt selbst schwere Arm- und Kopfverletzungen. Vise selbst war auf der Stelle tot. Ein Verschulden Dritter liegt offenbar nicht vor.

Der Bär ist da

Im Madrider Zoologischen Garten wurde ein mit der Reinigung eines Eisbärenkäfigs beschäftigter Angestellter von dem Eisbären überfallen und durch Bisse und Tatzenschläge schwer verletzt. Auf die Schmerzensschreie des Opfers eilten andere Angestellte herbei, denen es gelang, den Eisbären zurückzutreiben und ihren bewußtlosen Kollegen fortzutragen. Da sie aber in ihrer Eile vergessen hatten, die Tür des Käfigs zu schließen, entkam der Bär in den Garten, wo er unter den Besuchern Schrecken verbreitete. Schließlich eilten sämtliche Wärter herbei und erlegten den Bären mit Revolverschüssen. An dem Kadaver wurden etwa 30 tödliche Wunden gezählt. Der verletzte Angestellte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Es handelt sich übrigens hier um denselben Bären, der bereits im vergangenen Jahre in seinem Käfig einen Angestellten getötet hatte.

Sechs Streckenarbeiter getötet

Auf der Eisenbahnstrecke Wolkowick—Slonim in Polen wurde eine Gruppe Streckenarbeiter im Dämmerungsnebel von zwei Eisenbahnzügen überrascht, die fast gleichzeitig von verschiedenen Seiten heranbrausten. Nur ein Teil der Arbeiter konnte sich im letzten Augenblick retten. Sechs wurden von dem nach Warschau fahrenden Eilzug erfaßt und auf der Stelle getötet.

Die geneppten Adligen

In Berlin hat ein gerissener Schwindler verschiedene adlige Familien auf raffinierte Weise bestohlen. Ein junger, etwa fünfundzwanzigjähriger Mann suchte die Familien auf und bestellte Grüße von etlichen Vettern und Basen vom Lande. Der Fremde spielte den Biedermann und Kenner adliger Verhältnisse so gut und verstand so ausgezeichnet zu plaudern, daß er jedes Mißtrauen unterdrückte. Mitten in seiner Unterhaltung bekam er stets Zahnschmerzen; er ersuchte die Hausbewohner ihm ein Glas Wasser oder ein Medikament zu bringen. Allein im Zimmer gelassen, steckte er alles für ihn Erreichbare in seine Taschen. Erst wenn der Besucher mit zahlreichen aufgetragenen Grüßen an die Vettern und Basen auf dem Lande die Wohnung verlassen hatte, bemerkten die Wohnungsinhaber, daß sie bestohlen worden waren. Der Täter konnte noch nicht gefaßt werden.

Ein neuer Raketenwagen

Nach dem zweimaligen mißglückten Ausgang der Aufsehen erregenden Versuche der Firma Opel mit dem Valier-Raketenwagen hat man von der zukünftigen Eroberung des Weltraums durch die Rakete nichts mehr gehört; überdies haben sich die Raketenwagenerfinder von Opel getrennt. Jetzt sollen neue Versuche mit einem Raketenwagen von dritter Seite unternommen werden. Falls die letzten Vorbereitungen dieses neuen Interessenten erfolgreich verlaufen, dürfte die Oeffentlichkeit bereits in allernächster Zeit die erste Vorführung des neuen Raketenwagens erleben. Für den Start ist eine Stadt im Rheinland vorgesehen. Der neue Erfinder will mit seiner Vorführung nicht nur die zu erzielende Geschwindigkeit, sondern auch die absolute Betriebssicherheit seines Raketenwagens zeigen.

Tolstoi auf der Briefmarke

Anläßlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Leo Tolstoi hat das russische Volkskommissariat für Post- und Telegraphenwesen Tolstoi-Briefmarken herausgegeben. Die 10-Kopeken-Marke (rechts) für Inlandspost zeigt das Altersporträt des Dichters, die 28-Kopeken-Marke für Auslandskorrespondenz den greisen Philosophen hinter dem Pfluge.

Die verschwundene Diamantsendung

In London ist eine Diamantsendung aus Amsterdam im Werte von vier Millionen englischen Pfund verlorengegangen und konnte bisher nicht wiedergefunden werden. Die Sendung war als eingeschriebenes Paket abgesandt und in London richtig dem Briefträger übergeben worden.

100 Schiffe gekentert

Die Jenisseibucht an der Mündung des Jenissei (Sibirien) ist von einem schweren Sturme heimgesucht worden, der zwei Dampfer, vier Leichter und über hundert Fischerboote zum Kentern brachte. Die Zahl der Todesopfer konnte noch nicht festgestellt werden. Die Regierung hat Rettungsdampfer nach der Jenisseibucht entsandt.

Wien 2000 Jahre alt

Die Stadt Wien wird im Jahre 1930 den 2000. Geburtstag feiern. Aus der Geschichte ist bekannt, daß die zehnte römische Legion um das Jahr 70 v. Chr. auf die Stadt Vindobona (Wien) stieß. Man will 1930 ein großzügiges Wiener Jubiläumsjahr feiern.

Ozeanflüge der — Vögel

Die Ueberquerungen des Atlantischen Ozeans durch Menschen lenken die Aufmerksamkeit auf ähnliche Leistungen, die von Vögeln vollbracht worden sind. Professor Kaßner weiß in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" eine Anzahl von Fällen anzuführen, in denen Vögel sich der neuesten Tat des Menschen ebenbürtig erwiesen haben. Zwei Lachmöwen, die in Rossinten beringt worden waren, wurden in Mittel-Amerika gefangen, wo sie überwinterten; die eine auf der Insel Barbados, die andere bei Veracruz in Mexiko. Zwei Stummelmöwen flogen von der Nordostküste Englands nach Neufundland, überflogen also fast die gleiche Strecke, die unsere Flieger bei dem ersten gelungenen Ueberseeflug von Europa nach Amerika zurücklegten. Eine gewöhnliche Seeschwalbe, die an der Nordostküste in den Vereinigten Staaten beringt worden war, überquerte den Atlantischen Ozean und wurde in der Nähe des Aequators in Nigerdelta in Mittel-Afrika gefangen. Eine junge Polarschwalbe, die in Labrador beringt worden war, fand man bei La Rochelle an der Westküste Frankreichs; sie war völlig erschöpft, und hatte den Westostflug gerade noch beenden können. Von Störchen wissen wir, daß sie in nordsüdlicher Richtung von uns aus bis Südafrika fliegen. Ebenso hat man in den Vereinigten Staaten und in Kanada beringte Vögel in den südamerikanischen Staaten Chile und Argentinien festgestellt. Bei diesen letzteren Flügen handelt es sich um die Zurücklegung von Strecken, die 9000 Kilometer und mehr betragen; der Weg ist fast doppelt so lang wie der von Europa nach Amerika, aber die Vögel haben hier nur kürzere Wasserstrecken zu überwinden.

Selbstmord Dr. Brückners

Wie von amtlicher Seite bestätigt wird, ist am Sonntag im sogenannten Faulen See, der zwischen Schwerin und Bad Zippendorf liegt, die Leiche des Ministerialdirektors Dr. Brückner aufgefunden worden. Dr. Brückner, der bekanntlich seit Dienstag abend verschwunden war, hat Selbstmord verübt.

Weiter wird bekannt, daß Brückner eine Strecke lang in den Faulen See gegangen ist und sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet hat. Die Leiche wurde auf dem Wasser schwimmend von Spaziergängern am Sonntag vormittag gesehen und mit einem Kahn an Land gebracht. Noch im Laufe des Sonntags wurde sie vom Gericht zur Beerdigung freigegeben und in die Domfriedhofskapelle überführt.

* * *

Dr. Brückner, der zeitweise auch die Geschäfte des Justizministers geführt hatte, war für den Selbstmord seiner Nichte verantwortlich gemacht worden, zu der er während einer Reise in die Schweiz in Beziehungen getreten war, und es wurde behauptet, daß Dr. Brückner gegenüber dem ihm anvertrauten Mädchen Notzucht begangen habe. Die Briefe, die von der Nichte hinterlassen worden sind, bezeugen, daß im Verhältnis zwischen ihr und ihrem Onkel die Nichte der aktive Teil gewesen ist. Nachdem eine Strafanzeige wegen Notzucht gegen Dr. Brückner erlassen worden war und ihn ein völkischer Jüngling, sein Vetter Heinz Brückner aus Rostock, mit der Reitpeitsche in seinem Büro attakierte, verschwand Dr. Brückner spurlos und setzte seinem Leben ein Ziel.

Widersprechende Aussagen des Raubmörders Hopp

Der Eisenbahnmörder Hopp gab an, nachdem er den Mord an Direktor Nordmann eingestanden hatte, die folgende Darstellung der Tat: Er habe die Absicht gehabt, ins Ausland zu reisen und sei mit einer Fahrkarte vierter Klasse in Hamburg in einen D-Zug gestiegen, der in der Richtung nach Bremen fuhr. Da er sehr ermüdet gewesen sei, habe er, um zu schlafen, ein Coupé 2. Klasse aufgesucht, dort aber nicht bleiben können, weil alles besetzt war. Er habe deshalb durch die Verbindungstür das Nebenabteil betreten. Dabei habe er den Eindruck gehabt, als ob jemand die Außentür zugeschlagen und das Abteil eilig verlassen hätte. Daraufhin habe er seinen Revolver gezogen und bei näherem Umsehen festgestellt, daß ein Fahrgast auf dem Polster ausgestreckt lag, der den Eindruck machte, als ob er von einem Räuber überfallen worden sei. Als er ihm in das Gesicht gesehen habe, habe er sogar angenommen, daß der Fahrgast tot sei. Er habe ihn darum, um festzustellen, ob er sich nicht irre, an der Schulter gerüttelt und dabei sei der Schuß dann ohne seinen Willen losgegangen. Was nach der Tat geschehen sei, darauf könne er sich nicht mehr besinnen. Es komme ihm so vor, als ob er geträumt habe. Er könne auch nicht sagen, ob er tatsächlich den Direktor Nordmann getötet und dann zum Abteil hinausgeworfen hat.

Erneut vor dem Untersuchungsrichter

Der Raubmörder Hopp wurde am Sonnabend vormittag erneut vernommen und gab bei dem Verhör einen seinen früheren Aussagen entgegengesetzte Darstellung über den Hergang der Mordtat. Er sagte aus, daß er ohne jede Absicht in ein Eisenbahnabteil 2. Klasse eingestiegen sei. Dort habe er einen Herrn auf dem Polster bewußtlos liegen sehen. Da er den Verdacht gehabt, daß ein Verbrechen geschehen sei, ein Verdacht, der noch dadurch verschärft wurde, daß sich ein Fremder auffallend schnell von dem dort Liegenden entfernte, habe er seinen Revolver gezogen und sich dem wie tot auf dem Polster liegenden Herrn genähert. Als er mit der Hand, in der er den Revolver hielt, den Liegenden umdrehen wollte, sei ohne sein Wollen der Schuß losgegangen und habe den Direktor Nordmann getötet. Hopp stellt ganz entschieden in Abrede, daß er den Getöteten vorher bereits gekannt habe. Ein gewollter Mord komme keineswegs in Frage.

Weitere Verbrechen des Raubmörders Hopp

Nach einer B. Z.-Meldung aus Mainz steht fest, daß Hopp nach dem Raubmord an Direktor Nordmann noch einige Verbrechen verübt haben muß. Man fand bei ihm zwei Trauringe und zwei Ringe, wovon der eine mit einem sehr schönen Halbedelstein geschmückt ist, ferner ein Medaillon mit einem wertvollen Brillanten. In einer Brieftasche sind verschiedene Photographien und Schriftstücke gefunden worden, die wohl zur Verfolgung dieser Spur dienen werden.

Bei lebendigem Leibe verbrannt

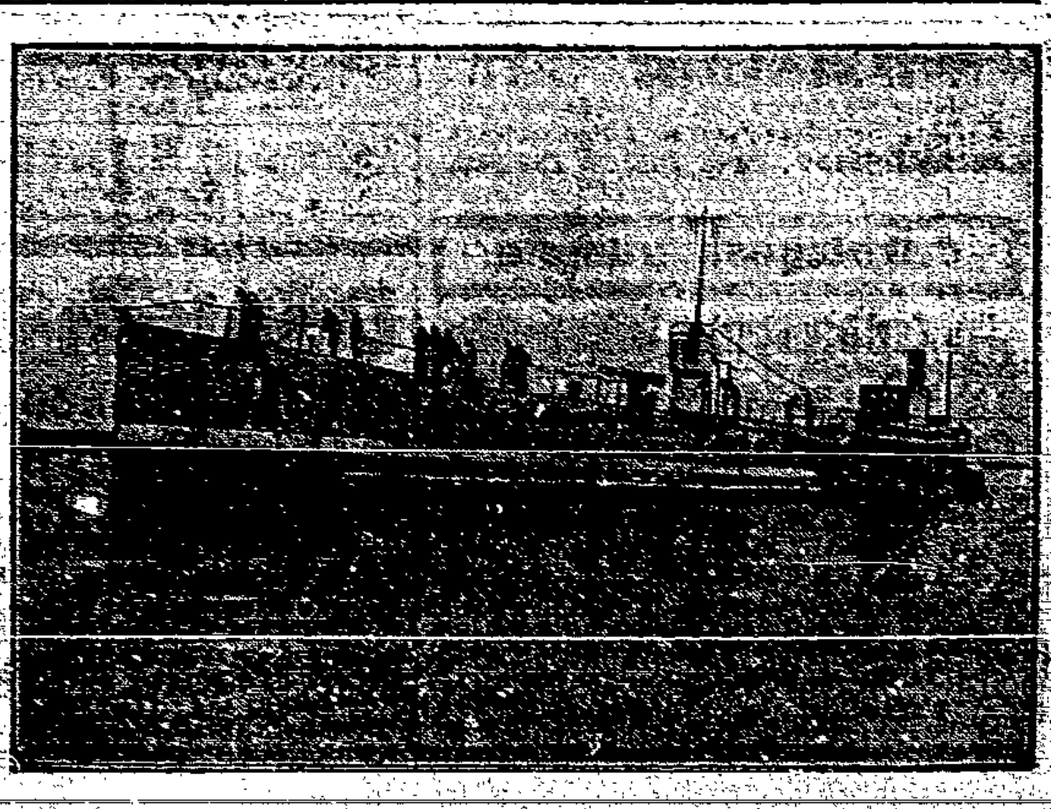
Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in einem Pariser Friseurgeschäft. Das Dienstmädchen des Friseurs hatte die Vorhänge mit Benzin gereinigt und wollte diese im Hofe zum Trocknen aufhängen. Als sie an einem Ofen vorbeikam, fingen die Vorhänge Feuer. Vor den Augen ihres Dienstherrn verbrannte das Mädchen als lodernde Fackel. Auch die Haushälterin wurde schwer verbrannt, während der Friseur mit leichten Brandwunden davonkam.

Drahtlose Verständigung unter Wasser

Wie das „Oeuvre" zu berichten weiß, finden bei Cherbourg interessante Versuche über drahtlose Verständigung unter Wasser statt. Bisher ist es gelungen, eine Verbindung unter Wasser über eine Entfernung von drei Kilometern einwandfrei herzustellen. Diese Neuerung ist außerordentlich bedeutsam, denn sie gestattet den Unterseebooten im Falle eines gemeinsamen Angriffes unter Wasser, sich über ihre gegenseitigen Aufgaben zu verständigen.

Das neue U-Boot-Unglück

In der amerikanischen Marine ist wiederum ein neues U-Boot-Unglück eingetreten. Das U-Boot „S 17" (im Bilde) ist in der Almirantebucht (westlich des Nordausganges des Panamakanals) gesunken und liegt 10 Meter unter der Wasseroberfläche. Die Mannschaft soll gerettet worden sein.



Eingesandt

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.
Die Redaktion.

Die Exmittierten aus dem Grundstück Hirschstraße 16a befinden sich immer noch im Obdachlosenasyl

Vor längerer Zeit brachte die „Volkswacht" die Zustände des Grundstücks Hirschstraße 16a und deren Exmittierten. Das Grundstück wurde abgebrochen und die Mieter von der Baupolizei auf die Straße gesetzt. Das Wohnungsamt versprach zwar den Leuten Wohnungen, aber bis heute haben sie noch keine erhalten. Es sind schon ungefähr sieben Wochen, seit die Leute im Obdachlosenasyl verbringen. Auch über diese Verhältnisse muß man hier einiges erwähnen. Die Exmittierten müssen auch im Asyl ihr Kochquartier bezahlen, aber auch die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Eine Familie die monatlich 55 Mark erhält, muß davon 6 Mark bezahlen. Die jedoch noch keiner Wohlfahrtsunterstützung bedürfen, haben nichts zu zahlen. Wir bitten die zuständige Behörde um sofortige Abhilfe.
T. P.

Was einem städtischen Mieter passieren kann

Ich bin seit dem Jahre 1920 als Wohnungsuchender eingetragen. Hatte in den Jahren drei Wohnungen zugewiesen erhalten, aber für meine Familie nicht entsprechend. Im Juni dieses Jahres hatte ich Kirchstraße Nr. 13/20 eine Wohnung vom Wohnungsamt erhalten. Ich bin sofort zur Wirtin hingegangen und habe mir die Wohnung zeigen lassen. Sie hat mir gefallen und ich sagte, ich werde sie nehmen. Die Wirtin war einverstanden. Nach drei Tagen erhielt ich aber von der Wirtin den Bescheid, daß sie mich als Mieter nicht haben will. Sofort ging ich nach dem Wohnungsamt und erklärte, daß sie mich nicht herein haben will. Darauf ging die Sache an das Mieteinigungsamt und ich hatte das erstemal im Juli Termin. Dieser wurde vertagt, weil über meine Person Erkundigungen eingezogen wurden, ob ich Arbeit habe und ob ich Miete schulde; damit war auch der Herr Wohnungskommissar einverstanden. Der nächste Termin hat am 29. August stattgefunden. Diesmal kam die Sache zur Verhandlung und da wurde erklärt, daß ich dem Magistrat für Mai, Juni und Juli Miete schulde. Laut Mietbuch habe ich die Miete dieses Jahr voll und ganz bezahlt. Die Wohnung, wo ich wohne, gehört dem Magistrat, und er selbst hat falsche Angaben gemacht. Als das vorgelesen wurde, hat der Wohnungskommissar erklärt: „Ich ziehe meinen Antrag zurück und Sie bekommen einen anderen Mieter". Ich habe schon dem Herrn Wohnungskommissar geschrieben, was hier vorgefallen ist. Ich habe eine zweifenstrige Stube, wo ich, meine Frau, sechs Kinder unter 14 Jahren und eine Tochter von 15 Jahren hausen müssen, schlimmer wie bei den Zigeunern. Zwei Bettstellen habe ich in meiner zweifenstrigen Stube aufgestellt, die andern schlafen auf der Erde. Deshalb fordere ich sofort eine größere Wohnung und recht baldige Abhilfe. Denn so ein Leben habe ich jetzt satt.
A. Vogel, Tischler, Ursulinerstraße 17.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Kaufhäuser

Kaufhaus Adler Fürstenstraße 2
Spezialh. f. Damenkleidung jed. Art. Manufaktw., Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag., Strümpfe. Bes. Angeb. in Schürzen

Nikolai-Kaufhaus
18 Alsenstraße **Erich Hirsch** Alsenstraße 18
Bekannt als reell und billig

Kaufhaus Bach & Blachmann
Breslau 23 Herdainstraße 44 — Filiale Brockau Güntherstraße 19
Sämtliche Bedarfsartikel
Größte Auswahl — Billigste Preise

Auguste Hoffmann
Rosenthaler Straße 61
Wäsche — Trikotagen — Stoffe

A. Kapst, Klosterstr. 67
Herren- u. Knaben-Garderobe | Maßschneiderei u. Schnittwaren
Berufskleidung jeder Art | Bettfedern

Anna Mantke
Alsenstraße 19
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Eure Familienanzeigen der „Volkswacht"

Schuh- und Lederwaren

Schuhwaren aller Art bei
Karl Pache, Matthiasstraße 134
Annahme von Maßanfertig. sowie sämtl. Reparatur.

Ernst Oswald, Große Groschengasse 7
Spezialgeschäft für Schuhmacher-Bedarfsartikel und Lederhandlung :: Unterleder- u. Oberleder-Ausschnitte in allen Ledergattungen.

Adolf Gottwald
Inh.: Eugen Gottwald
Breslau, Neumarkt 44 (Gegründet 1854)
Großes Schuh- und Stiefel-Lager
Holz- u. Filzschuhe — Annahme von Reparaturen

Wilhelm Vogel
Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66.

Schuhmarkt Adolf Hecht
Alsenstraße 23
Als reell und billig bekannt

Wo kauft man seine Lederschuhe?
Bei Gutsche, überall empfohlen.
Albert Gutsche Breslau, Sandstr. 20/21 Telephon Ohle 2919
Lieferant für Ist- und Mittelstandsfest-Bedarf Schuhe
Schuhe M. 8.80 Stiefel M. 11 Schuhe M. 22 Pantoff. 7

A. M. Remak
Inhaber: Hermann Remak
Lederhandlung, Schuhbedarfsartikel
Billigste Preise

S. Joskowitz Matthiasstr. 105 (Nähe Grenzstraße) **Lederhandlung**
Spez.: Feine, farb. Oberleder, mod. Leisten, sämtl. Schuhbedarfsartikel, moderne Schuheinrichtungen en gros. Lederausschnitt billigst en détail

Emil Jäkumpf Friedrich-Wilhelmstraße 84
empfiehlt Offenbacher Lederwaren, Koffer, Schultaschen u. Aktenmappen zu billigsten, aber festen Preisen.

Trikotagen, Strümpfe

Ihre Strümpfe **Carl Baumgarten** Ihre Strümpfe
Breiter Straße 15 Breiter Straße 7
Billige und gute Strümpfe garantiert

Oskar Bohm Gemeindestraße 27
Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche
Schürzen — Strümpfe — Handschuhe
Kleider und Wäscheanfertigung

Georg Jäschke Frankfurter Straße 115/117
Wäsche — Schürzen — Strümpfe
Kurzwaren — Herrenartikel

Molkerei-Produkte

Alois Henschel & Co.
Milchgroßhandlung und Molkereiprodukte
Brunnenstraße 34 — Telephon Stephan 30785
Filiale Siedlung Pöpelwitz
Verlangen Sie stets u. ständig die guten, schmackhaften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige, tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei Scholzke & Sohn, Breslau-Klein Tschansch — Fernr. O. 8485 in sämtlichen durch unsere Plakate gekennzeichneten Spezialgeschäften erhältlich.

Fernruf O. 7655 **Alsen-Molkerei** Fernruf O. 7655
Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauerpasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Kl.-Mochbern
Inh.: Reinhold Gotthardt
Groß- u. Kleinhandel ◆ Hauptgeschäft: Förstersir. 1
Tiefgekühlt, haltbare Vollmilch, Eier, Butter, Käse

Milchvertrieb Breslau-West
Leuthenstr. 64, Filialen: Nikolaipl. 2 u. Bergstr. 25
Sämtliche Molkereiprodukte täglich frisch

Hermann Walter Eier :: Butter :: Käse
Gabitzstraße Nr. 39. **Dampfmolkerei**

Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig Matthiasstraße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herdainstraße 106.
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Richard Stampe, Kospothstraße 5
— ff. Fleisch- und Wurstwaren —

Gustav Standke Friedrich-Karlstr. 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren
:: Bezugsquelle für Gefrierfleisch ::

Wilh. Land jr.
Lehmgrubenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Johann Kursawe Paulstraße 37
Ecke Gertrudenstr.
Telephon: Ohle 3557
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Stampe
Kospothstraße 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Fritz Kaps
Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Kursawe
Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weißenburger Straße 4
:: ff. Fleisch- und Wurstwaren ::

Emil Lüdeck
Steinauer Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Hoffmann
Bärenstraße 30
Filiale: Hildebrandtstraße 26
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Albert Simmich
Hedwigstraße 21, Ecke Sternstraße
Fleischerei u. Wurstfabrik

Bertold Zobirei Kospothstraße 11
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Richard Krusch
Wurst- u. Konserven-Fabrik
Adalbertstraße 23/25 Tel. 25565
Klosterstraße 49
Ohlauer Straße 87 (Goldene Krone)
Tiergartenstraße 26 (Ecke Kaiserstr.)

Otto Krause, Elbingstraße 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Heide
Fleischerei und Wurstfabrik
Markthalle Ritterplatz :: Stand 27/28

Alfred Just, Scheitniger Str. 23
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Herren-Bekleidung

Bekleidungshaus J. Ruben Frankfurter Str. 60/62
Herren-Bekleidung, fertig und nach Maß

Zigarren, Zigaretten

Oswald Grunwald
Tel. Ohle 910 Taschenstraße 130 Tel. Ohle 910
Lebensmittel ◆ Tabake ◆ Zigarren ◆ Tabak

Otto Strehlow
Karpfenstraße 9
Große Auswahl in Tabakwaren

Gustav Lemke, Hedwigstraße 11
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Zigarrenhaus Hermann Wiedemann
Weidenstraße 40, Ecke Breitestraße
Telephon 20195

Zigarrenhaus Hermann Kühlert
Weidenstraße 29
empfiehlt gute Hamburger und Bremer Fabrikate

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Reichelt, Scheitniger Str. 33
Zeichen Mitglieder der zugelassenen Firma Brauerei Wachner
Inhaber: Richard Julius Reichelt. — Keine Filiale.
Kaffeestube. Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

„Zur Stadt Berlin"
Inh.: Hermann Kirche Frankfurter Straße 72

Uhren und Goldwaren

G. Glade Bohrauer Straße 11
Ecke Sadowastraße
Uhren und Goldwaren
Eigene Reparaturwerkstatt

Musikwerke

Musikhaus Melzer
36 Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 36
Musikinstrumente jeder Art. Auch Teilzahlung.

Schallplatten sämtlicher Fabrikate
Sprechapparate von 18.00 Mk. aufwärts
nur bei **H. Schmidt,**
Waterloostraße 3. Auf Wunsch Teilzahlung.

Fahrräder und Reparaturen

Opel-Rad Grammophone **A. Hoch**
Klosterstraße 103.

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen. — Reparaturwerkstatt mit elektrischem Betrieb. — Teilzahlung gestattet.

Karl Bohn Scheitniger Str. 33
Telephon 571 14
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt u. Ersatzteile

Fahrradhaus „Frisch auf"
Nikolaistraße 16/17
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität".

Pfandhäuser

Höchste Beleihung
auf Pfänder jeder Art
Leihhaus Otto Müller, Weidenstraße 7

Beleihung von
Wäsche • Betten • Kleidungsstücken •, Gold- u. Silberwaren
Julius Grundmann Trebnitzer Straße 21.

Geld auf Pfänder **Leihhaus Rose**
Friedr.-Wilh.-Str. 67

Geld auf Pfänder
Leihhaus Hickmann, Matthiasstraße 118
Verkauf von Uhren und Goldwaren.

Geld auf Pfänder Leihhaus **Aug. Langner**
Lohestraße 39 I. Ecke Brunnenstraße

Geld auf Pfänder
Leihhaus Max Rudolph, Westendstr. 47

Geld auf Pfändern
Leihhaus Buscher, Schmiedebrücke 53, gegenüb. Nordsee
Verkauf von Uhren und Goldwaren

Geld auf Pfänder
Leihhaus Wall, Sadowastraße Nr. 13

Bettfedern

Bettfedern, Inletts usw.
in reicher Auswahl.
Paul Schleif Inhaber: Hilde Hähndel **Matthiasstr. 124**
Tel. 553 21. Mod. Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Beerdigungs-Anstalten

Deutscher Begräbnis-Versicherungs-Verein
Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer aufklärenden Schriften oder Vertreterbesuch

Beerdigungs-Anstalt vorm. C. Heymann,
Tel. 587 47 Breslau 6, Klosterstr. 95/97 Tel. 587 47
Ueberführungen • Feuerbestattung
Großfuhrbetrieb • Leichenkraftwagen

Bäckereien und Konditoreien

Richard Scholz
Bäckerei und Konditorei — Blücherstraße 27

Paul Mohry
Hirschstraße 69 Telefon: Ohle 4961
Bäckerei — Bestellgeschäft

Bäckerei :: Konditorei :: Bestellgeschäft
mit elektrischem Betrieb
Georg Zerowka, Westendstraße 65

Ernst Glatz
Bohrauer Straße 37
Telefon: Stephan 308 94
Bäckerei u. Konditorei

Wilhelm Tasler, Lichtstraße 19
Bäckerei — Konditorei — Bestellgeschäft

Friedrich Berger
Kreuzstraße 38
Bäckerei und Konditorei mit elektrischem Betrieb
Spezialität: Bergers Schlüter-Brot

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift für die Frau
Preis 40 Pf.

Deutsch-Lissa u. Umgebung

Farbenänderungen

Kleiderfärberei Lindenhof
Ausführung von Färbearbeiten jeder Art.

Franz Schlenger **Hugo Kowalski**

Kaufhäuser

Kaufhaus Brauer
Spezialität: Bettfederbetten und Schlafdecken.

Franz Seliger

Der Weiße Jude
Preis 30 Pf.

Arbeiter-Sportbewegung

Wandern als Leibesübung

Breslau, den 24. September 1928.

Unter den vielen wertvollen Kultur- und Sportorganisationen nimmt die Arbeiterwanderbewegung, der Touristenverein „Die Naturfreunde", offensichtlich eine Doppelstellung ein. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Wandern als Sport betrachtet. Mancher ist daher schon verleitet worden, den in den Naturfreundekreisen Tätigen eine gewisse minder bedeutende Stellung einzuräumen. Da aber für die Entwicklung der Arbeiterklasse alle Erscheinungen auf dem Gebiete des kulturellen Lebens außerordentlich wichtig sind, erscheint es notwendig, einmal die konkreten Aufgaben der Arbeiterwanderbewegung kurz zu skizzieren.

Das Wandern dient in erster Linie der Förderung der Gesundheit. Allerdings hat die Wandertätigkeit im Laufe der Geschichte der Leibesübungen auch Auswüchse gezeitigt; solche Verirrungen zeigen andere Sportarten eindeutig noch heute, und besonders die bürgerliche Sportarbeit stellt sie immer wieder mit aller Eindringlichkeit voran. In den ersten Jahren nach dem Kriege tobte sich besonders der Geist des Rekords beim Wandern in der Kilometerfresserei aus. Diese Entgleisungen sind aber besonders in den Kreisen der Arbeiterwanderer längst überwunden. Was sich abseits davon und leider auch unter Beteiligung von Arbeiterkindern in der sogenannten „wilden Wanderbewegung" auftut, kann uns hier in einer ernsten Betrachtung des Wanderns kaum interessieren, wenn auch solche Auswüchse von den einzelnen Organisationen im täglichen Arbeitsbetrieb durch Aufklärung unterbunden werden müssen.

Nach dem heutigen Stand der Dinge kann man durchaus von einer Kultivierung des Wandertriebs sprechen, der allerdings nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Erscheinungen zu denken ist. Die Unkultur der Gegenwart, sichtbar in zweifelhaften Vergnügungen, im Wirtshausleben und in der Tanzsaalerotik stieß schon bei den ersten Gliedern der Arbeiterwanderbewegung auf Widerstand. In unserer heutigen Zeit höchst konzentrierter Kraftanspannung im maschinellen Betrieb der Großindustrie entsteht der Trieb zum Wandern allein schon aus dem Bedürfnis nach Aufenthalt in frischer Luft, nach Erholung von der stickigen Enge des Fabrik- und Werkstattgetriebes, nach Befreiung vom Warenhausleben und vom Aktenstaub in Kontoren und Büros. Als Gegenwirkung gegen die Mechanik des Alltagslebens weckt das Wandern lebendige Kräfte im körperlichen Leben, die sonst der Verkümmerung anheim fallen würden. Es braucht hier nur an die sitzende Tätigkeit im Büro erinnert werden. Aber auch in die einseitige Tätigkeit des heutigen Arbeitsprozesses bringt das Wandern Abwechselung durch Laufen, Springen, Schwimmen, durch Volkstänze, Gymnastik, Freikörperkultur und mannigfaltige Spiele auf weiten Lagerplätzen. Neuerdings hat auch das Wasserwandern weitere nicht zu unterschätzende Formen der einfachsten Leibesübungen entwickelt. Alle diese Betätigungsformen, die mit dem Wandern einhergehen und die im Wintersport, im Klettern und in der Hochtouristik noch eine besondere Gliederung zeigen, können eng in den Begriff wertvoller Leibesübungen eingefügt werden.

Diese Formen der Leibesübungen im Sinne wahren Arbeiterwanderns tragen aber in keiner Weise den Charakter des sportmäßigen Wettbewerbes in sich. Höchstleistungen, Herausstellung einzelner und Rekordbegriffe als Erscheinungsformen moderner sportlicher Vergnügungen sind hier von vornherein ausgeschaltet. So ist Wandern wohl Leibesübung, aber nicht Sport, nach dem Begriff, in dem wir heute alle sportlichen Erscheinungen vereinigen. Damit ist für das Arbeiterwandern zugleich eine Ueberleitung zur Gemeinschaftswertung der Arbeit herbeigeführt. Gemeinschaftsarbeit aber verlangt höhere Einstellung der Gefühls- und Verstandesmitwirkung. Die erstere mündet in Geselligkeit, in Pflege von Musik, Gesang und Volkstanz aus. Der letzteren wird vielfältige Anregung in der Betrachtung der Natur, in Diskussionen über Werden und Vergehen im Leben, in spezieller Bearbeitung naturwissenschaftlicher Probleme. In dieser Richtung wird bereits in allen Gauen der Naturfreunde gearbeitet. Damit ist aber auch der Charakter des Arbeiterwanderns im Rahmen proletarischer Kulturbewegung klargestellt.

Das französische Bundesfest

gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Die Stadt Lille gehörte in diesen Tagen dem Arbeitersport. Der gesamte Gemeinderat, Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft wetteiferten in der Unterstützung der Arbeiterturner und -Sportler. Ohne diese Zusammenarbeit wäre die mustergültige Organisation des Festes kaum möglich gewesen. Vom Ausland nahmen belgische, tschechische und holländische Arbeitersportler an der Veranstaltung teil. Lebhafte Freude erregte auch die Beteiligung der elsässischen Turner.

Das Fest wurde am Sonnabend durch ein Nachtfest auf öffentlichem Platze eingeleitet. Auf einer Freilichtbühne wurden bis um Mitternacht 22 Programmnummern — Pyramiden, Tanz, Gymnastik usw. — abgewickelt, die ungeteilten Beifall fanden.

Zum Sektionsturnen am Sonntag früh traten 50 Sektionen an. Darunter auch die ausländischen Gäste. Sehr gut schnitten in den gewissenhaft ausgetragenen Wettkämpfen die Elsässer ab. In der gegen Mittag im Stadttheater stattgefundenen Festversammlung fand der Gedanke des Arbeitersports begeisterte Fürsprecher. Die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale war vertreten durch den Ehrenpräsidenten Bridoux-Brüssel. Der Festzug am Nachmittag war für französische Verhältnisse überwältigend. Unter den vielen Fahnen der Sportler befanden sich auch 80 der Gewerkschaften. 3000 Turner und Sportler zeigten auf dem Place de la Republik Freiübungen nach den Klängen der Musik, die durch diese Neuheit für Frankreich und durch die gelungene Ausführung außerordentlichen Beifall fanden. Straßenbahn und sonstiger Verkehr war während dem Festmarsch und Freiübungen gesperrt. Den Sonntagsabschluß bildete wieder ein Nachtfest mit ausgewähltem Programm. Massen von Zuschauern und lebhaften Beifallskundgebungen.

Der Montag war der Tag des Einzelturnens, der Leichtathletik und Spiele. Im Einzelturnen errang E. Deeb-Straßburg den ersten Preis. Das Fußballspiel Frankreich gegen Provinz Flandern (Belgien) lief 3:1 für Frankreich aus. Im Korbballspiel gewann Frankreich 46:10. In der Leichtathletik erwiesen sich die Pariser Sportler überlegen. In die zweiten und dritten Plätze teilten sich abwechselnd Straßburger und belgische Sportler.

Aufmachung, Beteiligung und Verlauf der Gesamtveranstaltung waren gut, ebenso die Gastfreundschaft gegenüber den ausländischen Gästen.

Sitzung des Bundesvorstandes vom Arbeiter-Turn- und Sportbund

am 19. September 1928

Anwesend 20 Mitglieder, 3 fehlen entschuldigt.

Gellert berichtet über die Verhältnisse im 1. Kreis (Berlin). Dort findet eine völlige Umschichtung statt. Das Kartell ist gespalten, das neue bundestreue Kartell festigt sich. Von 120 Bundesvereinen im Berliner Arbeitersport-Kartell sind 35 rückhaltslos zum neuen Kartell gemeldet, während 85 außerhalb des Bundes stehen. Diese verteilen sich wie folgt: Von 51 Turnvereinen sind 18 dem neuen Kartell beigetreten, 33 stehen außerhalb des Bundes. Bei den Schwimmern betragen diese Zahlen bei 14 Vereinen ein Verhältnis von 7:7, bei den Ruderern 14 Vereine mit 8:6 und von den 41 Fußballvereinen sind 2 im neuen Kartell und 39 außerhalb.

Auch die Vereine spalten sich. Die bundestreuen Mitglieder treten aus den KPD.-Vereinen aus und schließen sich den bundestreuen Vereinen an. Dadurch erfolgt eine unübersehbare Umgruppierung. So hat sich die bundestreue Freie Schwimmerschaft Neukölln genötigt gesehen, sich als Freie Schwimmer Groß-Berlins zu erweitern. Sie ist in kurzer Zeit von 500 auf 1300 Mitglieder gestiegen. Aehnlich vollzieht sich in allen anderen Vereinen eine reinliche Scheidung, die den Vereinen nur ein besseres Arbeiten für die Zukunft gewährleistet.

Die Märkische Spielvereinigung (M.S.V.) hat im Gegensatz zu den Bundestagsbeschlüssen die vom Bund ausgeschlossenen Genossen Zobel und Hutmann auf ihrer außerordentlichen Kreistagung unbekümmert auf ihren Posten gelassen und sich damit außerhalb des Bundes gestellt. Darauf wurde die M.S.V. vom Geschäftsführenden Ausschuß als ausgeschieden vom Bund betrachtet und eine neue Spielvereinigung des 1. Kreises wird gebildet. 33 Vereine der alten M.S.V. haben bereits ihre Mitgliedschaft zugesagt. Der spätere, freiwillige Rücktritt Zobel und Hutmann von ihren Aemtern, kann das Ausscheiden der M.S.V. nicht mehr rückgängig machen. Die Vereine, die den Beitritt zum neuen M.S.V. verweigern, bleiben außerhalb des Bundes.

Die vom Geschäftsführenden Ausschuß dahingehenden gestellten Anträge wurde einstimmig angenommen. Sie lauten:

1. Der Bundesvorstand erkennt die Beschlüsse des Geschäftsführenden Ausschusses in der Angelegenheit Kartell Groß-Berlin, Kartell Halle an und erklärt:

Die Vereine, welche die durch die Fragebogen an sie gerichteten Fragen nicht im Sinne des Bundes anerkannt haben, stehen außerhalb des Bundes. Der Bundesvorstand spricht dem neugebildeten Kartell in Berlin und Halle seine Sympathie aus. Anstelle der aus dem Bund ausgeschiedenen M.S.V. soll baldigst eine Spielvereinigung des 1. Kreises gebildet werden.

Der Kreisvorstand des 1. Kreises soll in Verbindung mit den in Frage kommenden Vereinen die organisatorischen Vorarbeiten zur Durchführung des Spielbetriebes treffen.

2. Der Bundesvorstand beauftragt den Kreisrat des 1. Kreises, einen Kreistag am 28. Oktober einzuberufen. Da bis zu diesem Tage keine Spartentage stattfinden können, um die Wahlen der Delegierten vorzunehmen und weil der Kreisrat in seiner erweiterten Kreisratssitzung im Frühjahr dieses Jahres bereits beschlossen hatte, das Delegationsrecht zu dem nächsten Kreistag auf die Vereine zu übertragen, so bestimmt der Bundesvorstand:

Zu dem diesjährigen Kreistag wählen die Vereine die Kreistagsdelegierten selbst. Jeder Verein erhält einen Stammdelegierten. Vereine über 250 Mitglieder wählen auf je 250 Mitglieder mehr einen weiteren Delegierten. Bruchteile über 125 gelten als voll. Der Delegation zu Grunde gelegt wird die Zahl der am 1. Oktober vorhandenen Vereinsmitglieder. In gemischten Vereinen sind die Sparten entsprechend ihrer Mitgliederzahl zu berücksichtigen.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur die über 18 Jahre alten Mitglieder.

3. Der Bundesvorstand beschließt ferner:

Albin Nikschke-Berlin und H. Darstein-Weißenfels werden wegen bundesschädigenden Verhaltens aus dem Bund ausgeschlossen.

Gellert berichtet über die Verhältnisse im 6. Kreis (Rheinland-Westfalen). Hirschfeld hat als Stadtverordneter zum Deutschen Turnfest durchaus einwandfrei gehandelt. Uebergriffe von Düsseldorf-Eller und Geeresheim werden schärfstens zurückgewiesen, und der Kreisrat des 6. Kreises wird die Sachen im Sinne der Bundestagsbeschlüsse behandeln.

Aus dem Bericht über die Spartakiade und der letzten RSJ.-Tagung ergibt sich mit unmißverständlicher Klarheit der feste Wille der RSJ.: Schärfsten Kampf gegen die reformistischen Führer der LSJ. zu führen, die Verbände zu unterminieren und sie in die RSJ. überzuführen. Der Bundesvorstand wird dementsprechend seine Maßregeln treffen.

26 Bundesgenossen, die trotz Verbot an der Spartakiade teilgenommen haben, werden ausgeschlossen. Weitere Maßnahmen gegen andere Uebertreter der Bundesdisziplin behält sich der Bundesvorstand vor. Einwände, nur aktiv Beteiligte an der Spartakiade auszuschließen, wurden mit der Begründung zurückgewiesen, daß alle Teilnehmer demonstrativ gemeinsam als deutsche Delegierte von Stettin abfuhren und auch geschlossen als deutsche Vertretung in Moskau aufgetreten sind. Damit ist der Bundestagsbeschluß bewußt übertreten.

Panzerkreuzervolksbegehr und Arbeiter-Turn- und Sportbund

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes faßte folgende Entschließung:

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund ist entschieden gegen jede imperialistische Wehrmacht, also auch gegen Panzerkreuzerbau. Der Kampf dagegen ist aber eine rein parteitaktische Aufgabe. Die KPD. will den Volksentscheid einzig und allein zur Bekämpfung der SPD. Das schließt ein einheitliches Vorgehen aus und macht es darum auch uns unmöglich, aktiv an diesem Kampfe teilzunehmen. Unsere Vereine und sonstigen Organisationskörper brechen daher Bundesbeschlüsse, wenn sie sich in die sogenannten „Einheitsausschüsse" für das KPD.-Volksbegehren begeben. Wer hineingegangen ist, muß sofort seinen Austritt erklären. Eine Beteiligung daran ist kreisseitens untersagt.

Leipzig, den 19. 9. 1928.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Ameisenhaufen

Seit einem Vierteljahr „klären" sich die Verhältnisse im Berliner Arbeitersport. Diese lange Zeit mag vielleicht etwas ausgedehnt vorkommen, sie ist aber in den total verworrenen, um nicht zu sagen verkommenen Zuständen in Berlin begründet.

Wie lagen die Dinge? Nachdem die Kommunisten im Parteileben und in den Gewerkschaften abgewirtschaftet hatten, nachdem sie hundert Nebenorganisationen gründen mußten, um überhaupt nur ihre Schäflein bei der Stange zu halten und neue gewinnen zu können, warfen sie sich mit aller organisatorischen Macht auf die Arbeitersportvereine. Mehrere Parteisekretäre wurden eigens zur Bearbeitung dieses Gebietes angestellt — die Hetze ging los! Alles, was sich zur Sozialdemokratie rechnete, wurde unter die Beine genommen, mit den parteigenössischen Sportlern sollte der Arbeiter-Turn- und Sportbund getroffen werden. Das gelang den Trabanten der kommunistischen Sportparteisekretäre auch insoweit, als viele, viele der im jugendlichen Alter stehenden Arbeitersportler auf den kommunistischen Leim krochen. Als die Hetze schließlich so weit ging, daß eine glatte Sabotage gegen den Bund herauskam, griff der Bund energisch ein. Es kamen Ende Juni die Beschlüsse des Bundestages in Leipzig, die scharf gegen alles, was mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeitet, Stellung nahmen und den Bundesvorstand mit weitgehenden Vollmachten ausstatteten.

Dieses energische Vorgehen hat nun das Berliner Arbeitersportlager wie einen Ameisenhaufen aufgestöbert, wenigstens soweit die Kommunisten in Frage kommen. Ihnen halfen jetzt alle Protestresolutionen alle „Bekenntnisse zur Bundestreue" (die sie jetzt mit einem Male bei sich entdeckten!) nichts: der Bund griff durch und schmiß die lästigsten und großmäuligsten Leute hinaus. Ueberall schlossen sich die bundestreuen Sportler fest zusammen, und der Sport, der Stützpunkt für wahren Arbeitersport, wurde die „Freie Turnerschaft Groß-Berlin", ein Verein, der bereits vor Jahren als Gegengewicht gegen den immer mehr ins kommunistische Fahrwasser abrutschenden Verein „Fichte" wurde, und der jetzt bereits über 5000 Mitglieder hat.

In den Verwaltungsbezirken Berlins sammelten sich die aus kommunistisch verseuchten Vereinen hinausgeekelten Bundestreuen in neuen Vereinen, daß das unter Leitung unseres Parteifreundes Oehlschläger stehende neue Arbeitersportkartell jetzt schon 32 Vereine betreut, zu denen sich die Naturfreunde, die Samariter und der Verein des „Freien Seglerverbandes" gesellen. Insgesamt sind von den 45 000 Arbeitersportlern Berlins 15 000 freiwillig zum neuen Kartell gekommen. Mit dem Ablauf der Erklärungsfrist (10. September), die der Bund den Vereinen stellte, wird noch eine große Anzahl weiterer Vereine hinzukommen.

Interessant und für die geistige Verfassung vieler Arbeitersportler bezeichnend ist, daß in vielen Vereinen völlige Unklarheit über die organisatorischen Zusammenhänge besteht. Man hält die Auflösung des bisherigen Kartells tatsächlich für eine Gewaltmaßnahme der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, protestiert fortwährend mit den Kommunisten mit — und diese ergaunern sich so ihre Mehrheiten. Zu bedauern ist dabei nur, daß beispielsweise der Arbeiter-Radfahrerbund und der Arbeiter-Athletenbund fast untätig der Entwicklung der Dinge zusehen. Einige Abteilungen der Radfahrer sind fest beim neuen Kartell, in den anderen Abteilungen wehren sich die „Bundestreuen" verzweifelt gegen ihre Feinde. Von den Athleten ist im neuen Kartell gar nichts zu merken. Sie stehen offenbar so stark unter dem Einfluß des kommunistischen Landtagsabgeordneten und „Schwerathleten" Seidenim, daß sie für ihre Gesundheit fürchten.

So stehts in Berlin. Die kommunistischen Vereine und die kommunistischen Parteisekretäre bestreiten zwar, eine Filiale der Roten Sportinternationale aufmachen zu wollen. Sie wollen vielmehr, wie sie sagen — „geschlossen für die Wiederaufnahme kämpfen." Berlin wird sich also noch auf allerlei gefaßt machen können.

Hoch die Einheit!

Die Mark Brandenburg (1. Kreis) unternahm alljährlich eine Altersriegenturnfahrt, die sich großer Beliebtheit und stetig steigenden Besuches erfreute. So war auch für dieses Jahr seit langem wieder die Fahrt angesetzt und zwar nach Brandenburg an der Havel, gleichzeitig damit den alten Bundesgründer Otto Gartz zu seinem 50jährigen Turnerjubiläum zu ehren. Auch das letzte Mitteilungsblatt vom 29. August brachte noch eine diesbezügliche Aufforderung. Eine Altersriegenversammlung in voriger Woche in Berlin aber beschloß, diese Fahrt abzusagen und dafür am 30. September nach Fürstenwalde zu gehen. Gründe? Brandenburg ist wohl zu sozialdemokratisch? Daß die Brandenburger Genossen Dampfer bestellt und viele andere Vorbereitungen getroffen hatten, zählte nicht. Die Aussprache darüber ging doch nicht so ganz glatt. Aber die Freunde Brandenburgs waren in hoffnungsloser Minderheit. Die „geistigen Waffen" hagelten auf sie hernieder in Form von Kosenamen, wie Faschistenknechte, Panzerkreuzerbanditen und ähnliche kommunistische Gehirnschmalzspritzer mehr, so daß es einige 40 Genossen unter Führung des Kreisvertreters vorzogen, ein anderes Lokal aufzusuchen und jene unter sich zu lassen. Hier beschloß die Minderheit: „Wir halten an der beschlossenen Fahrt fest." So geschah es. Am Sonntag kamen ungefähr 800 Altersturnerinnen und Turner in Brandenburg zusammen. Wohl wären es weniger als sonst, aber es war endlich wieder einmal ein Fest wirklicher Einheit, weil die „Einheitler" fehlten. Wahrscheinlich wären es noch viel mehr geworden, aber die „Einheitler" hatten Zettel drucken lassen und im letzten Augenblick an alle Vereine gesandt mit der Nachricht: „Die beschlossene Altersriegenfahrt ist auf den 30. September verschoben und geht nach Fürstenwalde." Das hat sicher viele irretiert.

Arbeiter und Angestellte! Lernt stenographieren!

Fortschritte, die das Bürgertum schon Jahrzehnte ausnützt, muß sich auch die Arbeiterschaft aneignen, zumal es auch für uns leicht, einfach und billig ist. Der Herbst ist nahe. Neue Kämpfe der Arbeiterschaft stehen bevor. Jeder sollte die Zeit nützen, um seinen Teil zur Befreiung aus der Knechtschaft beizutragen. Je mehr die geistige Schulung des Proletariats vorwärtsschreitet, desto früher wird auch der Sieg kommen. Deshalb bilde sich jeder fort. Das erste und beste Hilfsmittel und das fördernde Werkzeug dafür ist die Stenographie. Auf Grund praktischer Erfahrungen hat sich ein großer Teil der Arbeiterschaft die Volkskurzschrift Arends als leichte, einfache, praktische und kürzeste Stenographie seit über 30 Jahren angeeignet. Der Arbeiter-Stenographenbund lehrt sie seit 1896. Der Erfolg zeigt sich auch darin, daß in neuester Zeit bürgerliche Schulen für ihre Systeme nun auch den Namen „Volkskurzschrift" zur Propaganda verwenden. Vor Einführung der Reichszwangskurzschrift war bei ihnen dieses Wort nicht zu finden. Wer sich also für alle Zwecke rüsten will, lerne die „Arbeiterstenographie", die Volkskurzschrift „Arends". Wo örtliche Kurse noch nicht stattfinden oder die Adresse nicht bekannt ist, fordere man die Bedingungen für brieflichen Unterricht an vom Arbeiter-Stenographenbund, Zentrale für brieflichen Unterricht, Waldenburg-Altwasser, Schlesien, Steigerweg 23.

Glänzende Leistung österreichischer Arbeiterradfahrer

Am 9. September fand die Bundesmeisterschaft des österreichischen Arbeiterradfahrerbundes im Mannschaftsfahren über 100 Kilometer auf der Strecke Biedermannsdorf—Traiskirchen—Wiener-Neustadt—Neunkirchner Allee und zurück ihre Durchführung. Das Mannschaftsfahren wurde mit Sechsermannschaften durchgeführt, wovon jene vier Fahrer jeder Mannschaft gewertet wurden, die geschlossen und in entsprechenden Abständen das Ziel erreichten. Die Bundesmeisterschaft gewann die Mannschaft der Sportvereinigung der Straßenbahner in der Rekordzeit von 2 Stunden 55,03 Minuten. Es ist dies die beste Zeit, in der überhaupt 100 Kilometer jemals gefahren wurden. Der Erfolg ist umso größer, als nicht ein Einzelfahrer diese Leistung, sondern eine Mannschaft aufstellte.

Die bürgerlichen Radfahrer, die am gleichen Tage ebenfalls eine 100-Kilometer-Straßenmeisterschaft durchführten und zwar als Einzelfahren, hatten beim Sieger die Zeit von 3 Stunden 25,15 Minuten zu verzeichnen.

Und nun der Geist!

Bei der bürgerlichen Veranstaltung kam es nach einem Bericht des Wiener „Sport-Tagblattes", das bürgerlich eingestellt ist, zu unliebsamen Auseinandersetzungen, da behauptet wurde, daß auf der Strecke unerlaubte Führung erfolgte, was zu verhindern gewesen wäre, wenn man entsprechend vorgesorgt hätte. Wörtlich schreibt das bürgerliche Blatt: „Solche tumulte Szenen, wie man sie gestern beobachten konnte, dienen sicherlich nicht zur Propagierung des Sports."

Und bei der Arbeiter-Radfahrer-Veranstaltung herrschte vollkommene Ruhe, das Rennen war ausgezeichnet organisiert. Das bürgerliche „Sport-Tagblatt" schrieb in der gleichen Nummer, in der es die bürgerliche Veranstaltung so scharf kritisierte, über die Arbeiter-Sportveranstaltung: „Es ist sehr ehrend für den Arbeiter-Radfahrerbund, daß die ihm angehörenden Rennfahrer ein so wohldiszipliniertes und hochsportliches Rennen vorführten."

Führerkursus des Provinzial-Sportkartells Schlesien in Centnerbrunn

Die ständige Aufwärtsentwicklung der schlesischen Arbeitersportbewegung machte es notwendig, die in den örtlichen Arbeitersportkartellen zusammengeschlossenen Arbeitersportvereine besonders ein mal zu einem Schulungskursus zu erfassen. Haben doch die Kartelle die besonderen Aufgaben, die örtlichen Verhältnisse zu meistern. Die Vereine körperlich und geistig zu betreuen, vor den Behörden als Sachwalter die Aufgaben der Arbeitersportler gemeinsam zu vertreten. Dazu gehört ein Stamm guter Funktionäre die in ausdauernder Arbeit in der Arbeitersportbewegung, auch über ein gut Teil Allgemeinwissen verfügen, insbesondere mit der modernen Arbeiterbewegung durchaus vertraut sind.

In herbstlicher Stimmung, fernab vom Getriebe der Großstadt, ein stiller Ort im Eulengebirge — Centnerbrunn — war unsere Wirkungsstätte des ersten schlesischen Führerkursus in der Zeit vom 9. bis 15. September. Als Wagnis galt noch vor Wochen, Proletarier acht Tage dem Arbeitsprozeß zu entziehen, ohne Nachwirkungen auf das Arbeitsverhältnis. Heute freuen wir uns über den Erfolg, den die 32 Sportler und zwei Sportlerinnen aus allen Sparten der Arbeitersportbewegung zu verzeichnen haben. Sie wurden ausgerüstet mit besserem Wissen zum Vorteil unserer Bewegung. Nicht nur die Eigenart der Sparten, besser noch die Altersunterschiede der im 24. bis 50. Lebensjahre stehenden Hörer ergänzten einander. Der im jugendlichen Draufgängertum befindliche Sportler mußte oftmals der nüchternen Erkenntnis des älteren Genossen weichen. Morgenturnen, Durcharbeitung der zu behandelnden Themen, körperliche Erholung durch Wanderungen, Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse des dortigen Industriereviers, ergänzten einander. Tabak und Alkohol, die Gegner des Sportes, wurden nicht nur gemieden, sondern auch als Feinde des Arbeitersports in den einzelnen Referaten behandelt. Rassige Referenten waren für wichtige Themen gewonnen. Z.K. Berlin entsandte die Genossen Wildung und Buck, während die Z.K. Schlesien führende Funktionäre der Arbeitersportbewegung in den Dienst der Sache stellte. Zehn Referenten vermittelten das Beste den Hörern aus der Praxis der Bewegung. Der sozialistische Grundton — die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk ihrer selbst — war Leitgedanken aller Referate. Nachstehend lassen wir den Bericht eines jugendlichen Sportlers folgen:

Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (Sekretariat Schlesien) hatte zur Heranbildung von Funktionären ihrer Bewegung einen wöchentlichen Lehrkursus einberufen. Derselbe fand im Volkshaus Centnerbrunn, das für diese Zwecke prächtig gelegen ist, statt. 34 Teilnehmer aus allen Teilen Niederschlesiens fanden sich im Laufe des Anreisetages ein. Hervorragende Führer der Arbeitersportbewegung waren als Vorträgende verpflichtet worden. Am Sonntag abend wurde der Kursus vom Genossen Matzke-Breslau mit kurzen Worten der Begrüßung eingeleitet. Anschließend fand ein Filmvortrag über Schlesien, der infolge technischer Schwierigkeiten nicht zu Ende geführt werden konnte, statt. Am Montag ging es an die eigentliche Arbeit. Genosse Wildung-Berlin eröffnete den Reigen der Vorträge. „Die Geschichte des Sports und seine Bedeutung", sowie „Die Arbeitersportbewegung, ihr Ideengehalt und praktischen Aufgaben innerhalb der Arbeiterbewegung", lauteten seine Themen. In Form von Arbeitsgemeinschaft fand hieran eine Aussprache, wie überhaupt nach jedem Vortrag statt. Am Nachmittag wurde in die nähere Umgebung von Centnerbrunn gewandert. Es folgte eine Besichtigung der Kohlengrube „Roelke" unter Tage.

Am zweiten Tag sprach der Genosse Grosser-Breslau über „Jugendbewegung und ihre Führer". Er behandelte kurz die Charaktereigenschaften der Jugend und die Entstehung der Jugendbewegung. Hieran schloß sich der Vortrag des Genossen Wildung: „Jugendpflege im Reich und in Preußen" und „Jugendpflegeorganisationen". Nachmittag wurde eine Wanderung nach Neurode unternommen. Acht Genossen besichtigten wiederum das Kohlenbergwerk. Nachdem sich am Abend alle wieder eingefunden hatten, sprach der Genosse Matzke über die Bedeutung des Lichtbildes als Erziehungs- und Werbefaktor und zeigte an einigen Beispielen den Wert eines guten Lichtbildes.

Der dritte Tag wurde mit dem Vortrag des Genossen Matzke „Der Vereins- und Kartellfunktionär" eingeleitet. Anschließend sprach Genosse Zimmer-Breslau über Arbeitersport und Presse. Er streifte die Entstehung und Kämpfe der Arbeitersportbewegung und zog lehrreiche Vergleiche über die Zusammenarbeit mit der Presse, dem wichtigsten Propagandamittel, in der Vorkriegszeit mit der Gegenwart. Ueber das Thema: „Die Bedeutung der Leibesübungen in der Entwicklungszeit" (Sport und Sozialist) sprach am Nachmittag der Genosse Dr. Juliusburger-Breslau. Diesem wissenschaftlich schwierigen Vortrag wurde großes Interesse entgegengebracht. Ein zweiter Vortrag des Genossen Dr. Juliusburger war: „Warum brauchen wir sportärztliche Untersuchungen. Mit Hilfe des Genosse Fiebig an den Arbeiter-Samaritern führte er die Untersuchung praktisch vor.

Am Donnerstag sprach Wildung über „Redner und Redner". Er behandelte hauptsächlich den Redner im Arbeitersport. Wissen aneignen ist Grundbedingung für jeden Redner. Ueber „Sportverletzungen" sprach der Genosse Jäschke-Breslau. Er gab wichtige Fingerzeige zu dieser Frage. Nachmittag wurde eine Autofahrt bis Wünschelburg unternommen. Von hier aus erfolgte eine Wanderung auf die „Große Heuscheuer". Durch wild romantische Felsengebilde, über die ein Bach seine Wasser in vielen Wasserfällen nach dem Tale ergießt, ging es talwärts. Nach Besichtigung der „Felsenstadt" ging es wieder heimwärts bis Karlsberg und mit dem Auto zurück nach Centnerbrunn.

Der fünfte Tag begann mit dem Vortrag des Genossen Wildung: „Berufssport". Jeder Teilnehmer mußte einen kurzen Bericht vom Kursus in kürzester Zeit niederschreiben, die dann gesammelt wurden. Es wurden einige Niederschriften von Genossen Wildung korrigiert und gemeinsame Fehler klargestellt. Genosse Buck-Berlin sprach dann über „Arbeitersport — Gewerkschaft und Partei". Jede Organisation hat ihre bestimmten Aufgaben in der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Parteipolitik hat bei den Sportvereinen unterbleiben und nur Sportpolitik im Sinne sozialistischer Weltanschauung getrieben werden. Die Wassersportvereine mußten hierbei auch ganz unter die Lupe genommen. Für den Nachmittag war der Genosse Schorn-Wahrenbrück von der Naturfreunden für den Vortrag „Wandern und Schule" verpflichtet worden. Bei einer langen Wanderung wurde der Vortrag gleich praktisch ausgearbeitet. In diesem Nachmittag war auch die letzte Besichtigung des Kohlenbergwerkes.

Zu schnell war der letzte Tag gekommen. „Sport und Sonst" sowie „Berichterstattung" waren die Vorträge für den Samstag. Die erste Frage behandelte Genosse Matzke, die zweite Genosse Zimmer. Seitdem zeigte uns an praktischen Beispielen, wie wichtig eine gute Berichterstattung für unsere Bewegung ist, und worauf jeder gerade in dieser Frage achten muß. Der „Schriftsatz" gab dann eine „Anleitung" bekannt. Von den 34 Teilnehmern waren 31 gewerkschaftlich und 27 parteipolitisch organisiert. 25 waren aus der Kirche ausgetreten. Die Turner waren mit 16 Genossen, die Radfahrer mit 7, die Fußballer mit 4, die Naturfreunde mit 1 Genossen und 2 Genossen, die Samariter ebenfalls mit 1 Genossen und 2 Genossen und die Athleten mit 1 Genossen vertreten.

Sieben Genossen haben sämtliche Vorträge in Form von 100 Blatt erhalten. Genosse Heinselmann-Breslau, dieser Meister aller Kochkünste, wurde nach kurzer Zeit unseren Magen, indem noch kurz vor Schluß ein Wasser zur Kochgelegenheit wurde. Mit dem Schlußwort des Genossen Matzke, der anläßlich des ganzen Verlaufs des Lehrganges ausführlich sich, und dem Aufsagen des Liedes „Bruder zur Sonne, zur Freiheit" hatte der Kursus sein Ende erreicht. Die meisten Teilnehmer unternahmen noch eine Fahrt nach dem Jugendheim Schlug (Glatz). Hier durch noch Genosse Radoc-Stregau über „Michel, Sozialist und Sport". Am Sonntag schmolz die Schar immer mehr zusammen. Einer nach dem anderen reiste in seine Heimat, um vieles gestärkt zum Kampf gegen unsere Gegner.

In harmonischem Einklang hatten Vortragende und Zuhörer zueinander gestanden. Keinerlei Streitigkeiten kamen in all den Tagen vor. Ein jeder war wohl von dem Geist getragen, nur zu lernen, um nutzbringend in den Vereinen für die Arbeitersportbewegung zu arbeiten. Wenn dem so ist, hat der Kursus seinen Zweck ganz erfüllt.

Herbert Schmidt, Mallnitz.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmhallen für Männer und Frauen

Schwimmunterricht, Wassergymnastik

Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Jeder Sonntag Vorm. geöffnet von 8 bis 1 Uhr

Berufstätigkeit und Sport

Die Notwendigkeit der Leibesübungen wird auch von den Aerzten immer mehr anerkannt. Die Aerzteschaft betrachtet die Körperkultur nicht nur vom Standpunkt der Heilwirkung aus; für ebenso wichtig gilt ihr der vorbeugende Einfluß der Leibesübungen.

Für die werktätige Bevölkerung liegt die Notwendigkeit der Sportbetätigung deshalb besonders nahe, weil ihr durch die Berufstätigkeit die mannigfachsten Gefahren drohen, und zwar handelt es sich dabei nicht nur um die schädlichen Einflüsse der Berufstätigkeit, sondern auch um die durch die Erwerbsverhältnisse gesenkte Lebenshaltung des Arbeitenden.

Die durch die Berufstätigkeit hervorgerufenen schädlichen Einflüsse sind verschiedenen Ursprungs. Als wichtigste müssen die Uebermüdung, die unhygienischen Einrichtungen der meisten Arbeitsräume und besonders die spezifischen Berufsschäden angesehen werden, bei denen man wieder zwischen den eigentlichen Gewerbekrankheiten (Einatmung von Dämpfen, Staub usw.), der einseitigen Betätigung und der Dauerausführung bestimmter Arbeiten unterscheidet. Nimmt man dazu die durch mangelhafte Entlöhnung entstehenden Schäden, dann erkennt man, wie notwendig neben dem Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage die Gesunderhaltung des Körpers durch Sportbetätigung ist.

Naturfreunde am Bodensee

Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Gau Baden, hat bei Markelfingen am Untersee zwischen Konstanz und Radolfzell ein Gelände von über 20 000 Quadratmetern erworben, das u. a. eine Strandfläche von 400 Meter hat. Ein auf dem Grundstück befindliches Familienhaus ist zu einem guten Naturfreundeheim ausgebaut worden. Die herrliche Umgebung mit den Inseln Reichenau und Mainau, der Blick auf die Alpen, gute Streifzüge am Bodensee und zum Hohentwiel lassen dieses neue Heim der Naturfreunde zu einem der besten Stützpunkte für die Erholung der Arbeiterschaft werden. Die neue Heimstätte wurde am Sonntag in Form eines großen Naturfreundetreffens der süddeutschen Naturfreunde eingeweiht.

Wann 2. Bundesfest in Nürnberg 1929?

„Nürnberg 1929" sind Worte, an die von den Angehörigen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes mit innerer Erhebung gedacht wird. 1929 soll in Nürnberg die zweite Heerschau des Bundes vor sich gehen, die im 1. Bundesfest 1922 in Leipzig einen bisher noch nicht überholenen Vorgänger aufweist. Die Tage des 2. Bundesfestes sind von Donnerstag, den 18. bis Sonntag, den 21. Juli 1929. In den Tagen vom 14. bis 17. Juli werden örtliche Veranstaltungen in Form von großangelegten Proben stattfinden. Die Begeisterungskurve in den Reihen des Bundes verzeichnet einen erfreulichen steten Anstieg. Verbände des Auslandes verlangen nach dem Uebungsmaterial, sie wollen mit dabei sein. Ebenso stark sind die übrigen deutschen Verbände an der bevorstehenden großartigen Veranstaltung interessiert.

Naturfreundekalender 1929

Die Reichsleitung des Touristenvereins „Die Naturfreunde" hat jetzt den vorzüglich ausgestatteten Abreißkalender für das Jahr 1929 herausgegeben. Die Daten sind übersichtlich angeordnet. Prächtige Bilder aus dem Wander- und Naturfreundeleben sowie von den Ferienheimen der Naturfreunde, von kurzen Dichterworten und Erläuterungen unterstützt, gestalten die einzelnen Blätter wertvoll. Der Preis für den Kalender wie auch für das gleichfalls neu erscheinende Jahrbuch 1929, das einen vorzüglichen Taschenkalender darstellt, ist so niedrig gehalten, daß jeder Arbeiterwanderer ihn leicht erschwingen kann. Bestellungen sind an die Reichsleitung des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Nürnberg, Webergasse 1, zu richten.

Vereinswettkämpfe im Ringen und Heben der Freien Sportvereinigung 1897

Nachdem in der Schwerathletiksaison die Mitglieder der Vereinigung bei allen Wettkämpfen gut abschnitten, waren die diesjährigen Vereinswettkämpfe im Ringen und Heben, Ausschreibungen für die kommenden Bezirksmeisterschaftskämpfe. Die Gewichtheber eröffneten am Sonnabend, den 22. September, in der Turnhalle Brunnenstraße den Wettkampf, wobei gute technische Leistungen erzielt wurden. Im Vierkampf wurden folgende Resultate erzielt: Fliegengewicht: 1. Hanschild 455 Pfund, 2. Brennert; Bantamgewicht: 1. Heider 540 Pfd.; Federgewicht 1. Meistrok 585 Pfd., 2. Schwiers; Leichtgewicht: 1. Gutter, 500 Pfd., 2. Schlesinger; leichtes Mittelgewicht: 1. Maleck 565 Pfund, 2. Kali; schweres Mittelgewicht: 1. Aymann . 0 Pfund. Altersklassehen: 1. Koch 495 Pfund, 2. Kipke. In der Turnhalle Kleiststraße fanden am Sonntag nachmittag die Kämpfe im Ringen statt, an denen sich Schüler, Jugend und Senioren beteiligten und die nachstehende Resultate hatten:

Schülerklasse bis 50 Pfd.: 1. Felix Jany; bis 60 Pfd.: 1. Leuchtenberger, 2. Schersche; bis 70 Pfund: 1. Neber, 2. Nowak; bis 80 Pfund: 1. Kampach; bis 90 Pfund: 1. Herbert Witt; bis 100 Pfund: Günter Witt.

Jugendklasse bis 80 Pfund: 1. Herbert Kitzeldt; bis 90 Pfund: 1. Seifert; bis 100 Pfund: 1. Gerhard Schwiers; bis 110 Pfund: 1. Krause; bis 120 Pfund: 1. Henschel; bis 130 Pfd.: 1. K. Weiß.

Seniorenringen: Fliegengewicht: 1. Hanschildt; Bantamgewicht: 1. G. Kitzeldt, 2. F. Jany; außer Wettbewerb belegte Hanschild in dieser Klasse den ersten Platz. Federgewicht: 1. Schnabel, 2. Hartmann; Leichtgewicht: 1. Gutter, 2. Triebe. Die übrigen Ringen haben am Freitag, den 28. September, in der Turnhalle am Gerichtskamm stattfindet.

Lat.

Bezirksmeisterschaft im Fußball

Nach Beendigung der Serienspiele, die mit Ausnahme einiger Wiederholungsspiele am 23. September ihr Ende erreicht haben, beginnen jetzt die Spiele um die Bezirksmeisterschaft. Am Sonntag spielen in Zweig Nr. 1 Breslau gegen Nr. 8 Zweig Auf dem Nr. Platz (Sahl) Rein-Garden (Zeigt 14,30 Uhr des Zweiten Chorn 1 gegen Walter I; vorher ist ein Jugendspiel vorgesehen. Für Sonntag, den 30. September, beginnt ab 12 Uhr im ganzen Bezirksgebiet Spielverbot.

Handball-Serienspiele am Sonntag, den 30. September

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit; Gegner; Platz; Schiedsrichter.)

Männer A-Klasse:

10.15: 2. Abt. — 5. Abt.; Gelsenkirch; Schmolitzki, Heider.
15.00: 7. Abt. — Nordost; Eichenpark; Thiemann, Reisl.
[illegible]: [illegible] — [illegible]; [illegible]; [illegible]; Ziegel.
10.20: 1. Abt. — Poseidon; Eichenpark; Riedel, Müller.

Männer B-Klasse:

10.00: 1. Abt. — 1897/02; Eichenpark; Jahn, Gabriel.
10.00: Nordost — 5. Abt.; Oswitz; Schmidrich, F. Fritsch, G.
10.20: 8. Abt. — 4. Abt.; Gelsenkirch; Riedel, Tschaya.

Männer C-Klasse:

10.00: 4. Abt. — Poseidon; Gelsenkirch; Kabitzke, Becker.
11.20: 2. Abt. — [illegible]; Gelsenkirch; Schmolitzki, Heider.
[illegible]: [illegible] — [illegible]; [illegible]; [illegible]; [illegible].
[illegible]: [illegible] — [illegible]; [illegible]; Schulz, [illegible].

Männer D-Klasse:

9.00: 4. Abt. — Nordost; Lohewiese; Bassalla, Basler.
10.00: 7. Abt. III — 7. Abt. IV; Eichenpark; Schönfeld, E., Wallenburg, A.
14.00: Sportv. 1925 — Deutsch-Lissa; Oswitz; Molig, Nowarre.
15.10: 8. Abt. — 9. Abt.; Helmutwiese; Nagel, Tschaya.

Jugend A-Klasse:

9.00: 2. Abt. — 5. Abt.; Helmutwiese; Schwarz, Fabian.
14.00: 1. Abt. — Poseidon; Eichenpark; Guhr, Würfel.
14.00: 7. Abt. I — 7. Abt. II; Eichenpark; Wallenburg, P., Tiegel.
15.00: 6. Abt. — Gandau; Tschansch; Kretschmer, Reichert.

Jugend B-Klasse:

10.00: Nordost II — Mochbern; Oswitz; Mahler, Rausch.
14.00: Nordost I — Deutsch-Lissa; Oswitz; Renschin, F., Fritsch, A.
14.00: 8. Abt. — 9. Abt.; Helmutwiese; Grotzpietsch, Markus.
15.00: 1897/02 — Neukirch; Lohewiese; Scholz, Grünig.

Sportlerinnen A-Klasse:

15.00: 1921 — Wratislavia; Bebelpark; Israel, Kirtzeck.
15.00: Nordost — Neukirch; Oswitz; Schönfeld, A., Fritsch, G.
15.10: 4. Abt. I — 3. Abt. I; Eichenpark; Riedel, Müller.

Sportlerinnen B-Klasse:

14.00: Wratislavia — V.f.L.; Lauterbachplatz; Lichnok, Strietzel.
15.00: Silesia-Kickers — Deutsch-Lissa; Stadion; Koch, Bergander.
15.10: 4. Abt. — 3. Abt.; Eichenpark; Tschernike, Feist.

Erstgenannter Verein hat Platzbau. Resultate mit kurzem Spielbericht sind bis 19 Uhr bei Kipke, Frankfurter Straße, abzugeben.

Notizen.

Freie Turnerschaft Breslau. Sonnabend, den 30. September, 19,30 Uhr, Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Vereinsjugendversammlung. — Vereinsjugendriege! Dienstag, den 25. September: Turnen in der Turnhalle Brockauer Straße. Stellungnahme zum Gerätewettkampf.

Freie Turnerschaft Breslau-Zimpel. Dienstag, den 25. September: Alle Mitglieder auf der Turnhalle. Es werden photographische Aufnahmen gemacht. Kinder 19 Uhr, Erwachsene 21 Uhr.

„Naturfreunde"-Jugend. Am Mittwoch, den 26. September, fällt unser Heimabend (Benderschule) aus. Wir treffen uns zur Leo-Tolstoi-Feier um ½8 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus. — Am Donnerstag alle in der Paulinenschule. Schmiedegrundfahrer umgehend melden.

Verhandlungsausschuß. Ladung für den 1. Oktober. 20 Uhr: Dittmann (Wratislawia), Kuske (Sil.-Kickers), Schiedsrichter Hunger (V.f.L.); 20,15 Uhr: Vereinsvertreter Stern und Sparta vom Spiel am 9. 9. 28, beide Spielführer sowie Schiedsrichter Walde; 20,45 Uhr: Paul Tielsch (V.f.B.), Schiedsrichter Völkel; 21 Uhr: Kuhnert und Pohl (Bernstadt), Schiedsrichter Hoffmann (Oels); 21,15 Uhr: Kipke (V.f.B.), Schiedsrichter Hensel (Sparta); 21,30 Uhr: Bober (West), Knobloch (West), Vertreter des Gruppenspielausschusses.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Am Mittwoch, den 26. September, 20 Uhr, findet bei Hanke, Leuthenstraße, eine Vollversammlung statt. Sämtliche zur Serie gemeldeten Schiedsrichter haben dort zu erscheinen; desgleichen die Bundesgenossen, welche die letzte Prüfung mitgemacht haben. Da die neue Serie beginnt, hat jeder Schiedsrichter pünktlich zu erscheinen. Der Ausschuß erscheint eine halbe Stunde vorher.

Leichtathletik-Mannschaftskämpfe, Fr. Turnerschaft Breslau. 21 Mannschaften waren zu den Wettkämpfen gemeldet; leider ließ es die kalte regnerische Witterung nicht zu, die Veranstaltung durchzuführen. Eine Verlegung kann, da ab 30. September die Handballserienspiele beginnen, nicht stattfinden, so daß die Wettkämpfe ganz ausfallen müssen. Das Startgeld wird in der Kartellgeneralversammlung am Mittwoch, den 26. September, zurückgezahlt. — Der Waldlauf findet am 28. Oktober im Bebelpark statt. Ausschreibung erfolgt für Schüler, Jugend, Männer und Sportlerinnen.

Freie Sportvereinigung „1897". Am Montag, den 24. September, um 20 Uhr bei Klante Hochstraße 7, Handballersitzung. Die Jugendhandballer erscheinen um 19,30 Uhr. Die Monatsversammlung der Vereinigung ist am 29. September, um 20 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer an der Tafel.

Sportvereinigung Nordost 03 E. V. Alle Sportgenossen der Senioren, welche sich an den Mannschaftskämpfen im Ringen und Heben beteiligen wollen, sowie Jugend- und Schülerleiter werden für Donnerstag, den 27. September, abends 8 Uhr, wegen Mannschafts-Aufstellung nach der Brockauer Turnhalle eingeladen.

A.S.V. Breslau „Südost" 1919, E. V. Am Freitag, den 5. Oktober, findet in Klettendorf die fällige Vierteljahrsversammlung im Vereinslokal bei Conrad statt. Anfang 20 Uhr. Alles muß erscheinen, unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Am Freitag, den 28. September, fällt die Versammlung aus, die Spiele werden durch die Zeitung bekanntgegeben. Der Vorstand.

A.S.V. „Wratislavia", Breslau. Allen Bundesvereinen zur Kenntnis: sämtliche Mitteilungen sind nur noch an Genossen Fritz Heilmann, Sternstraße 1/3, 1. Vorsitzender, zu richten. Sportsgenosse Groeger ist aus unserer Bewegung ausgeschieden.

Schach.

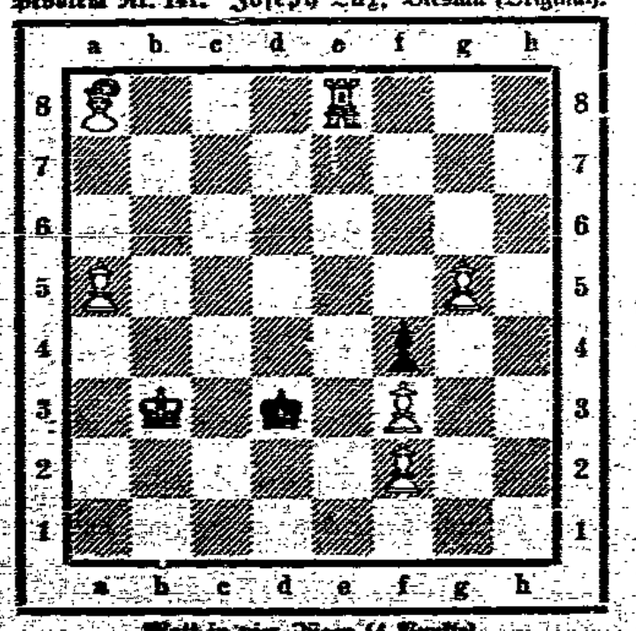
Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschriften sind zu richten für Problemteil an R. Rittner, Breslau 17, Böpelwitzstraße 22; für Partienteil und Organisationsfragen an J. Lux, Breslau 6, Weidendstraße 74.

Problemlösungs-Turnier.

Breslau, den 24. September 1928.

Problem Nr. 141. Joseph Lux, Breslau (Original).



Matt in vier Zügen (4 Punkte).

Kontrollstellung:

Weiß: Kb3, Te8, La8, Ba5, 12, f3, g5. Schwarz: Kd3, Bf4.

Lösungen:

Problem Nr. 136. R. Rittner. 1. e3—e4 es droht Se2 und Df4‡. 1. ... Kd4. 2. Dd6† Ke3 oder Ke3. 3. Dd2‡. 1. ... Tf6. 2. De5† KXf4. 3. Dg5‡. Nebenlösung durch Zugumstellung 1. Se2. 2. e3—e4. Man verhindert den Bauern e3 nach e2 und die Aufgabe ist korrekt. Schlüssel e2—e4. Die Aufgabe erhält insgesamt 5 Punkte.

Gelöst haben die Aufgabe Nr. 136:

Fritz Schaffer (3), Gerhardt Schmidt (2), R. Fleischhauer (56), H. Theis (63), Fr. Pilzer (5), Willy Hoier (51), H. Scholz (10), R. Wagenhausli (63), R. Gaugele (45), H. Tilmer (9), K. Specht (60), E. Wallisch (5), K. Herzel (8), W. Jungnitz (63), Th. Tapper (9), A. Bormann (25), G. Kinnis (61), E. Milius (8), K. Merde (5), R. Herde (2), H. Hoffmann (2), Fr. Bier (7), R. Vogel (5), J. Tapper (65).